Erdogan der Eroberer Seite 2


# Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 7 – 15. Februar 2014

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt


## DIESE WOCHE







In Panik: EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sieht den Einfluss der EU schwinden

Bild: Getty

# Brüsseler Willkürherrschaft

## Schweiz: Reaktionen machen deutlich, was die EU von Demokratie hält

**Politiker in Europa werfen den Eidgenossen Rosinenpickerei und Vertragsbruch vor. Dabei ist gerade in Sachen EU beides längst Standard.**

Die zum Teil wütenden, von offenen Drohungen durchzogenen Reaktionen der EU-Politiker-Elite und der ihnen gewogenen Medien auf die Schweizer Volksabstimmung müssen Kritikern des EU-Zentralismus wie die Bestätigung ihrer finstersten Befürchtungen vorkommen. Ein „demokratisches Europa“ sei das Ziel, tönt es von Brüssel bis Berlin. Doch kaum hat ein Volk anders gesprochen, als es die Mächtigen wünschen, holen sie den Knüppel heraus.

Nun stünden auch alle anderen ausstehenden Verträge der EU mit der Schweiz wieder auf dem Prüfstand, und, so die Botschaft, die Schweizer würden schon sehen, was sie von ihrer Aufmüpfigkeit in Sachen Zuwanderung haben.

Was haben die Eidgenossen eigentlich beschlossen? „Abschottung“? Von wegen: Sie wollen bloß die massenhafte Zuwanderung in ihr kleines Land selbst steuern. Sie nehmen also das selbstverständliche Recht einer demokratischen, souveränen Nation in Anspruch, mehr nicht.

> Abschottung? Die Schweizer wollen nur selbst steuern

Interessant sind die Vorhaltungen, die ihnen nun aus der EU entgegenschallen: Die Schweizer betrieben „Rosinenpickerei“ und hielten sich nicht an ausgemachte Verträge.

Rosinenpickerei? Der Vorwurf klingt angesichts des seit 30 Jahren geltenden "Briten-Rabatts" bei den EU-Subventionen oder den Ausnahmen bei Schengen- und Euro-Mitgliedschaft für etliche EU-Mitgliedstaaten reichlich hergeholt.

Und wer der Schweiz mit Konsequenzen droht, wenn sie nicht alle Abkommen mit der EU unkündbar beibehält, der möge sich an die „No-Bail-out“-Klausel in den europäischen Verträgen zur Währungsunion erinnern. Danach darf kein Staat für die Schulden eines anderen geradestehen.

Hätte man hier die strengen Maßstäbe angelegt, die man nun bei der Schweiz anlegen will, wäre Griechenland spätestens 2010 im hohen Bogen aus dem Euro geflogen und später ein Staat nach dem anderen, der heute unter einem „Rettungsschirm“ kauert. Doch während sie der Schweiz für den Fall, dass Bern Vertragsänderungen wünscht, mit harten Strafaktionen drohen, haben die EU-Verantwortlichen und auch die Bundesregierung die anderen genannten Vertragsbrüche mit Milliarden belohnt.

Der arrogante Befehlston gegenüber der Schweiz einerseits und das rücksichtslose Übergehen eigener Verträge und Gesetze andererseits tragen die Züge von Willkürherrschaft. Es geht einzig und allein um die Auflösung der Nationalstaaten in einem zentralistischen Großgebilde, in dem die Nationen nichts mehr zu sagen haben und in dem die Mächtigen mit Verträgen und Gesetzen machen können, was ihnen beliebt, so der erschreckende Anschein. Da ist es eine tröstliche Nachricht, dass es ein freiheitsbewusstes Volk gibt, das vor solcher Drohkulisse nicht kuscht.

*Hans Heckel*

Jan Heitmann:

## Trugbild

Das komme heraus, „wenn Rechtspopulisten Ängste vor Zuwanderung schüren“, kommentieren Politiker und Eurokraten das Ergebnis der Volksabstimmung in der Schweiz. Ein Feuer muss man nur schüren, wenn es nicht in Gang kommen will. Diese Flamme aber muss nicht geschürt werden, denn sie findet allein in den Fakten genug Nahrung. Umfragen ergeben, dass auch in Deutschland die Besorgnis über die Masseneinwanderung groß ist und eine Volksabstimmung vermutlich zu einem ähnlichen Ergebnis wie in der Schweiz führen würde. Weshalb das so ist, zeigen die nüchternen Zahlen, die das „rechtspopulistischer Tendenzen“ gewiss unverdächtige Statistische Bundesamt veröffentlicht hat.

Danach liegt der Anteil der „Personen mit Migrationshintergrund“ an der Gesamtbevölkerung bei knapp 20 Prozent, wovon rund neun Prozent auf Ausländer und fast elf Prozent auf Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit entfallen. Hingegen liegt ihr Anteil an den Personen ohne allgemeinen Schulabschluss mit 62 Prozent weit über dem Durchschnitt von 38 Prozent. Kein Wunder, dass bald die Hälfte der „Migranten“ auch keinen berufsqualifizierenden Abschluss hat. Dass von „dringend benötigten Fachkräften“, keine Rede sein kann, zeigt auch die Tatsache, dass „Personen mit Migrationshintergrund“ im erwerbsfähigen Alter fast doppelt so häufig erwerbslos wie „Personen ohne Migrationshintergrund“ sind.

Ungeregelte Zuwanderung als Vorteil und Bereicherung ist nichts als ein Trugbild, das uns von der Politik aufgetischt wird. Und weil das so ist, wird sie die Deutschen auch niemals darüber abstimmen lassen.

# Karlsruhes Schachzug

## Bundesverfassungsgericht weist EZB in die Schranken

Als das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 7. Februar mitteilte, dass es die Klage bezüglich des Staatsanleihenkaufprogramms der EZB (OMT-Programm) dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Prüfung vorlegen wolle, sah es so aus, als ob die obersten deutschen Verfassungsrichter sich hier nicht in die Belange der Euro-Rettung einmischen wollten. Bei EZB, EU und auch in Berlin reagierte man erleichtert, Medien taten so, als würde sich Karlsruhe in die von Brüssel gewünschte Hierarchie der Gerichte fügen.

Verwunderung löste jedoch die Pressemitteilung des CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler aus. Er gehört zu den Klägern in dieser Sache und bezeichnet die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts als „zentralen Zwischenerfolg“. Auch teile Karlsruhe die rechtliche Beurteilung der Kläger, dass die EZB mit dem Staatsanleihekaufprogramm ihre geldpolitische Kompetenz überschreite, in die Souveränität der Euro-Staaten eingreife und gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung verstoße.

> EuGH soll urteilen, erhält jedoch Vorgaben

Es dauerte noch einige Stunden, bis sich in den Medien und wohl auch bei den betroffenen politischen Entscheidern die Erkenntnis durchsetzte, dass Karlsruhe sich keineswegs dem EuGH unterwirft. Vielmehr sagt das Bundesverfassungsgericht dem EuGH, mit dem es seit geraumer Zeit um Kompetenzen rangelt, in höflichem Juristendeutsch den Machtkampf an. So wird es der EuGH schwer haben, die der Überweisung beigefügten Hinweise auf das EU-Recht völlig zu ignorieren, ohne es zu verletzten. Als Kompromiss, um das OMT-Programm nicht völlig verfassungswidrig zu erklären, schlägt Karlsruhe drei Bedingungen vor, nimmt jedoch damit dem Instrument seine Durchschlagkraft, aber zugleich den Steuerzahler aus der Haftung.

*Bel*

# Etappensieg für Angstgegner

## »Die Freiheit« kann zur Kommunalwahl in München antreten

Obwohl ihren politischen Gegnern und allen voran Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) jedes Mittel recht war, den Antritt der Partei "Die Freiheit" zur Stadtrats- und Oberbürgermeisterwahl am 16. März zu verhindern, hat sie die jeweils 1000 benötigten Unterschriften problemlos zusammenbekommen. Für Ude ist das mehr als ärgerlich, denn die Partei und ihr Vorsitzender Michael Stürzenberger stehen ihm bei der Realisierung des geplanten Islamzentrums in der Innenstadt im Weg. Seit Langem klären sie die Öffentlichkeit über die Hintergründe des Moschee-Projekts und dessen Drahtzieher auf und bereiten ein Bürgerbegehren dagegen vor (siehe *PAZ* 31/2013).

Kaum hatte sein Angstgegner die für den Wahlantritt benötigten Unterstützungsunterschriften zusammen, kündigte Ude an, dass die Stadt der Forderung des umstrittenen Imams Benjamin Idriz nachkommen und sich zügig um einen Standort für die Großmoschee kümmern werde. Um die Finanzierungsfrage zu klären, traf er sich am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Außenminister des islamistischen Wüstenstaats Katar, der grundsätzlich nicht abgeneigt ist, das Projekt mit einigen Millionen zu fördern.

> Ude treibt Moschee-Projekt voran

Sein Vorstoß deutet darauf hin, dass Ude in Sachen Moschee-Projekt schnellstens Fakten schaffen will, nachdem es nicht gelungen ist, dessen Gegner schon im Ansatz mit durchaus dubiosen Methoden von der politischen Macht auszuschließen. Denn es ist klar, sollte die „Freiheit“ ins Stadtparlament einziehen, wird sie, nunmehr sogar von den Münchnern politisch mandatiert, alles tun, um das Projekt zu verhindern. Unabhängig davon hat Stürzenberger angekündigt, den Bürgerentscheid noch in der ersten Jahreshälfte durchzuführen.

*J.H.*

## MELDUNGEN

### Denkmal für Verbrecher?

**Bremen** – In Bremen herrscht Streit darüber, ob einem Verbrecher ein öffentliches Denkmal gesetzt werden soll. Es geht um einen afrikanischen Drogenhändler, der bei dem Versuch der Polizei gestorben ist, ihn durch Brechmitteleinsatz des Drogenbesitzes zu überführen. Der Verein „Flüchtlingsinitiative Bremen“ fordert „die Errichtung eines künstlerisch gestalteten, dauerhaften Denkmals … in der Mitte der Stadt“. Unterstützung gibt es von den Grünen. Deren Landesvorsitzende meint: „Ich kann mir ein Denkmal oder besser eine Gedenktafel vorstellen.“ Dem SPD-Innensenator geht das „zu weit“ und die CDU spricht sich dagegen aus mit der Begründung, dass für ein Denkmal eine Person etwas Positives für die Allgemeinheit geleistet haben müsse. *M.R.*

### Athen will 50 Jahre Zeit

**Athen** – Eine Sonderabgabe für vermögende Griechen hält der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras für nicht akzeptabel. Seiner Meinung nach tragen die Reichen in seinem Land durch die gestiegenen Steuern genügend zur Bewältigung der Krise bei. Diese Aussage wird jedoch von mehreren Seiten angezweifelt, zumal nachgewiesen ist, dass der griechische Staat nicht alle Steuern eintreibt, die ihm zustehen. Gerade für vermögende Griechen gebe es zudem genügend Schlupflöcher, um hohen Steuern zu entgehen. Ansonsten ist Samaras hochzufrieden mit den Reformanstrengungen seines Landes. Er meint sogar, dass sein Land kein weiteres Hilfspaket mehr benötigt. Da dies an weitere Reformen geknüpft sein wird, lehnt er dieses schon deswegen ab. Gleichzeitig vermeldete die Nachrichtenagentur Bloomberg aber, dass Athen offenbar die Rückzahlung seiner Kredite um 30 Jahre verlängern möchte. So soll die Laufzeit der Notkredite insgesamt 50 Jahre betragen, zudem sollen die Zinsen um ein halbes Prozent gesenkt werden. *Bel*

### Die Schulden-Uhr: Teurere Abgeordnete

Mit 3,5 Millionen Euro Mehrausgaben des Bundes für die Bundestagsabgeordneten rechnet die Große Koalition für 2015 als Folge der von ihr beabsichtigten Diätenerhöhung. Für dieses Jahr rechnen die Koalitionäre „nur“ mit 1,7 Millionen, da die Erhöhung erst im Juli in Kraft treten soll. Dann sollen die Bezüge von 8252 auf 8667 Euro angehoben werden. Kommendes Jahr soll es einen weiteren Zuschlag von 415 Euro geben. Ab 2016 soll die Entwicklung der Diäten an jene der Bruttolöhne gekoppelt werden. Dafür soll bei den Abgeordnetenpensionen der Höchstsatz um 2,5 Prozentpunkte gesenkt und das frühestmögliche Pensionseintrittsalter um sechs Jahre angehoben werden. *M.R.*

**2.031.857.395.405 €**

Vorwoche: 2.031.566.344.777 €
**Verschuldung pro Kopf:** 25.147 €
Vorwoche: 25.143 €

*(Dienstag, 11. Februar 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)*

# Erdogan der Eroberer

## Für den türkischen Ministerpräsidenten ist Deutschland der viertgrößte Wahlbezirk

**Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan kam vor allem zum Wahlkampf nach Berlin. Kritik an seinen Eingriffen in die Justiz und Pressefreiheit seines Landes wies er zurück. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier will die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschleunigen.**

Wenn der türkische Ministerpräsident Erdogan im Sommer bei der Präsidentschaftswahl antritt, ist wieder mit einem Wahlkampfauftritt von ihm in Deutschland zu rechnen. Jetzt hatte er sich im Berliner Tempodrom von 4000 enthusiasmierten Anhängern feiern lassen. In einem Interview mit Luc Walpot vom ZDF-Studio Istanbul erklärte er kurz vor seiner Abreise nach Deutschland: „Ich werde jetzt in Berlin mit bis zu 5000 Menschen zusammenkommen. Aber für die Zukunft hoffen wir, dass wir noch viel größere Hallen füllen werden, um mit unseren Landsleuten in Deutschland unsere Pläne für die Zukunft teilen zu können.“

Schon jetzt mussten über 1000 deutsche Polizisten Dienst schieben, um Erdogans Wahlkampfshow unter dem Motto „Berlin trifft den großen Meister“ zu sichern. Sein Auftritt, bei dem ihn Ehefrau Emine und Tochter Sümeyye begleiteten, beide mit Kopftuch, wurde live in die Türkei übertragen.

In dem Interview wiederholte Erdogan, was er 2008 in Köln über Integration und Assimilation erklärt hatte und damals für große Verärgerung in Deutschland sorgte. Erdogan sagte gegenüber dem ZDF, er sei für eine Integration der Türken in Deutschland. Wörtlich fügte er grinsend hinzu: „Etwas anderes ist das aber mit Assimilation. Assimilation – das ist für mich ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Erdogan war nicht vom Interviewer nach dieser Aussage von 2008 gefragt worden, sondern er wiederholte sie ganz von sich aus in die deutsche Fernsehkamera. Fast alle deutschen Zeitungen und Politiker ließen diesen erneuten Affront gegen Deutschland unbeachtet. Es gibt keine Zwangsassimilierung von Türken in Deutschland, und nur wenn eine Assimilation – die man ansonsten auch als natürlichen Vorgang betrachten kann – unter Zwang geschähe, könnte man von einem Verbrechen reden. Als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ werden im Völkerstrafgesetzbuch nur die schlimmsten Straftatbestände des Völkerrechts aufgeführt, was Erdogan wissen dürfte. Der Begriff „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ wurde erstmals 1945 im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher des NS-Systems verwendet.

Mit seiner wiederholten Äußerung machte Erdogan deutlich, wie gleichgültig es ihm ist, ob er damit in Deutschland erneut provoziert. Ferner, dass er Türken und Türkischstämmige in Deutschland, mögen sie inzwischen auch deutsche Staatsbürger sein, vor allem als seine „Landsleute“ betrachtet. Sie sind für ihn Türken und sollen es auf ewig bleiben. Er will ihre Wählerstimmen für sich und seine „Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung“

### Deutsche Politiker lassen den Türken gewähren

(AKP), außerdem kann er über sie die Politik in Deutschland beeinflussen. Den SPD-Vorsitzenden nannte er in dem Interview „meinen lieben Freund Gabriel“. Letzterer hatte schon vor der Bundestagswahl versprochen, bei einem Wahlsieg als eine der ersten Maßnahmen die Optionspflicht bei der doppelten Staatsbürgerschaft abzuschaffen. Nachdem die CDU/CSU in dieser Frage weitgehend umfiel, wird es künftig auch immer mehr deutsch-türkische Doppelstaatler geben, die sowohl in Deutschland als auch in der Türkei wählen können. Die Mehrheit der „Deutschtürken“ wählt derzeit hier SPD und in der Türkei die islamisch-konservative AKP.

Von den drei Millionen Menschen türkischer Herkunft in Deutschland besitzt etwas mehr als die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft. Bei der letzten Bundestagswahl waren 950 000 von ihnen wahlberechtigt. Bei ihrer Wahlbeteiligung von rund 70 Prozent wählten nach Angaben des Nachrichtenportals „Deutsch Türkische Nachrichten“ 64 Prozent SPD, jeweils zwölf Prozent Grüne und „Die Linke“, sieben Prozent CDU/CSU. Bei den Wahlen in der Türkei sollen rund 1,3 Millionen Türken in Deutschland wahlberechtigt sein. Laut einer Umfrage will die Mehrheit von ihnen AKP wählen. Von den Stimmberechtigten her ist Deutschland nach Istanbul, Ankara und Izmir der viertgrößte türkische Wahlbezirk. Allein in Berlin sollen rund 70 000 Türken wahlberechtigt sein.

Bei den Kommunalwahlen am 30. März müssen Türken zur Stimmabgabe noch in die Türkei reisen. Es wird damit gerechnet, dass die AKP trotz Stimmeneinbußen stärkste politische Kraft bleibt. Der Wahlausgang wird auch wichtig sein für die von Erdogan angestrebte Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl im Sommer. Bei der ersten Direktwahl eines türkischen Staatspräsidenten sollen hiesige Wahlberechtigte erstmals in Deutschland abstimmen können, vor allem in Konsulaten. Wie das Bundesinnenministerium gegenüber der *PAZ* mitteilte, muss die Türkei noch ein Konzept für die Durchführung der Wahlen in Deutschland vorlegen.

In Berlin ließ Erdogan jedwede Kritik an seinen massiven Eingriffen in die Justiz seines Landes an sich abperlen. Er stellte diese sogar als nötig für die Sicherung der Unabhängigkeit der Justiz dar. In der Türkei habe sich ein „Parallelstaat“ gebildet, der versucht habe, die Macht an sich zu reißen – so rechtfertigte er die Versetzung unzähliger in Korruptionsfällen ermittelnder Staatsanwälte, Richter und Polizisten. Als man ihm die hohe Zahl inhaftierter Journalisten vorhielt, erklärte er, die meisten hätten Verbindungen zu Terroristen gehabt. Obwohl Erdogan gerade mit einem neuen Internetgesetz die Meinungsfreiheit in seinem Land noch weiter knebeln will, hat Bundesaußenminister Steinmeier angekündigt, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschleunigen zu wollen. Die deutlichste Kritik an Erdogan kam in Berlin von den türkischstämmigen Aleviten. Sie hatten eine große Protestkundgebung am Brandenburger Tor mit rund 2000 Teilnehmern organisiert. *Michael Leh*




**Idol vieler in Deutschland lebender Türken: Erdogan und seine Kopftuch tragende Frau Emine** Bild: pa

# Janukowitsch zwischen allen Stühlen

## Nachbarn der Ukraine spekulieren auf Teilung des Landes – Oligarchen sorgen sich um ihr Vermögen

Seit mehr als zwei Monaten toben in Kiew und anderen Großstädten der Ukraine Unruhen, doch politisch hat sich immer noch nicht viel bewegt. Die Hinwendung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch zu Russland gegen großzügige Kreditzusagen und die Absage an die EU-Integration könnten zum Bumerang werden. Nach dem EU-Russland-Gipfel in Brüssel, bei dem es vornehmlich um die Ukraine ging, hat sich das Blatt gegen Janukowitsch gewendet: Russland hält, nachdem eine erste Tranche des zugesagten 15-Milliarden-Dollar-Kredits in Höhe von drei Milliarden überwiesen wurde, weitere Finanzhilfen zunächst zurück. Die Begründung des russischen Finanzministers Anton Siluanow lautete, Kiew müsse erst seine 2013 gemachten Gasschulden zahlen. Zwar hatte Putin in Brüssel erklärt, die Ukraine werde unabhängig davon, wer das Land regiert, weiter mit Hilfe aus Moskau rechnen können, doch er hatte auch klargemacht, dass Russland auf die Rückzahlung des Kredits nicht verzichten werde.

Nachdem die Ratingagentur Fitch die Bonitätsbewertung der Ukraine wegen der instabilen politischen Situation auf das Niveau CCC gesenkt hat, scheinen dem Kreml Bedenken an der Rentabilität der Finanzhilfe für Janukowitsch gekommen zu sein.

Die EU erwägt einerseits Sanktionen gegen ukrainische Amtsträger, andererseits kündigte die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton bei ihrem Besuch in Kiew Anfang dieses Monats kurzfristige Finanzhilfen an – als Unterstützung für eine Interimsregierung bis zu den offiziellen Wahlen sowie als Grundlage für politische und wirtschaftliche Reformen.

Während die großen geopolitischen Spieler Russland, EU und USA die Ukraine als Einheit in ihren derzeitigen Grenzen betrachten, spekulieren die direkten Nachbarn auf einen Zerfall des Landes in einen Ost- und einen Westteil. In der rumänischen Presse ist schon von der „historischen Gelegenheit“ die Rede, „die Nordbukowina und Südbessarabien“ zurück-zuholen.

### Rumänien wittert Chance auf Rückgabe ehemaliger Territorien

Es kursieren Gerüchte darüber, dass Rumänien bereit sei, in die Ukraine einzumarschieren. Die rumänische Zeitung „Adevarul“ bezeichnet die Ukraine als einen Kunststaat, der sich nach dem Zerfall der Sowjetunion gebildet habe. „Die Ukraine ist an der Schwelle zum Bürgerkrieg. Man kann nicht ausschließen, dass das Land in den europatreuen Westen und den russlandtreuen Osten geteilt wird. Ist Rumänien bereit, sich einzumischen, um die Rumänen in der Nördlichen Bukowina, im Herza-Gebiet, im Nördlichen und Südlichen Bessarabien zu schützen?“ Über Grenzrevisionen würden auch Polen, Ungarn und die Slowakei nachdenken, mutmaßt der Radiosender „Stimme Russlands“. Der ungarische Europaabgeordnete Bela Kovacs soll gesagt haben, dass alle halbe Stunde ein Bewohner der Karpaten einen ungarischen Pass beantrage. Auch Polen soll sich bei der Vergabe von Pässen an Ukrainer großzügig verhalten.

Die autonome, russlandtreue Republik Krim am Schwarzen Meer droht damit, ihre Unabhängigkeit zu erklären, sollte Janukowitsch nicht endlich für Ordnung sorgen.

Viele sehen Janukowitsch bereits stürzen. Er steht nicht nur unter dem Druck des zwischen West und Ost Lavierenden, ihm droht auch Unheil aus den eigenen Reihen. Bei der Entscheidung des Parlaments über Zugeständnisse an die

### Stahlmagnat geht auf Distanz zum Präsidenten

Opposition hatten einige seiner Parteikollegen Janukowitsch die Unterstützung verweigern wollen. Erst in letzter Minute war es ihm gelungen, ein einstimmiges Ergebnis zu erlangen. Es waren ausgerechnet diejenigen Abgeordneten, die von den Stahloligarchen aus der Ost-Ukraine kontrolliert werden, also der „Partei der Regionen“ des Präsidenten. Von den 445 Abgeordneten sollen nur 50 wirklich unabhängig sein. Bislang haben Janukowitsch und die Oligarchen zusammengearbeitet. Ihr Geld und ihr medialer Einfluss haben Janukowitsch letztlich an die Macht verholfen. Doch seit die Proteste gewaltsam wurden, gehen sie auf Distanz zum Präsidenten.

Einer der bedeutendsten von ihnen ist Rinat Achmetow, der als reichster Mann der Ukraine gilt. Er kontrolliert mit seiner Holding System Capital Management den größten Teil der Stahl- und Kohleindustrie in der Ostukraine. Achmetow rief im Januar zur Beendigung der Krise auf und warnte vor einem Wirtschaftskollaps. Ein Treffen mehrerer Milliardäre in Kiew führte zu Gerüchten über einen „Aufstand der Oligarchen“. Tatsächlich liebäugeln einige von ihnen mit dem Westen. Sie haben Konten und Villen dort, vor allem in der Schweiz. Der Oligarch Dmitrij Firtasch soll Klitschkos Udar-Partei unterstützen, „Schokoladenzar“ Pjotr Poroschenko hat sich sogar offen auf die Seite der Opposition gestellt.

Janukowitsch sitzt mal wieder zwischen allen Stühlen. Sollte er stürzen, droht die Ukraine unter den Interessen kleiner und großer geopolitischer Spieler zu zerbrechen. Russland würde einen Teil seiner Finanzhilfen abschreiben müssen und Pläne zur Wiederaufnahme des Baus von Frachtflugzeugen und weitere Projekte ad acta legen, es sei denn, die Oligarchen entschieden es anders. *Manuela Rosenthal-Kappi*

## Jäger und Gejagte

Von VERA LENGSFELD

Nein, es geht nicht um den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und seinen wegen Steuerhinterziehung zurückgetretenen Kulturstaatssekretär Schmitz. Ohnehin war die Reaktion der Hauptstadtmedien nur kurz. Wowereit, der seit 2012 von der Steuerhinterziehung wusste, beschloss, offenbar erfolgreich, die Sache einfach auszusitzen.

Der „kultivierte Kenner“, wie Schmitz beschönigend bezeichnet wurde, hat tatsächlich viel dafür getan, dass Berlin seinen Ruf als Heimstatt von Kunst und Kultur ausbauen konnte. Unter anderem gelang es, eine sensationelle Ausstellung ins Alte Museum zu holen, die vorher in Amerika und in Paris zu sehen war. Es handelt sich um ein ungewöhnlich gut erhaltenes römisches Mosaik, das neben anderen 1996 in der kleinen israelischen Stadt Lod, dem antiken Lydda, nur einen Meter unter der Erdoberfläche bei Straßenbauarbeiten entdeckt wurde.

Das jüdische Lydda wurde im Jahre 66 von römischen Truppen während des Jüdischen Krieges zerstört und anschließend als römische Siedlung wieder aufgebaut. Die entdeckten Mosaiken stammen aus einer römischen Villa, die um 300 gebaut wurde. Sie zeugen davon, wie schnell die Stadt wirtschaftlich prosperierte und welch hohen kulturellen Stellenwert sie besaß, bis sie nach der arabischen Eroberung 636 verschwand und der Vergessenheit anheimfiel.

Israel, das die besten Archäologen der Welt besitzt und sorgsam mit seinen Funden umgeht, hat weder Kosten noch Mühen gescheut, um die gefundenen Mosaiken würdig zu präsentieren. In Lod wird für sie ein eigenes Museum gebaut. Bis es fertig ist, wird das besterhaltene Mosaik auf Weltreise geschickt.

Was nun in Berlin zu sehen ist, raubt den Betrachtern den Atem. Das 7,2 mal vier Meter große Mosaik zeigt eine beträchtliche Anzahl zahmer und wilder Tiere, darunter auch heute ausgestorbene Arten. Neben einer putzigen Entenfamilie geht es bei den Wildarten um Fressen und Gefressenwerden. Einem Steinbock sitzt ein Leopard auf dem Hinterteil, ein Hirsch ist unter einem Löwen zusammengebrochen. Eine Makrele schwimmt in das geöffnete Maul eine Delphins, ein Hase wird beim Mümmeln schon vom Fuchs beschlichen. Menschen kann man nur auf zwei römischen Schiffen vermuten, die sich im Fischgetümmel befinden.

Aber auch von den Menschen gibt es Spuren. Im Nebenraum werden die Entdeckungsgeschichte und die Bergung der Mosaiken auf Video gezeigt. Sie wurden auf einem Betonteppich verlegt. An der Wand hängen ein paar Bruchstücke mit Abdrücken von Sandalen und Händen derjenigen, die nicht abwarten konnten, bis der Beton ausgehärtet war. Die menschliche Natur ist sich gleich geblieben!

# Berlin, Metropole der Innovativen?

## Studie lobt den Aufholprozess der Hauptstadt-Wirtschaft, deckt aber auch Schatten auf



**Hochtechnologie „Made in Berlin“: Produktionsanlage zur Herstellung von schwach radioaktiven Implantaten bei Prostatakrebs der Firma Eckert & Ziegler**

Bild: Eckert & Ziegler

**Die Hauptstadt sieht sich bei der Hochtechnologie auf der Überholspur. Ein näherer Blick lässt die stolze Bilanz schon etwas blasser aussehen. Vieles lebt nur durch staatliche Stütze.**

„Berlin wird mehr und mehr zum Hightech-Standort“, bilanziert ein aktueller Bericht. Berlins Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer (CDU) und Nicolas Zimmer, Vorstandsvorsitzender der Technologiestiftung Berlin (TSB), haben am 3. Februar den neuen „Innovationsbericht“ für Berlin vorgestellt. Es gebe viele Belege für den Nachholbedarf der Stadt, die Stärken sehe der Bericht aber in der Überhand. Hauptargument für Berlin sei die Bildung. Mehr als 53 Prozent der Erwerbstätigen in Berlin könnten einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation vorweisen, sagte Senatorin Yzer bei der Vorstellung der Studie. Sie wertet dies als Berlins „eigentliche Stärke“. Bundesweit liege der Wert durchschnittlich zehn Prozentpunkte darunter. Diese Bilanz wirft ungewollt Fragen nach dem Wert dieser „Talente“, sprich der Bildungsabschlüsse im sonst von Mängeln umwaberten Berliner Bildungsgelände, auf.

„Berlins Wirtschaftskraft entwickelt sich, ist aber nach wie vor unterdurchschnittlich“, räumt die Studie denn auch ein. Für Berlins Politik gibt es indes Grund, dem 52-seitigen und mit Landesmitteln und EU-Geld geförderten Papier Positives abzugewinnen. So freut sich Yzer: „Berlin hat in den letzten Jahren nachhaltige Strukturen ausgebildet, die besonders innovationsfördernd sind. So sind rund ein Drittel der innovativen Berliner Unternehmen an Kooperationen beteiligt, um neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Im Bundesgebiet arbeitet nur ein Viertel der Unternehmen in entsprechenden Netzwerken oder Partnerschaften.“

Der Bericht „Innovationsmonitoring Berlin. Berlins Innovationspotenziale und Leistungen im regionalen Vergleich“ zielt nach eigenen Angaben darauf, dass „aus Ideen Innovationen und aus Innovationen Produkte und Dienstleistungen werden“. Wie viele Schritte im Kleinen zu mehr Forschung und Beschäftigung es in Berlin gibt, dokumentiert die TSB immerhin eindrucksvoll: 3,6 Milliarden Euro fließen landesweit jährlich in Forschung und Entwicklung, 77 Prozent, und damit überdurchschnittlich viel Geld, sei der Spitzentechnologie gewidmet, wobei Kleinbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten einen Großteil (40 Prozent) der Zukunftsinvestitionen aufbringen.

> Noch immer bleibt der staatliche Einfluss dominant

Auch seien Berlins Betriebe innovativ: „Zwischen 2010 und 2012 haben knapp 60 Prozent erfolgreich neue, innovative Produkte und Dienstleistungen eingeführt. Im Durchschnitt waren es in Deutschland nur 50 Prozent.“ Berlins Besonderheit bestehe in neuen Produkten, die deutlich häufiger schon bei kleinen Herstellern zu finden seien. Ein Drittel der entsprechend forschenden Betriebe entwickele an der Spree zusammen mit anderen, im Rest der Republik handhabten das nur ein Viertel der vergleichbaren Firmen so. Auch das investierte Wagniskapital spräche für Berlin.

Was Berlins Senat nicht thematisiert, ist der starke Anteil des öffentlichen Sektors. Bei aller Forschung und Investition bleibt dieser nach wie vor Schlüssel zur speziellen Berliner Lage: Es arbeiten nur 40 Prozent der Forscher in der freien Wirtschaft. Im Bundesvergleich ist das Verhältnis umgekehrt. „Die Charakteristika der Berliner Innovationslandschaft haben sich weiter ausgeprägt“, so die TSB-Analyse blumig. Das heißt: Berlins öffentlicher Sektor bleibt dominant, nennenswerte Industrie bleibt abwesend. So fehlt Berlin die Großindustrie, die andernorts die Forschung finanzkräftig vorantreibt. Der Senat indes legt es nicht darauf an, Großindustrie gezielt anzulocken.

Die Studie wertet die Absolventenzahl sehr stark als Standortfaktor: „2012 hatte Berlin über 18 000 Absolventen, 1,2 Millionen Hochqualifizierte in Wissenschaft und Technik und 30 200 Forscher und Entwickler. Im Bundesländerranking belegt Berlin bei allen drei Indikatoren Plätze im oberen Bereich.“ Hier gibt die Studie bekannte statistische Daten zur Menge an. Bei der Qualität eigener Hochschulabschlüsse hat die Stadt indes mehr Nachholbedarf, als dem Senat lieb sein kann. Sie profitiert stattdessen von akademischer Zuwanderung aus anderen Bundesländern und zum kleineren Teil dem Ausland.

Und: „Die Beschäftigungsbedingungen stehen in einem krassen Gegensatz zur beruflichen Qualifikation“, stellte eine Gewerkschaftsstudie zu Berliner Absolventen im sozialen Bereich jüngst fest. Dass die Zahl der Hochschulabschlüsse aufgrund des EU-gesteuerten, umstrittenen Bologna-Prozesses ohnehin allgemein zunimmt, geht in der Positiv-Bilanz ebenfalls unter. Die Mängel bei der Integration im Bildungswesen und der beruflichen Bildung sorgten im Herbst dafür, dass Berlin beim Bildungsmonitoring in Wirklichkeit das Schlusslicht bildete. Diese Erhebung vergab zwar auch gute Noten an Berlins Hochschulen, zählte aber dabei ebenfalls Masse statt Klasse: „Berliner Hochschulen haben bundesweit die höchste Quote an Promotionen mit 8,4 Prozent aller Abschlüsse.“ Allgemein hat Berlin demnach aber auch viele Ausbildungsabbrecher. Zimmers Feststellung, das das Innovationsmonitoring der TSB belege, „dass sich Berlin zur Hauptstadt für wissensintensive, technologieorientierte Branchen entwickelt und immer innovativer wird“, trifft auf den Mittelstand ohnedies nur begrenzt zu, und selbst den kleinen Erfolg kann sich die Landespolitik nur sehr bedingt als eigenes Verdient ans Revers heften.

*Sverre Gutschmidt*

# Minister im Fördersumpf

## Brandenburg hätte beinahe Betrüger mit Millionen subventioniert

Nur zwei Monate nach dem Rücktritt von Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) wird für den nächsten Minister der rot-roten Koalition in Brandenburg die Luft dünner. Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) steht erneut wegen Unregelmäßigkeiten bei einer Fördermittelvergabe in der Kritik. Nachdem der Landesrechnungshof bereits eine Drei-Millionen-Förderung im Jahr 2012 für die quasi schon insolvente Solarfirma Odersun gerügt hatte, lautet der neuerliche Vorwurf gar, Christoffers sei auf ein Betrugsunternehmen hereingefallen.

Nach Recherchen der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ und des RBB soll sich Christoffers 2012 persönlich in den Streit um Fördergelder zwischen der Landesförderbank ILB und der US-Firma Human Bio-Science eingeschaltet haben. Zuvor hatte die Landesförderbank aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei der US-Firma die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und die Auszahlung von 3,5 Millionen Euro Förderung zunächst blockiert.

Wie inzwischen klar ist, hatte die ILB den richtigen Riecher: Bei einer Razzia fanden Ermittler gefälschte Rechnungen und Lieferscheine über 6,52 Millionen Euro, mit denen die Freigabe von Fördermitteln erreicht werden sollte. Zwei Manager der seit wenigen Tagen insolventen Firma sitzen mittlerweile in Untersuchungshaft.

> Nächster Politiker der Linken gerät massiv unter Druck

Trotz einiger Indizien weist Christoffers den Vorwurf zurück, dass er Einfluss auf die Förderbank genommen habe, um eine Auszahlung der Gelder an die vermeintliche Hochtechnologiefirma zu erwirken. Doch mit ein wenig Recherche von Seiten des Wirtschaftsministeriums hätte sich das neuerliche Förderdebakel leicht vermeiden lassen. Bereits 2004 war einer der maßgeblichen Akteure bei Human Bio-Science in den USA wegen Subventionsbetrugs rechtskräftig verurteilt worden.

Die neuen Vorwürfe treffen einen politisch ohnehin schon stark angeschlagenen Christoffers. Wegen der Odersun-Affäre prüft die Staatsanwaltschaft inzwischen, ob gegen den Wirtschaftsminister Ermittlungen wegen Untreue eingeleitet werden. Ärger mit der Staatsanwaltschaft hat unterdessen auch die neue Linken-Fraktionschefin im Brandenburger Landtag, Margitta Mächtig. Bereits im Juli vorigen Jahres soll sie durch unerlaubtes Entfernen von einem Unfallort Fahrerflucht begangenen haben, so der Verdacht, dem nun nachgegangen wird.

*N.H.*

# Sieben Milliarden?

## BER: Kostensteigerung nimmt kein Ende

Nachdem die Steuerzahler erst vergangenes Jahr 1,2 Milliarden Euro Nachschlag gewährt haben, damit es mit dem BER-Bau weitergehen kann, droht schon die nächste Finanzlücke. Nach Recherchen des RBB werden die Kosten für den Hauptstadtflughafen knapp 440 Millionen Euro höher sein, als bisher eingeräumt.

Wie aus einem internen Bericht der Flughafengesellschaft hervorgeht, weiß der Aufsichtsrat bereits seit Ende November, dass der seit der vormaligen Anhebung geplante Finanzrahmen abermals Makulatur ist, so der RBB. Nach der immer noch offenen Frage eines Eröffnungstermins rückt damit wieder die finanzielle Schräglage bei dem Endlosprojekt in den Vordergrund. Schon das bisher genehmigte Budget lag mit 4,3 Milliarden doppelt so hoch wie ursprünglich kalkuliert. Rechnet man den neuerlichen Mehrbedarf dazu, sind bereits 4,738 Milliarden Euro erreicht.

> RBB veröffentlicht internes Papier

Doch auch dies dürfte nur eine Etappe sein: Mit einem jüngsten Urteil zum Lärmschutz beträgt die Lücke nämlich nicht nur 440 sondern knapp 700 Millionen. Völlig offen ist zudem, wie hoch Schadenersatzforderungen von Unternehmen wegen der mehrfachen Eröffnungsverschiebung zu Buche schlagen. Die Flughafengesellschaft selbst kostet der verpatzte Start des BER jeden Monat 35 bis 40 Millionen Euro, so Flughafenchef Hartmut Mehdorn. So droht sich zu bewahrheiten, wovor Brandenburgs CDU-Fraktionschef Dieter Dombrowski gewarnt hat. Nach seiner Einschätzung stehen am Ende Kosten von bis zu sieben Milliarden Euro, damit der BER international wettbewerbsfähig in Betrieb gehen kann.

*N.H.*

# Gauland führt märkische AfD

Auf dem außerordentlichen Landesparteitag der „Alternative für Deutschland“ (AfD) Brandenburgs in Großbeeren haben die rund 140 erschienenen Mitglieder vergangenen Sonntag mit großer Mehrheit den Publizisten Alexander Gauland zum neuen Landeschef gewählt. Der 72-jährige frühere Büroleiter des Frankfurter Oberbürgermeisters Walter Wallmann (CDU) verwies in seiner Vorstellungsrede darauf, dass die AfD auch Konservativen eine politische Heimat bieten müsse. Er kritisierte die Haltung Berlins gegenüber der US-Regierung in der NSA-Spionageaffäre und die Entsendung deutscher Soldaten nach Mali. Gauland, der nicht für das EU-Parlament kandidiert, strebt in den brandenburgischen Landtag. Die Neuwahl des Landeschefs war notwendig geworden, weil der bisherige Amtsinhaber Roland Scheel eigenmächtig in Wien mit der Partei BZÖ Gespräche geführt und eine Pressekonferenz abgehalten hatte, die der Bundesvorsitzende Bernd Lucke nicht autorisiert hatte.

*T.M.*

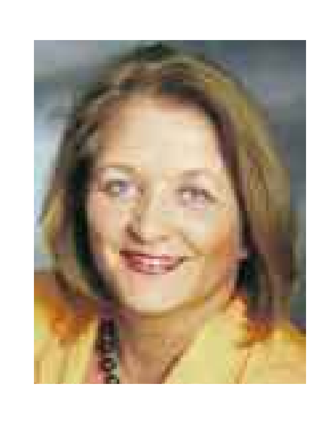
## Zeitzeugen



**Andrea Voßhoff** – Die ehemalige rechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag ist im zweiten Halbjahr 2013 durch ein Wechselbad der Gefühle gegangen. Erst verlor sie bei der Bundestagswahl ganz knapp nach 15 Jahren im Parlament ihr Bundestagsmandat. Ihr größter Konkurrent, der jetzige Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hatte 0,3 Prozentpunkte mehr Stimmen auf sich vereinen können. Doch im Rahmen der Koalitionsverhandlungen mit der SPD handelte die Union aus, dass sie den Datenschutzbeauftragten stellen dürfe, die Sozialdemokraten dafür den Wehrbeauftragten. Diesen erstrittenen Posten vergab die CDU-Spitze dann an die treue Parteisoldatin Voßhoff, die nicht leer ausgehen sollte.



**Peter Schaar** – Obwohl schon zehn Jahre im Amt, machte der 59-jährige Volkswirt Ende letzten Jahres deutlich, dass er keineswegs amtsmüde sei. Doch die maximal mögliche Amtszeit des von der rot-grünen Regierung 2003 auf den Posten des Datenschutzbeauftragten beförderten ehemaligen Hamburger Verwaltungsmitarbeiters und Datenschützers war abgelaufen und die CDU war froh, den anstrengenden Kritiker loszuwerden. NSA-Spähaffäre und Vorratsdatenspeicherung waren seine Lieblingsthemen, aber auch Unternehmen wie die Bahn oder die Telekom erhielten von ihm immer wieder Kontra. Der Partei „Die Linke" sagt Schaar sogar so sehr zu, dass sie das Mitglied der Grünen gern als Sonderermittler in der NSA-Affäre sehen würde.



**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** – „Freiheit verortet im materiellen Rechtsstaat bedeutet Freiheit vor staatlichen Eingriffen in die Freiheitsgrundrechte der Bürgerinnen und Bürger", so die FDP-Politikerin, die von 1992 bis 1996 und 2009 bis 2013 Bundesjustizministerin war. Freiheitsgrundrechte seien daher zunächst und zuallererst Abwehrrechte des einzelnen gegen freiheitsbeschränkendes staatliches Handeln, lautete die Überzeugung der Juristin, die 2007 eine Klage gegen die Vorratsdatenspeicherung beim Bundesverfassungsgericht mit initiierte, diese gewann und dann, inzwischen selbst Justizministerin, eine Überarbeitung des Gesetzes blockierte.

# Kaum mehr als Appelle

## Neue Datenschutzbeauftragte hat kaum Chancen, Veränderungen zu erwirken

**Mit einem Festakt wurde die neue Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff Anfang dieses Monats in ihr Amt eingeführt. Doch die Kritik an der Personalentscheidung der Großen Koalition, der CDU-Politikerin dieses Amt zu übertragen, ist groß. Man habe den Bock zum Gärtner gemacht, heißt es. Doch ist die Kritik berechtigt?**

Wer wochentags zwischen 12 und 12.45 Uhr versucht, die knapp 90 Mitarbeiter zählende Behörde des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit telefonisch zu erreichen, hat Pech, denn dann ist die Telefonzentrale nicht besetzt. Auch ist die Antrittsrede der neuen Leiterin noch nicht online zu finden. Die letzten Reden stammen vom November, als noch Peter Schaar von den Grünen Bundesbeauftragter war. Doch dem erteilte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) Mitte Dezember den Abschied. Zwar war Schaars Amtszeit auch nach zweimal fünf Jahren abgelaufen, doch da die auserkorene Nachfolgerin noch nicht offiziell ernannt war, hätte de Maizière Schaar auch bitten können, noch einige Tage länger im Amt zu bleiben. Doch offenbar wollte er ihn unbedingt loswerden und ließ so lieber das Amt einige Wochen ohne Führung. In einer Zeit wie dieser zu sagen, man brauche gerade keinen Datenschutzbeauftragten, sei absurd, ätzte die Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt mit Anspielung auf die Abhör-Affäre um den US-Geheimdienst NSA.

### Mahnen ja, aber nicht strafen

Nun übernimmt Voßhoff die Behörde und steht gleich vor zwei Problemen. Eines davon ist ihre eigene politische Vergangenheit, das andere die Stellung ihres Amtes in der politischen Hierarchie. Für Widerspruch und medialen Rummel sorgte allerdings nur Ersteres. So hat die 55-jährige Juristin in ihren 15 Jahren als Bundestagsabgeordnete oft für genau jene Gesetze gestimmt, gegen die Schaar Einspruch erhoben hat. Vor allem bei der Vorratsdatenspeicherung, Internetsperren, Online-Durchsuchung und dem Urheberrecht Acta nahm Voßhoff Positionen ein, die sich mit ihrer neuen Aufgabe als oberste Datenschützerin nur schwer vereinbaren lassen. Deswegen hat sie wohl auch als Zeichen des Neuanfangs ihre Auftritte bei Facebook und Twitter gelöscht, da diese von ihr zu Wahlkampfzwecken genutzt worden waren. Fortan will sie unabhängig sein, so Voßhoff.

Doch selbst wenn die CDU-Politikerin wirklich ihre parteipolitischen Wurzeln kappt, steht sie immer noch vor dem Problem, dass ihr Amt dem Bundesinnenministerium unterstellt ist. So ist es schwer, die Rolle eines unabhängigen Kritikers einzunehmen, der den Staat kontrolliert. Daher hatte schon ihr Vorgänger Schaar gefordert, dem Amt eine vergleichbar unabhängige Stellung wie dem Bundesrechnungshof einzuräumen. Weiter bemängelte er, dass er nur mahnen, jedoch nicht strafen könne. Auch kritisierte er im Rahmen der NSA-Affäre, dass die drei Kontrollorgane für die Geheimdienste – das Parlamentarische Kontrollgremium, die für die Wahrung des Briefgeheimnisses sowie des Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 Grundgesetz) bei den deutschen Geheimdiensten zuständige G10-Kommission und der Bundesdatenschutzbeauftragte – zu wenig Befugnisse hätten. Zwar sei auch das Bundeskanzleramt Überwacher, doch dessen damaliger Chef Ronald Pofalla hatte noch vor Beginn der heißen Phase der NSA-Affäre diese im letzten Sommer für beendet erklärt. Auch beklagte Schaar, dass in den jeweiligen Gremien gar nicht genügend Fachwissen vorhanden sei, um die technische Überwachung zu beurteilen.

Vor allen diesen Problemen steht nun auch Voßhoff, die nicht nur ihre eigenen Überzeugungen unterdrücken, sondern auch quasi unbewaffnet in einen Kampf für den Datenschutz treten muss, bei dem sie auf lauter hochaufgerüstete Gegner trifft. *Rebecca Bellano*



## Staat will Datenzugriff

Meine Grundposition ist, dass eine datenschutzkonforme Vorratsdatenspeicherung ein wirksames Instrument der Kriminalitätsbekämpfung ist", so die neue Datenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff vor rund einem halben Jahr, als sie noch rechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion war und nicht ahnte, dass ihr wenige Monate später als oberste Datenschützerin des Landes diese Aussage nachhängen würde.

Doch worum geht es eigentlich? Bei der Vorratsdatenspeicherung sollen Telekommunikationsanbieter die Information speichern, wer mit wem, wann, wie lange, von wo und womit kommuniziert hat. Es geht also nicht um Inhalte, sondern um Verbindungsdaten von Telefondaten, SMS-Verkehr und E-Mails. Diese sollten laut dem 2006 beschlossenen Gesetz zur Vorrats-

### Informationen auf Vorrat speichern

datenspeicherung sechs bis 24 Monate gespeichert werden, damit Ermittler im Notfall auf diese Daten zurückgreifen können, um Terroristen und andere Täter bei schwerwiegenden Delikten schneller ausfindig zu machen. 2010 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Gesetz für nichtig und verfassungswidrig, da es keine konkreten Maßnahmen für den Datenschutz vorsehe und zudem die Hürden für den staatlichen Zugriff zu niedrig seien.

Zum Unmut der CDU/CSU verschleppte aber die Justizministerin der schwarz-gelben Koalition, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), eine Überarbeitung des Gesetzes. 2012 reichte die EU-Kommission beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) Klage gegen Deutschland ein, da grenzüberschreitende Ermittlungen durch Deutschlands ungeklärte Rechtslage verzögert würden. Und auch der neue Justizminister, Heiko Maas (SPD), beeilt sich nicht laut dem Gesetz, sondern will warten, wie der EuGH demnächst urteilt und welche Richtlinien er vorgibt. *Bel*




**Gegen Vorratsdatenspeicherung: Die Organisation Campact sammelte Unterschriften gegen die Vorratsdatensammlung** Bild: pa

# Das Recht, allein zu sein

## Datenschutz entspringt dem Drang nach Freiheit vom Staat

Die Geschichte des Datenschutzes reicht zurück bis ins 19. Jahrhundert. Ihr Ursprung liegt in den USA, was wiederum in der Tradition des Landes lag. Flächendeckende Ausweis- und Meldepflicht treffen dort bis heute auf Widerstand. In ihrem Selbstverständnis sind die US-Amerikaner ein Volk, das aus dem Widerstand gegen staatliche Gängelung (durch die britische Krone) erst entstanden ist.

In dieser Tradition wurde Ende des 19. Jahrhunderts das „Recht, allein zu sein", sprich: vom Staat in Ruhe gelassen zu werden, erstmals ausdrücklich formuliert. Darin wurde eingeschlossen, dass es das Recht jeder Person sei, zu bestimmen, wer Informationen über ihre Meinungen, Gedanken oder Gefühle erhalten dürfe und wer nicht.

Virulent, nun auch in Deutschland, wurde das Problem indes erst mit dem Siegeszug des Computers. Seit den 1960er Jahren werden Daten von staatlichen Stellen elektronisch zentral erfasst. Zuvor waren sie in einer Vielzahl von Aktendepots nur auf Papier verfügbar, was ihre flächendeckende Nutzung sehr aufwendig machte und daher enge technische Grenzen setzte.

Mit der elektronischen Datenverarbeitung aber begann eine intensive Debatte darüber, wie die Daten der Bürger vor Missbrauch geschützt werden könnten. Zunächst gab es für das Vorhaben nicht einmal ein Wort. In der

### Der Computer erst machte das Problem wirklich virulent

Bundesrepublik wurde Ende der 60er Jahre schließlich das Wort „Datenschutz" entwickelt, das mittlerweile – direkt in andere Sprachen übersetzt – weltweit verwendet wird.

Als erstes Bundesland verabschiedete Hessen im September 1970 ein eigenes Datenschutzgesetz. Dem Beispiel folgten die übrigen westdeutschen Bundesländer nur schleppend; erst 1981 hatten alle ein eigenes Gesetz zum Datenschutz.

Der Bund gab sich Anfang 1977 ein solches Gesetzeswerk, das wie das Vorbild Hessen bestimmt, dass staatliche Stellen wie auch Unternehmen nicht ohne weiteres auf persönliche Daten zugreifen dürfen. Entscheidend für eine Erlaubnis ist laut Gesetz der Grundsatz der „Erforderlichkeit", soll heißen: Es muss für die Erledigung der gesetzlichen Aufgaben einer Behörde erforderlich sein, diese oder jene Daten eines Bürgers zu erfassen.

1983 scheiterte der erste Anlauf einer Volkszählung in der Bundesrepublik an jenem Datenschutzgesetz. Das Bundesverfassungsgericht urteilte zudem, Bürger müssten grundsätzlich selbst über die Verwendung ihrer Daten bestimmen können. Damit war der Datenschutz in den Kanon der Grundrechte erhoben worden. Somit gilt das Karlsruher Urteil auch als Meilenstein in der Entwicklung des Datenschutzes in Deutschland.

Die Neuen Bundesländer übernahmen die westdeutschen Regelungen weitgehend, erweiterten diese jedoch durch die Einsichtsrechte in alte Stasi-Akten. Jedes Bundesland und der Bund (seit 1978) hat einen Datenschutzbeauftragten. Er gilt formal als unabhängige Instanz. *H.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
**Dr. Jan Heitmann**
(V. i. S. d. P.)

**Chefin vom Dienst, Politik, Bücher:** Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

**Freie Mitarbeiter:** Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Konten:** HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

**Telefon** **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:**
www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:**
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1102**

# Lärmende Demokratieshow

## Alle reden von mehr Bürgerbeteiligung, aber offenbar scheint es niemand mit der Forderung ernst zu meinen

**Die Volksabstimmung in der Schweiz entlockt SPD und auch CSU kritische Töne zur Bürgerbeteiligung. Die CDU hält sich bei dem Thema sowieso zurück. Aber selbst die Bürger wünschen offenbar nicht mehr echte Mitsprache.**

Das Karikaturistenduo Greser & Lenz witzelt schon über die neue „Zivilisationskrankheit“: „Ich weiß nicht, wo mir der Kopf steht. Mittlerweile habe ich 238 Online-Petitionen unterzeichnet; gestern versehentliche eine für die vollständige Abholzung des Regenwaldes“, lassen die Spott-Zeichner einen Patienten auf der roten Couch bei seinem Therapeuten sagen. Und tatsächlich gibt es derzeit einen massiven Trend zu Online-Petitionen. Wer in sozialen Netzwerken wie Facebook angemeldet ist, wird, selbst wenn er sich mit dem Thema nicht befasst, von „Freunden“ mit Hinweisen auf Online-Petitionen versorgt. Einmal geht es um eine Unterstützung von Hebammen, ein anderes Mal um die Verhinderung der Abschiebung einer ausländischen Familie mit in Deutschland geborenen Kindern. OpenPetition und change.org sind die beiden Marktführer in diesem Bereich. Erstere geben an, monatlich bis zu 390 neue Initiativen zu veröffentlichen, was viermal so viel sei wie vor einem Jahr. Der Zuwachs freut die Betreiber dieser Seiten, da so auch die Zahl jener Initiativen wächst, die gegen Geld beworben werden wollen, damit sie in der Vielzahl der Online-Petitionen überhaupt noch gefunden werden. Offiziell lobt man bei OpenPetition aber das politische Instrument an sich, was „eine Machtverschiebung hin zu Bürgern, Zuschauern und Verbrauchern“ sei und gerade in Zeiten der Großen Koalition ein Gewinn für die Demokratie.

Allerdings sind Online-Petitionen wie „Alice Schwarzer, legen Sie Ihr Bundesverdienstkreuz nieder“ oder „Lidl: Schafft endlich Eure Quengelkassen ab“ bei change.org nicht an die Politik gerichtet. Bei OpenPetition geht es auch nur auf den ersten Blick seriöser zu, denn neben der Forderung nach einer Mindestpersonalbesetzung in deutschen Krankenhäusern, einer deutschlandweiten Legalsierung von Cannabis unter staatlicher Kontrolle und „Keine Moschee in Leipzig/Gohlis“ wurde hier auch gegen den Moderator Markus Lanz gewettert. Doch seit dem Vorfall lässt OpenPetition keine Petition gegen Personen mehr zu. Allerdings wurde auch der Kabarettist Dieter Nuhr mit seiner Online-Petition gegen Online-Petitionen, in der er „digitales Mobbing“ kritisierte, gestoppt.

Ohne Zweifel hat der Trend zu Online-Petitionen einen gewissen Unterhaltungswert, fraglich ist nur, warum die Initiatoren, so es ihnen denn ernst ist, sich mit ihrem Anliegen nicht gleich an den Bundestag wenden. Der dort beheimatete Petitionsausschuss bietet bereits seit 2005 die Möglichkeit an, online Änderungswünsche aufzugeben. „Lebens- und Genussmittel: Unterscheidung zwischen Pfeifentabak und Wasserpfeifentabak“ lautet der Titel einer Petition, eine andere sieht die Einführung eines Familiensplittings vor. Doch im Gegensatz zu den kommerziellen Seiten, wo schnell zehntausende Unterzeichner zusammen kommen, weisen viele der beim Bundestag eingereichten Initiativen nur oft einige hundert Unterstützer auf. Dabei hat der Bundestag den Auftrag, wenn eine Petition 50 000 Unterstützer hat, sich mit dem Anliegen zu befassen. Unterschied hier jedoch ist, dass die Unterzeichner der kommerziellen Seiten auch falsche Namen verwenden können, ohne dass es überprüft wird, der Petitionsausschuss des Bundestages überprüft zumindest stichprobenartig bei relevanten Petitionen, ob es die Unterzeichner wirklich gibt.

> Hauptsache, der Frust wird abgelassen

Und so ist es gleich doppelt fraglich, ob die Politik überhaupt wahrnimmt, wofür sich die Bürger im Netz ereifern. Denn so lange diese sich auf irgendwelchen, für die Politik nicht relevanten Seiten und dann auch noch anonym herumtreiben, stellen sie sich selbst ins Abseits. Trotzdem haben einige Parteien erkannt, dass zumindest in der öffentliche Debatte Bürgerbeteiligung ein beliebtes Thema ist. Und so nahm die für diesen Bereich zuständige Arbeitsgruppe für den Koalitionsvertrag das Thema sogar in ihren Entwurf auf. Thomas Oppermann (SPD) und Hans-Peter Friedrich (CSU) schlugen vor, dass das Volk „bei europapolitischen Entscheidungen von besonderer Tragweite direkt befragt werden“ solle – eine Forderung, mit der die CSU auch in den Wahlkampf zum EU-Parlament geht. Auch sollten bundesweite Referenden möglich gemacht werden.

Derzeit jedoch wollen weder CSU noch SPD mit dem Thema konfrontiert werden. Die Volksabstimmung in der Schweiz zum Thema Zuwanderung wurde sogar von dem SPD-Parteivize Ralf Stegner scharf kritisiert. Man dürfe zu solch wichtigen Themen nicht das Volk befragen, so sein Tenor. Und auch die CSU meinte, die Schweiz sei in diesem Fall kein Vorbild für Deutschland.

Auch belegt der Koalitionsvertrag schwarz auf weiß, wie ernst es der Großen Koalition mit Volksbefragungen ist: Das Thema wird mit keinem Wort erwähnt. „Damit bleiben die Bürgerinnen und Bürger Zaungäste der Bundespolitik“, bedauerte Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher der Initiative „Mehr Demokratie“. Doch offenbar scheinen sich die Bürger damit zufrieden zu geben, schließlich reicht es ihnen ja, ihren Frust in folgenlosen Online-Petitionen in die Welt zu rufen. *Rebecca Bellano*




**Möglichkeiten für Online-Petitionen: Die Seite des Bundestags verzeichnet weniger Unterzeichner als andere** Bilder: Screenshot

## MELDUNGEN

### Vom Netz in den Landtag

**Stuttgart** – Am Ende waren es 192 000 Unterschriften. Die Online-Petition gegen die „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ im Entwurf für den neuen baden-württembergischen Bildungsplan hebt sich von der Masse der über das Internet in Gang gebrachten Initiativen ab. Erstens erhielt sie mediale – wenn auch oft negative – Aufmerksamkeit, und zweitens wurden die Unterschriften in Ordnern dem Petitionsausschuss des Landtags übergeben, so dass sich dieser damit befassen muss. Allerdings gab es am Rande der Übergabe noch einen kleinen Eklat, denn unter den Unterzeichnern befand sich der Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages. Obwohl dieser bekundete, seine Unterschrift sei eine rein private Meinungsäußerung, erhielt er viel Kritik, musste jedoch sein Amt nicht räumen. *Bel*

### Für ein gutes Gewissen

**Berlin** – Die Fraktionsvizechefin der Grünen, Kerstin Andreae, will, dass über die einzelnen Elemente der Rentenreform getrennt abgestimmt wird. Sie bietet laut „Spiegel“ der Großen Koalition als Gegenleistung das Ja der Grünen bei den Verbesserungen der Reha-Leistungen, was für die Regierung jedoch aufgrund ihrer großen Mehrheit im Bundestag nur von symbolischer Bedeutung wäre. Gleichzeitig würde dies jedoch etwa 50 Unions-Abgeordneten die Option ermöglichen, für das Paket mit der befürworteten Mütterrente, aber gegen die von der SPD-gewünschte Rente mit 63 zu stimmen. Zwar wäre auch dies nur von symbolischer Bedeutung, doch die Parlamentarier hätten ein gutes Gewissen. Zugleich würde eine derartige Paketlösung einen Spalt in die Große Koalition treiben und es der SPD ermöglichen, gegen die Mütterrente zu stimmen. *Bel*

# Rot-Rot-Grün in Vorbereitung

## SPD öffnet sich der Partei »Die Linke« – Platzeck macht Avancen

Die Tinte auf dem schwarzroten Koalitionsvertrag ist kaum trocken, da laufen innerhalb der SPD die politischen Planspiele für eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene an. Als Öffnung in Richtung Partei „Die Linke“ wird der jüngst gefasste Beschluss der SPD-Parteispitze gewertet, der Wahl von Ministerpräsidenten von der Linkspartei nicht mehr im Weg zu stehen. Da sei jeder Landesverband „völlig autonom“, so SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi im „Spiegel“.

Bedeutung haben könnte die neue Linie in Sachen „Die Linke“ vor allem für Thüringen, wo im Herbst Wahlen anstehen. „Die Linke“ und CDU liefern sich in Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die Position als stärkste Kraft. Als es im Jahr 2009 schon einmal um eine Führungsrolle der Linkspartei in Thüringen ging, hatte der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering dies noch abgelehnt. Die nun beschlossen Kehrtwende passt zu dem Kurs, den die SPD bereits 2013 auf ihrem Bundesparteitag eingeschlagen hat. Unter Führung von Sigmar Gabriel war eine strategische Öffnung in Richtung Linkspartei beschlossen worden. Man wolle sich künftig Gesprächen nicht mehr verweigern, so der harmlos klingende Tenor.

Von der Öffentlichkeit eher wenig beachtet ist der Öffnungskurs der SPD in Richtung Tiefrot inzwischen beschritten worden. Der stellvertretende SPD-Chef Ralf Stegner hat vor Kurzem das Papier „Für ein progressiv-linkes Reformbündnis mit einer Machtperspektive 2017“ vorgelegt. Als Ziel wird darin genannt, „die bestehenden inhaltlichen und strategischen Differenzen zwischen allen Parteien links der Union“ zu beseitigen. Im Klartext: Es wird eine Koalition der SPD mit Linkspartei und Grünen vorbereitet, um so bei den Bundestagswahlen 2017 an die Macht zu kommen. Unterschrieben haben inzwischen 15 SPD-Bundestagsabgeordnete sowie die Landeschefs von Berlin und Sachsen-Anhalt, Jan Stöß und Katrin Budde. Mit von der Partie ist ebenso die Juso-Bundesvorsitzende Johanna Uekermann.

> Regiert bald tiefroter Ministerpräsident Thüringen?

Berlins SPD-Chef Stöß hat öffentlich eingeräumt, dass für ihn eine Koalition mit der Partei „Die Linke“ auch im Bund kein Tabu mehr sei. Bei den potenziellen Koalitionspartnern fällt der Vorstoß auf fruchtbaren Boden. Der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Michael Kellner, begrüßte, dass es zwischen SPD und Linkspartei „ernsthafte Gespräche und Diskussionen um die Inhalte gibt“. Noch deutlicher wird Klaus Ernst, der stellvertretender Vorsitzender der Linken-Bundestagsfraktion. Die Initiative aus der SPD sei „eine Chance für eine Politikwende“, so Ernst zum Berliner „Tagesspiegel“.

Eine Schlüsselrolle bei den Vorbereitungen für eine künftige rot-rot-grüne Koalition scheint inzwischen Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) einzunehmen. Platzeck, der auf Landesebene bereits eine Koalition mit der Linken eingegangen war, soll nach Informationen des „Tagesspiegel“ im März mit Dagmar Enkelmann („Die Linke“) zusammentreffen. Beide Politiker sind im Vorstand ihrer jeweiligen Parteistiftungen (Friedrich-Ebert Stiftung/Rosa-Luxemburg-Stiftung) engagiert. Dem Spitzengespräch sollen weitere Beratungen folgen, in denen ausgelotet werden soll, was SPD und „Die Linke“ verbindet. Platzeck und Enkelmann kennen sich bereits aus der rot-roten Koalitionszeit im Land Brandenburg und vertrauen einander. *N.H.*

# Klare Trennung unmöglich

## Militärforschung an deutschen Universitäten sorgt für Missstimmung

Gegen die Militärforschung an deutschen Hochschulen regt sich der Widerstand politischer und gesellschaftlicher Gruppen. Gerungen wird um die Frage, ob öffentliche Einrichtungen mit der Bundeswehr oder Rüstungsfirmen kooperieren und sich dabei auf die Wissenschaftsfreiheit berufen dürfen. Hinter dem Protest stehen einzelne Studenten oder Organisationen wie die eher politisch linke „AG Friedensforschung“ und die „Initiative Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“, die von den Gewerkschaften GEW und verdi gegründete wurde. Sie sehen eine unzulässige Beeinflussung der Forschung und Lehre. So sollen in den letzten 13 Jahren zehn Millionen Dollar des US-Verteidigungsministeriums nach Deutschland geflossen sein.

Aus einer aktuellen Erhebung des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums geht hervor, dass von 2000 bis 2013 zehn Hochschulen und elf außeruniversitäre Institute des Landes für das Militär Forschungsleistungen im Wert von 31,3 Millionen Euro erbrachten. Das sind 0,5 Prozent des gesamten Drittmittelbudgets der letzten 14 Jahre. Aufträge kamen vom Bundesverteidigungsministerium und Einrichtungen der Bundeswehr, aber auch vom Rüstungskonzern Rheinmetall. Aus dem Ausland kamen Aufträge der US-Armee für rund 2,6 Millionen Dollar, ein Auftrag des britischen Verteidigungsministeriums und vier des südkoreanischen Militärs.

Dabei ist aufgrund der sogenannten Dual-Use-Problematik eine strikte Trennung des zivilen vom militärischen Bereich nicht immer möglich, weil sich Erkenntnisse vielfach nutzen lassen. Zudem wird nicht immer an Werkstoffen oder Elektronik geforscht, die leicht mit neuen Waffentechnologien in Verbindung gebracht werden können. Bei Projekten des Alfred-Wegner-Instituts zum Schutz der Wale vor Unterwasserlärm im Auftrag des US-amerikanische Office of Naval Research oder des Max-Planck-Instituts für Biochemie zur Brustkrebserforschung im Auftrag des US Army Medical Research and Materiel Command steht die Rüstungsforschung nicht im Vordergrund.

> Viele Entwicklungen sind zivil und militärisch nutzbar

Die Bundesregierung ist derzeit nicht gewillt, eine Initiative zur Einführung bundesweiter Zivilklauseln, die absichern, dass Forschung nur friedlichen Zielen dient, mitzutragen. Das Grundgesetz garantiere die Freiheit von Wissenschaft und Forschung, so dass politische Weisungen des Bundes für Forschungsverträge nicht möglich seien. Zwar gebe es Genehmigungsverfahren für die Ausfuhr bestimmter Waren und Technologie, aber die Beschränkungen für gelistete Technologie gelten nicht für den Bereich der allgemeinen Grundlagenforschung.

Während mehrere Universitäten, unter anderem in Bremen, Frankfurt, Tübingen und Dortmund sowie die TU Berlin, bereits eine Zivilklausel eingeführt haben, verweist der Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie, Holger Hanselka, auf die bereits geltenden ethischen Leitlinien seiner Universität. Bei einer Zivilklausel müsste die Technikforschung indes eingestellt werden, weil über den Dual-Use-Ansatz letztlich jedes Thema mit einem „sowohl als auch“ belegt werden könne. Und das sei für ein Land wie Deutschland, das von Technologien, Innovationen und Entwicklungen lebe, nicht sinnvoll. *Ulrich Blode*

## MELDUNGEN

### Wasserkopf abschlagen

**Sarajewo** – Seit Monaten protestieren Serben, Kroaten und bosniakische Muslime gemeinsam gegen Korruption und Misswirtschaft. Nachdem es vergangene Woche zu massiven Ausschreitungen kam, fordern auch führende Politiker, dass die Bürger die Chance haben sollten, Politiker zu wählen, denen sie vertrauen. Doch da infolge des Dayton-Abkommens von 1995 in jedem Amt ein Vertreter der Serben, Bosniaken und Kroaten sitzt, leistet sich das Land viele Entscheidungsträger, die sich jedoch nur zu wenigen Entscheidungen durchringen. Stagnation und eine Arbeitslosigkeit von 44 Prozent sind die Folge. *Bel*

### Royal Navy setzt auf Schrott

**London** – Durch einen Brand auf der „HMS Illustrious“ wurde im August 2013 die zentrale Fernmeldeanlage („radio switchboard“) des Flugzeugträgers beschädigt. Da Ersatzteile für die aus den 80er Jahren stammende Anlage in Großbritannien nicht mehr hergestellt werden, musste das Verteidigungsministerium nun in der Türkei nachfragen, ob das identische Gerät vom Schwesterschiff „HMS Ark Royal“ noch vorhanden ist. HMS „Ark Royal“ wird in der Türkei am Strand von Aliaga gerade zu Alteisen zerlegt. Der Rückkauf des „radio switchboard“ vom türkischen Abwrackunternehmen belastet nun den Verteidigungsetat mit 70 000 Euro. Britische Medien gossen über den Verantwortlichen Spott und Häme aus. Hätte man es nicht so eilig gehabt, „HMS Ark Royal“ als Schrott zu verkaufen, hätte man das Geld sparen können. Der letzte Träger der Royal Navy, „HMS Illustrious“, soll Ende 2014 ausgemustert werden. Mit dem Zulauf der neuen Träger „HMS Prince of Wales“ und „HMS Queen Elizabeth“ wird 2020 gerechnet. *T.M.*

# Flucht in die EU

## Serbien setzt voll auf Brüssel als rettenden Strohhalm – Serbischer Nationalismus wird zurückgestellt

**Seit dem 21. Januar wird über die Aufnahme Serbiens in die EU verhandelt. Alles spricht dafür, dass sich die EU damit einen Problemfall der Extraklassen einhandelt. In Serbien grassieren Korruption und Organisierte Kriminalität, gepaart mit großspurigem Chauvinismus.**

Während es sich zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges abzeichnet, dass in der europäischen Öffentlichkeit endlich eine realistischen Diskussion über die Kriegsursachen in Gang kommt, wird von Serbiens Regierung ein Zeichen ganz anderer Art gesetzt. Zum Jahrestag des Mordanschlags auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand durch den serbische Nationalisten Gavrilo Princip plant die Regierung in Belgrad dem Attentäter zwei Denkmäler zu errichten, so die regierungsnahe Zeitung „Novosti“.

Zumindest in Brüssel scheint man den immer noch vitalen serbischen Nationalismus als kompatibel mit europäischen Werten anzusehen. Fast zeitgleich mit der Ankündigung zur Ehrung des Attentäters Princip konnte Serbiens Ministerpräsident Ivica Dacic stolz verkünden, Serbien sei endlich auf dem Weg in die Familie der europäischen Nationen. Der Anlass: Die EU hat mit Belgrad Beitrittsgespräche aufgenommen – angestrebt wird ein Beitritt bereits zum Jahr 2020.

Auch wenn der Umgang mit dem Weltkriegsgedenken kaum dafür spricht, Präsident Tomislac Nikolic (Fortschrittspartei) und Premier Dacic (Sozialisten) haben den serbischen Nationalismus bereits seit einiger Zeit etwas tiefer als sonst üblich gehängt und scheinbar ihre Liebe zu Europa entdeckt. Der erstaunliche Wandel dürfte rein pragmatisch und vorübergehender Natur sein. Für Serbien ist die EU der sprichwörtliche rettende Strohhalm. Die wirtschaftliche Lage des Balkanstaates ist desaströs. Mit 25 Prozent ist die Arbeitslosigkeit in Serbien eine der höchsten in ganz Europa. Vom World Economic Forum wird der Balkanstaat hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in der Nachbarschaft von Ägypten und Kambodscha platziert. Auch Serbiens demografische Probleme kommen von anderen Balkanländern bekannt vor, tatsächlich ist die Lage in Serbien aber noch dramatischer als bei den anderen EU-Neuzugängen. Nach Daten einer Volkszählung im Jahr 2011 zählt Serbien zu den Nationen mit der stärksten Überalterung in Europa. Serbiens Geburtenrate liegt mittlerweile um 30 Prozent unter dem Wert, der zur einfachen Reproduktion der Bevölkerungszahl ausreichen würde. Gleichzeitig verlassen vor allem die jungen Bewohner in Scharen das Land.




Rettung in Sicht: EU-Kommissionspräsident Barroso (r.) stellt Serbiens Premier EU-Beitritt in Aussicht Bild: pa

Als extremes Beispiel für die serbischen Bevölkerungsprobleme wird regelmäßig die Gemeinde Crna Trava angeführt. In dem Gemeindegebiet ist die Bevölkerungszahl von 1948 bis 2009 von ehemals 13 600 auf nur noch rund 2500 Einwohner gesunken. Im Schnitt haben die Schulen nur noch elf Schüler beziehungsweise vier Schüler pro Klasse. Dafür ist jeder zweite Einwohner von Crna Trava über 65 Jahre alt. Die aus solcher demografischen Schieflage resultierenden Belastungen für das Sozial- und Rentensystem, inklusive Abwanderung der Jungen, drohen künftig genauso zu einem Problem für alle anderen EU-Länder zu werden, wie die in Serbien grassierende Korruption und die allgegenwärtige Organisierte Kriminalität. Auf dem Korruptionsindex von Transparency International steht Serbien unter 183 Nationen nur auf Rang 80. Die tiefverwurzelte Mentalität des Bestechens und der Bestechlichkeit zurück zu drängen, dürfte indes ebenso eine Aufgabe für Generationen sein wie der Kampf gegen Serbiens gut organisierte Unterwelt. Selbst gegen Serbiens Premier Dacic sind im vergangenen Jahr Vorwürfe laut geworden, er habe in seiner Amtszeit als Innenminister wissentlich Kontakte zum Clan des „Kokainkönigs“ Darko Saric gehabt.

### Ehrung eines Attentäters ist für die EU kein Problem

Diese aufgedeckten Kontakte liegen ganz in der Tradition bester Beziehungen zwischen Unterwelt und Politik in Serbien. Bereits im sozialistischen Jugoslawien waren Mafiaclans ein bekanntes Phänomen. Die Jugoslawienkriege der 90er Jahre verhalfen dem organisierten Verbrechen dann zu einem weiteren Machtzuwachs – serbische Politiker griffen auf die Dienste von Unterweltgrößen zurück, um das UN-Embargo zu umgehen.

Die Personalie Dacic – ein Weggefährte von Slobodan Miloševic – ist speziell aus deutscher Sicht noch aus einem ganz anderen Grund pikant. Als Pressesprecher des Miloševic-Regimes werden Dacic Äußerungen zugeschrieben, in denen er Deutschland die Schuld für die Balkankriege der 90er Jahre zugeschrieben und die Deutschen sogar pauschal als „völkermordendes Volk“ bezeichnet hat. Auf dem Weg „in die Familie der europäischen Nationen“ scheinen derartige Ausfälle nicht mehr opportun. Serbiens heutiger Ministerpräsident bestreitet inzwischen, jemals derartige Äußerungen gemacht zu haben. Dass Dacic eingeschritten wäre, als serbische Medien ihn in der Vergangenheit entsprechend zitierten, ist allerdings nicht bekannt. Angesichts des Bündels an schweren Problemen, die Serbien mit in die EU einbringt, ist es geradezu paradox, dass in Ländern wie Deutschland eine öffentliche Diskussion über den weiteren Sinn der EU-Erweiterungspolitik ausbleibt. *Norman Hanert*

# Streit um Potentatengeld

## Schweiz will ehemaligen Despoten ihre Millionen nicht auszahlen

Es geht um 600 Millionen Euro. Diese reklamiert der Clan des ehemaligen ägyptischen Diktators Hosni Mubarak bei Schweizer Banken. Die Guthaben sind seit drei Jahren eingefroren. Diese Sperre wurde im Dezember 2013 um weitere drei Jahre verlängert. Um die Auszahlung zu verhindern, brauchen die Eidgenossen die Mithilfe der Justiz in Kairo, doch wegen der instabilen politischen Lage dort blieb bisher die erwünschte Rechtshilfe aus. Ohne den Beweis der Korruption und der Unrechtmäßigkeit könnten die Eidgenossen aber in absehbarer Zeit gezwungen sein, die Millionen freizugeben. Konkret ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen 13 Beschuldigte wegen Geldwäsche. Ein Heer von Anwälten des Mubarak-Clans übt aber derzeit starken Druck auf die Schweizer Justiz aus.

Auf Initiative des Außendepartements der Schweiz wurde der neue Gesetzentwurf „Lex Ben Ali“ über Sperrung und Rückführung von Potentatengeldern verfasst. Auslöser war die im Zug des „Arabischen Frühlings“ entstandene Rechtssituation bezüglich der Gelder des ehemaligen tunesischen Präsidenten Ben Ali. Da es keine entsprechende Rechtsgrundlage gab, griff die Regierung in Bern zu den in der Verfassung festgeschriebenen Notrechtskompetenzen. Insgesamt wurden bereits etwa 800 Millionen Euro aus arabischen Diktaturen eingefroren. Ähnliche Blockaden von Vermögen hatte die Eidgenossenschaft in der Vergangenheit gegen den philippinischen Marcos-Clan und die kongolesische Mobutu-Sippe verhängt. Das 60 Millionen Euro betragende Vermögen des abgesetzten Präsidenten der Elfenbeinküste Laurent Gbago, gegen den ein Strafverfahren läuft, wurde gesperrt.




Nach ihm wurde ein Gesetz benannt: Ben Ali

Die Millionen des nigerianischen Sani-Abacha-Regimes wurden für den Staat Nigeria nach einem fünfjährigen Rechtsmarathon freigegeben, die 2002 gesperrten fünf Millionen des haitianischen Exdiktators Jean-Claude Duvalier flossen 2013 an das Volk des karibischen Inselstaates zurück. Blockiert sind auch Anlagen des gestürzten libyschen Diktators Muammar Gaddafi und des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad im Wert von insgesamt rund 100 Millionen. Die amerikanische Regierung hat gar 20 Milliarden Euro solcher Gelder blokkiert. Immerhin prognostizierte das „Wall Street Journal“, das es neben der Schweiz noch andere, weit größere Finanzplätze gibt, in denen Fluchtgelder untergebracht sein sollen.

Nachdem vor Kurzem über 100 Schweizer Banken sich selbst der Beihilfe zur Steuerflucht bezichtigt haben, ist der Ruf des eidgenössischen Banksystems lädiert und Bern setzt alles daran, eine Weißgeldstrategie einzuleiten. Dazu gehört der Umgang mit Potentaten-Geldern aus aller Welt. Hier will die Schweiz eine Vorreiterrolle einnehmen. Der nahende OECD-Standard zum automatischen Informationsaustausch von Finanzdaten schafft zudem zusätzlichen Druck zur Legalisierung von Schwarzgeldern. *Joachim Feyerabend*

# Frankreichs Sarrazin

## Philosoph Alain Finkielkraut kritisiert Multikulti und Zuwanderung

Nun hat auch Frankreich seinen Sarrazin. „L'identité malheureuse“, „Die unglückliche Identität“, heißt das aktuelle Buch, das dem Philosophen Alain Finkielkraut viel Kritik und Anfeindungen einbringt. Als „Unzeitgemäßen“ und „Querdenker“ bezeichnet die „Neue Zürcher Zeitung“ den 64-Jährigen und sagt damit so ungefähr das Netteste, was Finkielkrauts Gegner über ihn äußern. Für andere hingegen ist er ein Prophet, denn viele Dinge, die er in Bezug auf das Thema Zuwanderung gesagt hat, scheinen sich mehr und mehr zu bewahrheiten.

Schon seit Jahren ist die Überfremdung Frankreichs sein Lieblingsthema und das beschert ihm auch immer wieder Einladungen zu Vortragsveranstaltungen und in Talkshows. Sein neustes Buch wird heiß diskutiert, trifft es doch einen Nerv, nachdem die sozialistische Regierung von François Hollande vor wenigen Monaten betont hatte, Frankreich solle sich mehr zu seinem orientalisch-arabischen Erbe bekennen.

Finkielkraut kann hingegen mit Multikulturalismus, so wie er in ganz Westeuropa offiziell gefeiert wird, nichts anfangen. Schließlich habe die Realität gezeigt, dass sich die Kulturen überwiegend nicht vermischten. Stattdessen bildeten sich Parallelgesellschaften. Das führe in Frankreich dazu, dass die Franzosen allmählich Angst bekämen, zur Minderheit im eigenen Land zu werden. Früher habe immerhin noch eine Einwanderung in die französische Kultur stattgefunden, doch je mehr Einwanderer kämen und in Frankreich auf Landsleute träfen, desto geringer sei für sie die Notwendigkeit sich anzupassen. „Wenn die Zuwanderer in ihren Vierteln in der Mehrheit sind, wie kann man sie integrieren?“, so Finkielkraut in einem Interview mit dem „Spiegel“. Früher habe es Mischehen gegeben, was zu einer Verschmelzung geführt habe, doch das werde heute immer seltener. Stattdessen fände eine Re-Islamisierung statt. „Eine Frau, die einen Schleier trägt, kündigt damit ja schon an, dass eine Verbindung mit einem Nichtmuslim für sie nicht infrage kommt.“

### Einwanderung müsse besser kontrolliert werden

Finkielkraut kann aber immerhin im Gegensatz zu einheimischen Franzosen leichter Kritik an der Zuwanderung üben, denn er ist gleich zweifach geschützt. Erstens ist er der Sohn eines Polen und zweitens der Sohn eines jüdischen Holocaustüberlebenden. Für viele Intellektuelle gilt er daher selber als Opfer, was Finkielkraut oft genervt von sich gewiesen hat, doch immerhin schützt ihn dieser Status vor völliger gesellschaftlicher Vernichtung.

Trotzdem wird er als ewiggestrig und rechtspopulistisch beschimpft, doch der Philosoph ist aus hartem Holz geschnitzt; gemocht zu werden liegt nicht in seinen Genen, vielmehr wird er von dem Drang beherrscht zu provozieren. Und so hält er die Begründung, die Ausschreitungen in den französischen Banlieues seien eine Folge der sozialen Diskriminierungen der dort lebenden arabischen und schwarzafrikanischen Zuwanderer, für nicht haltbar. „Ungleichheit erklärt nicht Antisemitismus und ... Frauenfeindlichkeit“, merkt er an. Und wenn die Arbeitslosigkeit dort so hoch ist, so ist dies für ihn ein Zeichen dafür, dass es nicht genug Arbeitsplätze gäbe und die Einwanderung besser kontrolliert werden müsse. Faszinierend findet er auch, dass einerseits die Franzosen mit ihrem Kolonialismus Leid angerichtet haben sollen, andererseits die Bewohner der einstigen Kolonien massenhaft in das Land ihrer früheren Unterdrücker strömen. Schlüssig findet er das nicht. *Bel*

# Supermacht mit Schlaglöchern

## US-Infrastruktur ist eines Industrielandes nicht würdig – Vor allem Republikaner boykottieren Investitionen

**Als Nebeneffekt der NSA-Affäre hat sich in breiten Teilen der Weltöffentlichkeit das Bild eines Hochtechnologielandes USA fest im Bewusstsein eingepflanzt. Geht es aber um ganz gewöhnliche Infrastruktur wie Straßen sowie Gas- und Stromnetze, dann gleichen die USA zunehmend einem Dritte-Welt-Land.**

Der drastische Vergleich, zu dem US-Vizepräsident Joe Biden vor Kurzem gegriffen hat, dürfte kaum zum dem Bild passen, das viele US-Amerikaner bis heute von ihrem Land pflegen: „Würde ich jemanden mit verbundenen Augen nachts um zwei zum Flughafen Hongkong bringen, was glauben Sie, was die Person sagen würde, wo sie sich befindet? Das muss Amerika sein, dies ist ein moderner Airport." Das gleiche Prozedere würde nach Biden im Falle des New Yorker Flughafens LaGuardia jedoch zu einem gänzlich anderen Ergebnis führen, nämlich zu der Feststellung: „Ich muss in einem Dritte-Welt-Land sein." Das Phänomen, auf das der Vizepräsident aufmerksam gemacht hat, ist nicht gänzlich neu, es hat aber inzwischen unübersehbare Dimensionen angenommen. Die Infrastruktur der USA ist vielerorts in einem erbärmlichen Zustand, sie zerfällt zusehends. Die USA verlieren damit nicht nur als Wirtschaftsstandort an Attraktivität, einstürzende Brücken und löchrigen Gasleitungen werden mittlerweile sogar zu einer echten Lebensgefahr.

Als ein Extrembeispiel kann wohl das Gasnetz der Hauptstadt Washington D.C. gelten. Wissenschaftler der Duke University in Durham stellten unter den Straßen der Hauptstadt rund 5900 Lecks an den jahrzehntealten gusseisernen Gasleitungen fest. An wenigstens zwölf Stellen wurden Gasaustritte von bis zu 32000 Litern pro Tag gemessen. Trotz akuter Gefahr mussten die Inspektoren feststellen, das kaum etwas passiert. „Vier Monate, nachdem wir den städtischen Behörden die gefährlichen Lecks gemeldet haben, sind wir zurückgekehrt und haben festgestellt, dass neun der Lecks immer noch gefährliche Mengen an Methan ausströmen", so einer der beteiligten Wissenschaftler.

Die Zustände in der Hauptstadt der Supermacht USA sind inzwischen kein Einzelfall mehr. Große Teile der US-Infrastruktur haben mittlerweile Jahrzehnte an Nutzungsdauer hinter sich und sind einfach nur noch desolat. So hat ein Großteil der rund 600000 Brücken in den USA mittlerweile ein Alter von über 40 Jahren auf dem Buckel. Bei einer kalkulierten Nutzungsdauer von 50 Jahren kommt auf das Land damit ein riesiger Sanierungs- und Neubaubedarf zu. Noch älter sind oftmals die Wasserleitungen. Die meisten Rohrleitungen sind inzwischen

### Zu allem Übel: Die Immobilienkrise kehrt zurück

älter als 60 Jahre, teilweise sogar 100 Jahre. Als Folge sickern pro Tag geschätzte 30 Millionen Liter Wasser einfach durch die maroden Leitungen ins Erdreich. Als extrem wunder Punkt gelten die Stromnetze. Meist oberirdisch verlegt, sind sie extrem anfällig für Wind und Wetter. Als Ende 2013 der Eissturm „Nemo" die Ostküste der USA heimsuchte, saßen zeitweise 800000 Amerikaner im Dunkeln.

Beim flächendeckenden Verfall der US-Infrastruktur wirken gleich mehrere Faktoren mit. Speziell was Leitungsnetze angeht, versuchen Investoren, möglichst viel Rendite aus ihren Beteiligungen an Versorgern rauszuholen, während langfristige Investitionen häufig ausbleiben. Bei der Verkehrsinfrastruktur gefährden wiederum knappe Kassen und das Haushaltsgerangel zwischen Demokraten und Republikanern um die Schuldengrenze den ohnehin schon maroden Status quo vieler Straßen und Brükken. Vor allem in den Reihen der Republikaner ist die Ansicht verbreitet, die Erneuerung der Infrastruktur sei eine Aufgabe der einzelnen Bundesstaaten, vor allem aber der Privatwirtschaft. Genauso bemerkbar macht sich inzwischen aber auch, dass die USA weltweit am meisten Steuergelder für ihr Militär ausgeben. Allein im Jahr 2013 haben sich die Vereinigten Staaten das Militär 600,4 Milliarden Dollar kosten lassen, so die Berechnungen des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London. Zwar versucht Washington verstärkt, militärische Aufgaben, etwa in Afrika, auf die Europäer abzuwälzen, doch wenn weiterhin am Ziel der globalen militärischen Dominanz festgehalten wird, ist an den ruinös hohen Militärausgaben nicht viel zu ändern. Die rund 750 US-Militärstützpunkte außerhalb der eigenen Grenzen samt diverser Kriegseinsätze kosten nun einmal viel Geld.

Dass die Berge an druckfrischen Dollars nicht mehr mit den tatsächlichen wirtschaftlichen Ressourcen des Landes korrespondieren, bekommen viele Amerikaner inzwischen nicht nur über den zunehmenden Verfall ihrer Infrastruktur zu spüren. Trotz regelmäßiger Meldungen über eine Erholung auf dem Immobilienmarkt mehren sich die Zeichen für einen neuerlichen Absturz, ja sogar für eine Neuauflage der Immobilienkrise. Hohe Verluste aus der Finanzierung von Häusern, die zur Zwangsversteigerung stehen, haben im letzten Quartal des vergangenen Jahres erstmals seit 2011 wieder zu steigenden Verlusten im Hypothekengeschäft geführt. Für den Banksektor besonders gefährlich ist die Entwicklung bei den nicht mehr bedienten Immobilienkrediten. Der Anteil der notleidenden Hypotheken, die mindestens 90 Tagen im Zahlungsverzug sind, ist auf den brisanten Wert von 32 Prozent gestiegen. *Norman Hanert*



Anfällig für Wind und Wetter: Stromleitungen sind in den USA meist oberirdisch verlegt Bild: pa

## MELDUNGEN

### Deutlich weniger neue Solaranlagen

**Berlin** – Voller Sorge blickt der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) auf die anstehende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die Kappungen der Privilegien für die Photovoltaik-Branche zur Folge zu haben droht. Bereits erfolgte Subventionskürzungen haben dafür gesorgt, dass der Ausbau von Solaranlagen 2013 im Vergleich zum Vorjahr um 56 Prozent zurückgegangen ist. Der BSW wies darauf hin, dass 2013 zahlreiche Jobs verloren gegangen seien, Zahlen nannte er jedoch nicht. *Bel*

### Druck auf Israel über Wirtschaft

**Tel Aviv** – Erst waren es nur die Wasserspender der Firma SodaStream, dann Bio-Früchte und nun sind selbst Sanktionen nicht auszuschließen. Israels Wirtschaft sähe sich massiven Abwehrreaktionen aus den USA und der EU gegenüber, sollte es Produkte, die in den besetzten Palästinensergebieten produziert wurden, als „Made in Israel" deklarieren. Dieses Etikett dürfen laut EU nur Waren tragen, „die innerhalb der international anerkannten Grenzen des Staates Israel" hergestellt wurden. Vor wenigen Wochen wurde Bio-Obst ausgemacht, das in den israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland angepflanzt worden war, aber nicht entsprechend deklariert war. Seit dem 1. Februar darf es laut EU nur noch den Herkunftsnachweis „Besetzte palästinensische Gebiete" tragen, was den Absatz behindern dürfte. Auch dürfen EU-Fördergelder nicht in diese Gebiete fließen. Ein niederländischer Pensionsfonds hat bereits Beteiligungen an israelischen Banken mit Hinweis auf deren Engagement in den besetzten Gebieten abgestoßen. US-Außenminister John Kerry hat Israel gegenüber sogar Wirtschaftssanktionen ins Spiel gebracht, sollte der Bau von Siedlungen ohne Friedensvertrag mit den Palästinensern so weiter gehen. *Bel*

# Marken im Ausverkauf

## Fiat ist nur eine von vielen Industrie-Ikonen, die Italien verliert

Würden VW oder Daimler ihren Firmensitz ins Ausland verlagern, der Aufschrei in Deutschland wäre programmiert. Mit erstaunlicher Gleichgültigkeit wird in Italien nun der drohende Verlust der Industrie-Ikone Fiat aufgenommen. Angekündigt ist, dass der Autobauer im Zuge der Komplettübernahme der US-Tochter Chrysler seinen rechtlichen Firmensitz in die Niederlande verlegen werde. Aus Steuergründen ist zudem geplant, dass der neue Konzern „Fiat Chrysler Automobiles" auch einen Sitz in Großbritannien haben wird. 115 Jahre nach der Gründung des Unternehmens ist die „Fabbrica Italiana Automobili Torino" damit künftig weder ein italienisches Unternehmen noch wirklich in Turin beheimatet.

Der Weggang des Autobauers ist kein Einzelfall. Viele Unternehmen haben inzwischen in aller Stille Italien verlassen, dazu sind renommierte Namen wie Buitoni, Ducati oder Valentino in ausländische Hände übergegangen. Die anhaltend schlechte Wirtschaftslage Italiens hat bei Kleinbetrieben zu einer Pleitewelle geführt, bei großen Unternehmen ist ein Ausverkauf in Gang gekommen. In den vergangenen vier Jahren sind mehr als 430 italienische Unternehmen für 55 Milliarden Euro von ausländischen Investoren geschluckt worden.

Das Problem dabei ist, dass viele Investoren oftmals nur an den bekannten Markennamen interessiert sind und weniger an den Produktionsstätten selbst. Dahinter steckt eine nüchterne

### Gleichzeitig gehen kleinere Betriebe massenweise konkurs

Kalkulation. Der Aufbau einer Marke ist eine teure und langwierige Angelegenheit. Italiens Wirtschaftskrise bietet Investoren nun die Möglichkeit, sich renommierte Markennamen an Land zu ziehen. Nicht ganz zu Unrecht befürchten Gewerkschafter, dass als Folge der zahlreichen Übernahmen auf lange Sicht die Produktionsstätten in Italien irgendwann dicht gemacht werden und die Produktion an preiswertere Standorte verlagert wird. Die Hoffnung, dass der Ausverkauf durch eine Besserung der Lage gestoppt wird, dürfte unrealistisch sein. Anders als die Regierung in Rom sieht der Kaufleuteverband Confcommercio nämlich vorerst keine Besserung in Sicht. Auch 2014 werde es zu keinem Wirtschaftswachstum in Italien kommen, so die Warnung von Confcommercio-Präsident Carlo Sangalli, der bis zu 47000 Unternehmen von der Pleite gefährdet sieht.

Italiens Wirtschaftsmisere zeigt mittlerweile auch an ganz unvermuteter Stelle drastische Auswirkungen. Das ohnehin schon schwer belastete Justizsystem kommt immer weiter unter Druck, so dass bereits vor einem Justizkollaps gewarnt wird. Schon jetzt vergehen in Italien im Schnitt fünf Jahre, bis ein rechtskräftiges Urteil ergeht. Die hohe Zahl an Konkursverfahren sowie massenweise Streitfällen bei Unternehmensentlassungen bringen nun die Justiz zusätzlich in die Bredouille.

Eine Folge kann Italien noch besonders teuer zu stehen kommen: In Fällen von Korruptionsbekämpfung kommt es immer öfter zur Einstellung der Verfahren – nicht weil die Ermittlungen keinen Verdacht ergeben hätten, viele Fälle verjähren ganz einfach. *N.H.*

# SPD für gemeinsame Haftung

## Bankenunion soll am besten sofort einsatzfähig sein

Immer wieder betont die SPD, dass der Steuerzahler nicht für Bankenpleiten haften dürfe. Doch offenbar hat sie kein Problem damit, wenn deutsche Banken für die Fehler anderer europäischer Banken geradestehen. Dass an diesen deutschen Banken letztendlich auch die deutschen Sparer und in letzter Konsequenz die deutschen Steuerzahler hängen, scheint die Partei hingegen nicht sehen zu wollen.

Nur mit Mühe hat Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) bisher dafür sorgen können, dass die geplante europäische Bankenunion nicht sofort inkraft tritt. Derzeit sieht der Entwurf für den einheitlichen europäischen Abwicklungsmechanismus, der bis Mai beschlossen werden soll, vor, dass die Banken im Euro-Raum stufenweise immer mehr füreinander haften. Insgesamt sollen innerhalb von zehn Jahren 55 Milliarden Euro in einen Rettungsfonds von den Banken eingesammelt werden. Bankenexperten, EZB-Chef Mario Draghi, aber auch Vertretern der Südländer geht alles zu langsam, auch ist ihnen die Haftungssumme zu gering, doch bisher wehrte Schäuble ihre Kritik ab. Nun jedoch fällt ihm ausgerechnet sein Koalitionspartner in den Rücken. Ende Januar schrieb der Vize-Fraktionschef der SPD, Carsten Schneider, einen Brief an das EU-Parlament. „Wir wollen einen funktionierenden europäischen Fonds, der so rasch wie möglich, am besten sofort, einsatzfähig ist." Auch ihm ist die Haftungssumme zu niedrig.

### Hessens Finanzminister warnt vor finanziellen Folgen

Nach Bekanntwerden des Briefes wurde erst gerätselt, ob Schneider einen Alleingang gestartet habe, doch inzwischen hat sich gezeigt, dass er Rückendeckung von seiner Partei hat. Was diese sich jedoch dabei gedacht hat, noch vor Beendigung des von der EZB im Rahmen der neuen Bankenaufsicht durchgeführten Banken-Stresstests auf eine gemeinsame Haftung zu pochen, ist fraglich. Offen ist nämlich derzeit nur die Höhe der Summe, mit der nach dem Test einige Banken von ihren Ländern gerettet werden müssen. Sind es mehrere hundert Millionen oder gar drei Billionen Euro, die den Banken fehlen?

Würde der Plan der SPD Realität und die Bankenunion sofort einsatzfähig, bedeute dies nichts anderes, als dass deutsche Banken für die Fehler der Vergangenheit ihrer europäischen Konkurrenten haften müssen. Dabei ächzt es im Gebälk der deutschen Bankenlandschaft selbst genug. Zwar sind die Ursachen für die schlechten Ergebnisse unterschiedlich, trotzdem denkt Hessens Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) mit Grausen an weitere finanzielle Belastungen für die Branche, schließlich haben viele deutsche Großbanken ihren Hauptsitz im hessischen Frankfurt am Main, sind dort wichtiger Arbeitgeber und Steuerzahler. Schätzungen zufolge liegt der deutsche Anteil bei einem innerhalb von zehn Jahren stufenweisen gemeinsam aufzubauenden Bankenfonds bei jährlich bis zu 1,6 Milliarden Euro. „Wenn man nun, wie von der SPD gefordert, diesen Zeitraum verkürzt und die jährlichen Beitragszahlungen obendrein erhöht, überfordern wir die Leistungsfähigkeit der Kreditwirtschaft", so Schäfer warnend. *Bel*

# Geschickt gemacht

Von Manuel Ruoff

An die Entwicklung der Bruttolöhne soll jene der Bundestagsabgeordnetendiäten künftig gekoppelt werden. Das hat für die Volksvertreter gleich zwei Vorteile. Zum einem verspricht der Automatismus für die Zukunft regelmäßig steigende Bezüge ohne öffentliches Aufsehen. Zum anderen lässt die Koppelung an den Bruttoverdienst hoffen, dass sich die Schere zwischen den eigenen Nettobezügen und denen der Lohnempfänger wegen der zu erwartenden Erhöhung der Abgabenlasten für letztere noch weiter spreizen wird. Dieser große Schluck aus der Pulle ist umso bemerkenswerter, als die Bedeutung der Volksvertretung für Staat und Demokratie durch die Selbstentmachtung zugunsten von EU- und Euro-Institutionen eher im Abnehmen begriffen ist.

Dafür sollen die Abgeordneten zukünftig nun aber auch statt schon mit 57 erst mit 63 Lebensjahren frühestens Ruhestandsbezüge erhalten können. Das klingt doch zumindest nach Gleichbehandlung mit Otto Normalverbraucher – allerdings auch nur dann, wenn wir einmal davon absehen, dass letzterer dafür mindestens 45 Beitragsjahre braucht.

*(Siehe auch Seite 2.)*

# Druck erzeugt

Von Rebecca Bellano

Man muss wirklich ganz genau hinschauen, um zu erkennen, was Karlsruhe da für einen geschickten Schachzug gewagt hat. Die Richter des Zweiten Senats fügen sich nämlich keineswegs dem Druck der Euro-Retter, sondern spielen dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einen Ball zu, bei dem mit Hinweis auf das EU-Recht Luxemburg nur vollkommen anders argumentieren kann, wenn es das EU-Recht, das es ja eigentlich bewahren soll, selbst verletzt.

Abgesehen vom Juristendeutsch, das die Strategie Karlsruhes nicht sofort durchschauen lässt, haben auch die bisherigen Urteile der Bundesverfassungsrichter, die stets größtenteils im Sinne der Euro-Retter waren, derartiges nicht vermuten lassen. Doch wer gehofft hatte, dass Karlsruhe dem Staatsanleihenkaufprogramm der EZB sofort eine Absage erteilt, wurde enttäuscht, verkennt aber das Machtgefüge. Offiziell ist das Bundesverfassungsgericht für die Einhaltung des Grundgesetzes zuständig, doch auf EU-Ebene, zu der die Euro-Rettung zählt, hat das EU-Recht Vorrang. Deswegen muss auch zuerst der EuGH urteilen, allerdings liefert Karlsruhe eine Empfehlung, die die Luxemburger Richter nicht völlig ignorieren können, ohne juristisch auf unsicheres Terrain zu geraten. Allerdings geht es um die Euro-Rettung, da ist vielen jedes Mittel Recht.

Für Karlsruhe gibt es da offenbar doch Grenzen. „Demokratie ist uns wichtiger als der Euro" fasst der „Spiegel" die Stimmung im Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes zusammen. Dass der EuGH das auch so sieht, ist zwar zu bezweifeln, doch offenbar will Karlsruhe dann nicht schweigen.

# Gewinner und Verlierer

Von Harald Tews

Die olympischen Winterspiele sind in vollem Gang – und alle können sich freuen: Sportler und Funktionäre über den Medaillenregen, die TV-Zuschauer über gefühlte 10000 Stunden medialen Dauersport und Putin über eine gelungene Propagandashow.

Nach außen hin hui, nach innen hin pfui: Dieses Fazit zogen allerdings viele Olympiafans, die vor Ort in teilweise noch unfertigen Behausungen unterkamen. Geklagt wurde über teure Hotelunterkünfte, bei der die Heizung nicht funktioniert, die Wände zum Teil noch unverputzt sind und man auf den Fluren einen Hindernislauf über dort gelagertes Baumaterial absolvieren muss. Fast schon legendär ist das Twitterfoto eines US-Bobfahrers geworden, auf dem eine völlig zersplitterte Toilettentür zu sehen ist. Weil sie sich von Innen nicht mehr aufschließen ließ, stemmte er sich mit seinen 100 Kilo Körpergewicht mitten durch die geschlossene Tür.

Sotschi ist in diesen Tagen nichts anderes als eine Theaterkulisse, die eine schöne Scheinwelt suggerieren soll. Die Potjomkinschen Dörfer fallen einem dabei unwillkürlich ein – sie sind ja auch eine genuin russische Erfindung. Doch hinter den Kulissen sieht es anders aus. Da in die kaukasische Abgeschiedenheit weniger Zuschauer als erwartet kamen, herrscht in den Wettkampfstätten kaum Stimmung. Damit die Arenen einigermaßen gefüllt aussehen, wurden sie zum Teil mit Statisten besetzt. Nachdem schon vor Beginn der Spiele über unzumutbare Arbeitsbedingungen geklagt wurde, meldet die Menschenrechtsorganisation „Memorial" in diesen Tagen auch noch, dass den Arbeitern in Sotschi weiter die Löhne vorenthalten werden.

**Sotschi wird zum Synonym für Korruption**

Außer den Olympiasiegern gibt es nach Sotschi nur einen Gewinner: die Korruption. Der Russland-Experte Heinrich Vogel schätzt im „Focus", dass bis zu einem Drittel der geschätzten Kosten von rund 60 Milliarden Dollar auf falschen Konten gelandet ist. Die neuen Chordorkowskijs, jene Immobilien-Oligarchien, die dieses kostspielige Spektakel hervorbringt und die mit ihren von olympischen Geldern bezahlten Jachten und Privatfliegern wieder protzen werden, machen Sotschi zum Synonym für Korruption. Auf der Strecke bleiben die Menschen in dem Sommerferienort Sotschi, die für den Unterhalt der dann ungenutzten Wintersportanlagen sorgen müssen wie auch für die acht Milliarden Dollar teure Bahnverbindung zum Bergnest Krasnaja Poljana, zu dem sich dann nur noch selten Wintersportler verirren werden.

Vielleicht war es diese Horrorvorstellung von der Leere danach, welche die Bewerbung Münchens für die Winterspiele von 2022 durch ein Volksbegehren scheitern ließ. Manchmal ist das Volk hellsichtiger als Politiker, wenn es darum geht zu ahnen, wer die wahren Gewinner und Verlierer einer solchen Kommerzschau sein werden, bei der der Sport nur Nebensache ist.



**Feuerwerk zur Eröffnung der olympischen Winterspiele in Sotschi: Den Menschen in der Küstenregion am Schwarzen Meer dürfte weniger zum Feiern zumute sein. Sie werden nach den Spielen unter teuren Immobilienpreisen zu leiden haben.**

Bild: action press

*Gastkommentar*



# Wird Hindenburg zu Recht getilgt?

Von Ingo von Münch

Als am 2. August 1934 der damalige Reichspräsident Paul von Hindenburg verstarb, schrieb Thomas Manns Schwiegermutter Hedwig Pringsheim, eine kluge gebildete Frau aus einer hochgeachteten jüdischen Familie, an ihre Tochter Katja: „Der gute alte Hindenburg, den wir so treu gewählt haben, ist in die Ewigkeit eingegangen und wir trauern." 80 Jahre später ist aus dem „guten alten Hindenburg" für die SPD, die Grünen, „Die Linke" und den Südschleswigschen Wählerverein in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel ein böser geworden: Das Hindenburgufer verlor seinen Namen und wurde zur „Kiellinie". Es war nicht die erste Umbenennung. Auch in anderen Städten und Gemeinden waren politische Putzkolonnen am Werk, so in Münster in Westfalen.

Es steht zu befürchten, dass diese aus politischer Korrektheit und historischer Unwissenheit genährte Bilderstürmerei nicht aufhören wird, bis auch das letzte Straßenschild gereinigt ist, immer mit dem Argument, Hindenburg habe Hitler an die Macht gebracht. Doch was ist die Wahrheit? Unbestreitbar ist jedenfalls, dass Hindenburg im August 1914 Ostpreußen vor der Besetzung durch die russischen Armeen bewahrt hat, womit den Menschen in Ostpreußen vermutlich viel Leid erspart geblieben ist. Aus der Rettung Ostpreußens kann Hindenburg selbst von politisch Linksstehenden kein Vorwurf gemacht werden; denn es handelte sich bei den Angreifern um Truppen des Zaren von Russland, und die These von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg hat sich inzwischen – interessanterweise vor allem durch Forschungen ausländischer Historiker – als Mythos erwiesen. Tiefgreifende Kritik an Hindenburg kann sich also, wenn überhaupt, nur aus seiner Amtsführung in der Zeit der Weimarer Republik als Reichspräsident ergeben. Zur Erinnerung: Paul von Hindenburg war 1925 als Nachfolger von Friedrich Ebert (SPD) zum Reichspräsidenten gewählt worden. In der zeitgenössischen staatsrechtlichen Beurteilung werden Hindenburg und Ebert einander gleichgestellt: „beide von ehernem Pflichtgefühl beseelte, aufrechte Männer von schlichter Größe und vorbildlicher Gewissenhaftigkeit, klug, bedächtig, behutsam, maßvoll, mit feinem Takt über dem Parteigetriebe von hoher Warte aus als treue Hüter der Verfassung wachend, innerhalb der verfassungsmäßigen Befugnisse leitend und ratend, ausgleichend und mäßigend tätig ... Gerechterweise muss der Erfolg ihrer Tätigkeit an der Schwere der Arbeit gemessen werden" (Heinrich Pohl, in: „Handbuch des Staatsrechts", Bd. 1, 1930, Seite 502).

**Ihm wird vorgeworfen, Hitler an die Macht gebracht zu haben**

Wie viele seiner Mitbürger war Hindenburg in seinem Herzen wohl ein Monarchist, hatte aber 1918 den Thronverzicht des Kaisers befürwortet und hat als Reichspräsident loyal zur Republik gestanden. Bemerkenswert – aber in Deutschland heute kaum bekannt – ist in diesem Zusammenhang, dass die Universität Oxford im Frühjahr 1932 beschloss, Hindenburg einen Ehrendoktor zu verleihen, weil dessen standhafte Verteidigung der Weimarer Verfassung ihm in Großbritannien Anerkennung eingebracht hatte. Zur Realisierung des Beschlusses kam es nur deshalb nicht, weil man Hitler als Hindenburgs Rivalen beim Kampf um das Amt des Reichspräsidenten nicht beleidigen wollte und die wachsende Unterstützung Hitlers in der deutschen Bevölkerung nicht ignorieren mochte.

Im selben Jahr hatte sich eine breite Volksinitiative unter dem Motto „Das Volk will Hindenburg" für seine Wiederwahl zum Reichspräsidenten ausgesprochen. Unter den Initiatoren befanden sich Gustav Noske, Gerhart Hauptmann, Max Liebermann und Max Slevogt, später auch Konrad Adenauer und Ernst Robert Curtius. Der zunächst noch zögernde, im 84. Lebensjahr stehende Hindenburg wurde schließlich durch die über zwei Millionen Unterschriften, die sich in den von der „Frankfurter Zeitung" aufgelegten Eintragungslisten für seine Kandidatur ausgesprochen hatten, bewogen, seine erneute Kandidatur zu erklären. Hindenburg trat gegen Hitler und gegen Ernst Thälmann an; der zweite Wahlgang wurde zu einem Triumph Hindenburgs (19,3 Millionen Stimmen) und zu einer Niederlage Hitlers (13,4 Millionen Stimmen) – eine Niederlage, die Hitler dem Wahlsieger nicht verzeihen würde. Aber: Die braune Flut stieg. Der Reichstag war gelähmt. Die innenpolitischen Turbulenzen, verschärft durch die Weltwirtschaftskrise, führten zur Bildung von Präsidialkabinetten (Franz von Papen, Kurt von Schleicher) und zu sogenannten Notverordnungen. Eine Koalition von NSDAP mit Deutschnationaler Volkspartei bot sich als vermeintlicher Retter aus der Krise an. So kam es, dass Hitler von Hindenburg am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, ein Schritt, den Hindenburg nur zögernd, widerwillig und unter dem Druck einflussreicher Kreise ging, ein Schritt, der heute als unverzeihlich kritisiert wird.

**Briten wollten ihn für die Verteidigung der Weimarer Verfassung ehren**

Nur: Was war damals die Alternative? Konnte oder musste man schon zu jenem Zeitpunkt (nicht: heute) wissen, was sich daraus entwickeln würde? Hans Sahl, 1902 als Sohn eines jüdischen Industriellen in Dresden geboren, erfolgreicher Film-, Theater- und Literaturkritiker in den 20er Jahren, schreibt dazu in seinem Buch „Die Wenigen und die Vielen": „Es war alles legal zugegangen. Der Präsident hatte den Vertreter der stärksten Partei mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. Sollte der Mann seiner Aufgabe nicht gewachsen sein, so würde man ihn ganz einfach absetzen. Schluss. Nur nicht die Nerven verlieren. Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird." Selbst der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Reichstag, Rudolf Breitscheid, erklärte, Hitler sei „Reichskanzler auf legalem Wege geworden, nicht durch einen Putsch, durch einen Marsch auf Berlin". Deshalb wolle man, so Breitscheid, „den Kampf auf dem Boden der Verfassung führen"; wenn Hitler „die demokratische Maske abwirft" gelte die Losung: „Bereit sein ist alles." Wie wir heute wissen, waren nur Hitler und seine Gefolgsleute bereit zu allem, allerdings in einem ganz anderen Sinne. Breitscheid wurde 1944 im KZ Buchenwald ermordet. Am 1. August 1934 erließ die Hitler-Regierung ein Gesetz, durch welches das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers Adolf Hitler vereinigt wurde. Das Schamlose an diesem Gesetz war sein Paragraf 2: „Dieses Gesetz tritt mit Wirkung von dem Zeitpunkt des Ablebens des Reichspräsidenten von Hindenburg in Kraft." Der zu diesem Zeitpunkt noch lebende Hindenburg wurde damit schon als Toter behandelt. Nun – im Jahre 2014 – wird Hindenburgs Name auf Straßenschildern getilgt. Wir leben in einem Land, in dem ein Hindenburgufer in Kiel umbenannt wird, eine Ilja-Ehrenburg-Straße in Rostock aber ihren Namen behält.

*Der Autor, emeritierter Professor für Öffentliches Recht, war von 1987 bis 1991 Zweiter Bürgermeister und Wissenschafts- und Kultursenator Hamburgs. Er ist Verfasser des Buches „Frau komm!". Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45", Ares-Verlag Graz 2009*

# Ein Däumling, allen wohlbekannt

## Beim Deutschlandtreffen in Kassel dabei: Schauspieler Herbert Tennigkeit, der für heitere Momente sorgt

**In diesem Jahr feiert Herbert Tennigkeit sein 50. Bühnenjubiläum. Der Jahrestag fällt in die Zeit des Deutschlandtreffens der Ostpreußen, das am 17. und 18. Mai in Kassel stattfindet. Der aus der Tilsiter Gegend stammende Schauspieler, der am 28. Februar seinen 77. Geburtstag feiert, wird dort Erzählungen, Gedichte und Bonmots aus seiner Heimat vortragen.**

Als Bühnenmime und Rezitator hat Tennigkeit in seinen 50 Berufsjahren fast die ganze Republik sowie auch Ostpreußen bereist. Und als Serienstar in TV-Produktionen wie „Schwarzwaldklinik“, „Traumschiff“, „Großstadtrevier“ oder „Kreuzfahrtreise ins Glück“ hat er sogar die halbe Welt gesehen. Trotzdem gibt es für ihn noch einen weißen Fleck auf der Landkarte: Kassel.

**Tennigkeit:** Kassel kenne ich nur als Zugreisender. Ich bin da immer durchgefahren, wenn ich mal nach München musste. In Kassel bin ich nie aufgetreten. Meine Lesung beim Deutschlandtreffen kann man als mein Debüt dort bezeichnen.

Seine ostpreußischen Landsleute kennen ihn schon von den früheren Deutschlandtreffen. In Leipzig, Düsseldorf und Köln hat er Vorlesungen gegeben oder auch bei bunten Abenden die Moderation übernommen. Wer ihn damals erlebt hat, weiß von dem begeisterten Applaus zu berichten, nachdem Tennigkeit mit seinem ostpreußischen Zungenschlag die Zuhörer immer wieder zum Lachen brachte. Was hat er für Kassel geplant?

**Tennigkeit:** In Kassel ist eine Lesung geplant. Ich habe Texte meines guten Freundes Siegfried Lenz sowie Arno Surminiskis im Programm. Und ich habe außerdem einige Dichter im Gepäck, die keinen großen Namen haben wie die Ostpreußin Ingrid Koch. Sie hat wunderschöne Gedichte geschrieben, die mir sehr ans Herz gehen.

**PAZ:** *Das klingt nach Wehmut. Haben Sie denn auch wieder Heiteres im Gepäck?*

**Tennigkeit:** Aber ja! Ich beginne immer mit den schweren Sachen aus der Kriegszeit und der Vertreibung. Danach gehe ich langsam über zu heiter-fröhlichen Texten wie jenen von Günther Ruddies. Die Leute sollen heiter nach Hause gehen und nicht „bedriebst“, wie der Ostpreuße sagt.

Das ostpreußische Idiom ist es, das kein anderer Vortragskünstler so beherrscht wie Tennigkeit. „Wie man mir immer wieder bestätigt, bin ich einer der ganz wenigen Rezitatoren in Deutschland, der diesen Dialekt beherrscht“, sagt er.

Obwohl er schon lange in Hamburg lebt, wohin ihn die Liebe, aber auch ein Engagement bei den Karl-May-Festspielen in Bad Segeberg geführt haben, so hat er das Idiom seiner Heimat nie vergessen. Er fühlt sich mit seinen Landsleuten sehr verbunden, sagt er.

Nachdem er im August 1944 mit der Familie aus seinem Dorf Pogegen fliehen musste, hat er Ostpreußen etwa achtmal bereist. So tief ist die Sehnsucht.

**Tennigkeit:** Bei meiner ersten Reise wollte ich unbedingt mein Pogegen wiedersehen, meinen Sandkasten, meinen Apfelbaum, meine Schule und unser blau angestrichenes Holzhaus, in dem ich aufgewachsen bin. Als ich dort ankam, habe ich einen Jubelschrei herausgelassen: „Es steht noch, es steht noch!“ So viele Jahre waren vergangen, und dann stand ich damals wieder wie in der Vergangenheit, weil ja noch alles da war. Das war emotional so aufwühlend, dass mir ein paar Tränchens geflossen sind.



Ohne Kaffee keine Lesung: Schauspieler und Rezitator Herbert Tennigkeit — Bild: Bel

**PAZ:** *In Ostpreußen hat sich inzwischen viel verändert. Mit welchen Gefühlen würden Sie jetzt dorthin fahren?*

**Tennigkeit:** Ich fahre nicht mehr mit einem Gefühl der Trauer in die Heimat. Die habe ich mittlerweile abgelegt. Aber wenn ich dann zurückfahre, sage ich mir immer wieder: So, das war das letzte Mal, jetzt kommst du nicht wieder her. Es tut immer so weh, wenn ich zurückfahre.

**PAZ:** *Werden Sie trotzdem wieder zurückkehren?*

**Tennigkeit:** Ja, und zwar schon am 29. April! Dann habe ich einen großen Lesungsauftritt in der Königsberger Handelskammer und trage ein wenig zur deutsch-russischen Freundschaft bei.

Der Künstler denkt gar nicht daran, einen Ruhestand zu genießen. Einmal Schauspieler, immer Schauspieler. Im Prinzip hat er es mit der Muttermilch aufgesogen. Die Mutter war musisch begabt und brachte ihm die Liebe zur Musik bei. Schon in der Grundschule in Pogegen stand er auf der Bühne und rezitierte ein Gedicht, das er noch heute auswendig kann: „Ich bin der kleine Däumling, euch allen wohlbekannt.“

Nach der Flucht in den Westen, die ihn über Berlin ins Ruhrgebiet führte, musste er zunächst einen handwerklichen Beruf lernen und wurde Anstreicher. 1962 hängte er den Pinsel an den Nagel und kam als Bühnentechniker in Oberhausen mit dem Theater in Berührung. Mit dem Gehalt finanzierte er sich private Gesangs- und Schauspielstunden. Mit Erfolg: Er erhielt danach sofort erste Theaterengagements. Anfang der 70er hatte er seine ersten „Tatort“-Rollen, stand mit seinem Tilsiter Landsmann Armin Mueller-Stahl in Bernhard Wickis Kinofilm „Das Spinnennetz“ vor der Kamera und wurde als Anästhesist in der „Schwarzwaldklinik“ bundesweit bekannt.

**PAZ:** *Auch in späteren Serien waren Sie auf die Arzt-Rolle abonniert. Wie kam es dazu?*

**Tennigkeit:** Wolfgang Rademann war schuld. Der Produzent der „Schwarzwaldklinik“ hat mir die Rolle anvertraut. Plötzlich kam ich da nicht mehr raus. Ich wollte auch nicht, denn für Rademann, mit dem ich gern zusammengearbeitet habe, hätte ich alles gespielt, was er mir anbot.

**PAZ:** *Gibt es denn darüber hinaus noch eine Lieblingsrolle?*

**Tennigkeit:** Aber ja: der Hauptmann von Köpenick. Der Schuster Wilhelm Voigt, der sich als Hauptmann ausgegeben hat, kommt ja aus Ostpreußen, und zwar ganz aus der Nähe meines Heimatorts. Harald Juhnke hat ihn auf Berlinerisch gespielt. Ich möchte der erste Schauspieler in Deutschland sein, der den Hauptmann in seinem original ostpreußischen Idiom spricht. Ja, das wäre mein Traum. *Harald Tews*

MELDUNG

## Ein Schweizer Ostpreuße

**Hamburg** – Dem Königsberger Bildhauer Hans Josephsohn wird im Hamburger Ernst-Barlach-Haus eine umfangreiche Ausstellung gewidmet. Insgesamt 15 plastische Werke und 20 Arbeiten auf Papier aus den Jahren 1947 bis 2003 demonstrieren, mit welcher Konsequenz Josephsohn an seinem zeitlos-aktuellen Menschenbild gearbeitet hat.

Der 1920 in Königsberg geborene, später in der Schweiz lebende Künstler zählt zu den großen Einzelgängern in der Kunst des 20. Jahrhunderts. Kenner sehen in ihm den zweiten herausragenden Schweizer Bildhauer der Moderne neben Alberto Giacometti. Unbeirrt von wechselnden Kunsttrends schuf Josephsohn ein bedeutendes Oeuvre von großer archaischer Wucht und zugleich bewegender Zartheit.

Messingfigur „Ohne Titel“ (1968) — Bild: Josephson Estate

Wegen seiner jüdischen Abstammung entschied sich Josephson, 1938 in die Schweiz zu ziehen. Vor zwei Jahren starb er dort in Zürich. *PAZ*

*Die Ausstellung „Die Sache muss leben“ läuft im Hamburger Barlach-Haus im Jenischpark, Baron Voight-Straße 50a, vom 16. Februar bis zum 15. Juni. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag (an Feiertagen auch Montag) 11–18 Uhr. Eintritt: 6 Euro, www.barlach-haus.de, Tel.: (040) 826085.*

# Malerei als Nebensache

## Michelangelo starb vor 450 Jahren. In Florenz begann sein Ruf als Lieblingsmaler der Päpste

Etwas abseits der üblichen Touristenpfade von Florenz befindet sich die wohl berühmteste Renaissance-Skulptur: Der „David“ des Michelangelo. Seit dem späten 19. Jahrhundert steht diese aus einem einzigen weißen Marmorblock gehauene David-Figur, die wegen ihrer kolossalen Größe von über fünf Metern jeden Goliath sofort in die Flucht schlagen würde, in einem Kuppelraum der Galleria dell' Accademia. In diesem Museum genießt die Figur eine relative Ruhe vor den Fotojägern. Die Touristen, die vor einem zweiten David auf der Piazza della Signoria, dem zentralen Platz von Florenz, stehen, wissen oft nicht, dass sie eine Kopie ablichten, die dort erst 1910 aufgestellt wurde.

Als Michelangelo vor 450 Jahren, am 18. Februar 1564, in Rom starb, galt er in der Nachwelt in erster Linie als Freskenmaler der Sixtinischen Kapelle des Vatikans. Zu Lebzeiten hatte er sich aber eher einen Namen als Bildhauer gemacht. Der 1475 im toskanischen Caprese geborene Künstler hat von sich selbst stets behauptet, er sei Steinmetz, nicht Maler.

In seinen „Lebensgeschichten der berühmtesten Bildhauer und Architekten der Renaissance“ schildert der Renaissance-Künstler und Biograf Giorgio Vasari, wie sich Michelangelo gern verspotten ließ, wenn er vom weißen Marmorstaub vollgepudert auf den Straßen wie ein Bäcker umherlief.

Ausgebildet in einer Bildhauerschule unter dem Renaissance-Meister Domenico Ghirlandaio machte sich Michelangelo zunächst einen fragwürdigen Ruf als Kunstfälscher. Eine Heiligenstatue färbte und behandelte er so, dass diese als original antike Skulptur verkauft wurde. Obwohl der Schwindel aufgedeckt wurde, beschleunigte diese geniale Fälschung nur seine Karriere. So erhielt er kurz darauf den Auftrag, die römische Pièta für den Petersdom zu verwirklichen.

Zurück in Florenz, wartete eine noch größere Aufgabe auf ihn. Ein tonnenschwerer Marmorblock aus den Steinbrüchen nahe der toskanischen Küstenstadt Carrara lag schon seit Jahrzehnten unberührt auf dem Domhof von Florenz. Ursprünglich sollte eine daraus gehauene Figur einen Strebepfeiler des Florentiner Doms schmücken. Doch ein unerfahrener Künstler setzte den Meißel so ungeschickt an, dass der Block völlig verhauen war. Für Michelangelo war das kein Problem. Er schuf 1504 aus diesem Block den nackten David, der über der linken Schulter lässig eine Steinschleuder hält.

Riesiger Nackedei: David — Bild: tws

Die Nacktheit ging den Florentiner Bürgern in späteren Jahrhunderten freilich gegen den moralischen Strich, so dass sie ihm einen goldenen Lendenschurz überzogen. Aufgestellt direkt unter dem Palazzo Vecchio, brach er sich später den linken Arm, als bei handfesten Streitereien im Stadtparlament eine Sitzbank aus dem Fenster flog und den David am Arm traf.

Die Florentiner sehen in diesem David sogar ihren Schutzpatron, Michelangelo sah in ihm eher die vollendete Schönheit von Jünglingen, denen er auch im realen Leben hinterhergelaufen sein soll. Dass er eine Frau womöglich nie nackt gesehen hat, lassen seine weiblichen Statuen vermuten. Für die marmorne Medici-Kapelle in der Florentiner Kirche San Lorenzo schuf er zwischen 1521 und 1534 neben männlichen auch monumentale weibliche Grabfiguren, die durch eine sehr maskuline Anatomie beeindrucken: breite Schultern, muskulöse Arme und Brüste wie nach einer verpfuschten Schönheits-OP.

Seine Freskenfiguren sind denn im Prinzip gemalte Statuen. Dass der Bildhauer den Mal-Auftrag für die Sixtinische Kapelle bekam, ist auch einem Wettstreit mit Leonardo da Vinci zu verdanken. Beide sollten in Florenz die Saalwände des Palazzo Vecchio gestalten. Dazu schufen sie riesige Entwürfe – sogenannte Kartons – die später als Schablone für die Freskenmalerei dienen sollten. Die Pläne wurden zwar nie ausgeführt – der Auftrag für die Gestaltung der Säle ging später unter anderem an Vasari –, doch Michelangelos Entwürfe riefen bis nach Rom solche Begeisterung hervor, dass dieses auch Papst Julius überzeugte und er Michelangelo mit der Ausgestaltung der Sixtinischen Kapelle beauftragte. *H. Tews*

# Zwei Gesichter

## Zum 30. Todestag des »Stillen Don«-Autors

Als Michail Scholochow am 21. Februar 1984 starb, lag sein größter literarischer Erfolg rund ein halbes Jahrhundert zurück. Sein monumentaler Roman „Der stille Don“ legte den Grundstein weniger für eine literarische denn für eine parteipolitische Karriere des Sowjet-Autors. Mit Stalin- und Leninpreis sowie 1965 auch mit dem Literaturnobelpreis dekoriert – im Gegensatz zu Pasternak und Solschenizyn durfte er diesen sogar annehmen –, legte er einen rasanten Aufstieg als Kulturfunktionär der kommunistischen Partei hin, der ihn 1960 bis ins Zentralkomitee der KPdSU beförderte.

Wer den „Stillen Don“ gelesen hat, wird Werk und Autor nur schwer miteinander in Einklang bringen. Hier das pulsierende, farbenfrohe Leben einer bäuerlichen Kosakenwelt, in der die Hauptfigur Grigorij in den Jahren des Ersten Weltkriegs und der russischen Revolution hin- und hergerissen ist zwischen den weißen Garden des Zaren und den roten Bolschewiken. Und dort ein linientreuer Autor, der in seinem nächsten Riesenroman „Neuland unterm Pflug“ (1932–1960) seine ganze Parteilichkeit als Stalinist ins Werk legt.

**Ist Scholochows Epos ein Plagiat?**

Die kritische Distanz, die der „Stille Don“ gegenüber den neuen bolschewistischen Machthabern aufweist, brachte ihm denn auch den Vorwurf einer konterrevolutionären „Kulakenliteratur“ ein. Dabei war es Stalin selbst, der sich für das in der Tradition von Tolstoijs „Krieg und Frieden“ geschriebene Epos einsetzte: „Ein berühmter Schriftsteller unserer Zeit, Genosse Scholochow, beging in seinem ‚Stillen Don‘ eine Reihe gröbster Fehler, ... aber ergibt sich vielleicht daraus, dass dieses Werk es verdiene, zurückgezogen zu werden?“

Obwohl der Roman trotz aller ideologischer „Fehler“ zwischen 1928 und 1940 erscheinen konnte, brachte Scholochow 1953 eine systemkonforme Fassung heraus. Diese Selbstzensur ließ einen schon früher geäußerten Verdacht aufleben, dass es sich beim Buch um das Plagiat eines ehrgeizigen, karrieresüchtigen Autoren handelt.

Es war der von Scholochow in den 1960er Jahren als Dissident diffamierte Solschenizyn, der die Vermutung äußerte, der Roman stamme in Wirklichkeit von dem antibolschewistischen Kosaken Fjodor Krjukow. Der Tod des bereits 1920 gestorbenen Autors habe eine Veröffentlichung zu Lebzeiten unter seinem Namen verhindert. Nachgewiesen wurde diese Behauptung jedoch nie. *tws*

# Zehn Kilometer auf historischen Spuren

## Jedes Jahr erinnert ein Marsch an den Zug der Flensburger nach Oeversee, um den Verwundeten zu helfen

**Der Oeversee-Marsch, der in diesem Jahr zum 150. Mal durchgeführt wurde, erinnert an ein blutiges Gefecht im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864. Er ist zu einem Symbol für Humanität und Nächstenliebe und im Laufe der Jahre auch für die Freundschaft zwischen ehemaligen Kriegsgegnern geworden.**

Eisig ist der Wind, der am Morgen des 6. Februar 1864 über das flache Land südlich von Flensburg pfeift. Er hat den Sturm des Krieges abgelöst, der in der Nacht darüber hinweggezogen ist und schreckliche Ernte gehalten hat. Aus Flensburg nähert sich ein Zug, der Hunderte von Menschen zählt, die mit Decken, Tragen, Lebensmitteln, Verbandsmaterial und Medikamenten bepackt sind. Ihr Ziel sind die offenen Felder zwischen den Dörfern Sankelmark und Oeversee, auf denen 134 dänische und 326 österreichische Verwundete unversorgt im Schneesturm dem sicheren Tod entgegensehen. Sie kümmern sich ohne Ansehen der Uniform um die Leidenden, bis endlich österreichische Sanitäter auf dem Schlachtfeld eintreffen, und retten so Hunderten das Leben.

Dieses Zeichen der Humanität hat bis heute Bestand, denn unter dem Eindruck des schrecklichen Geschehens stehend, gründeten die Flensburger das „Hülfskomitee von 1864“, das zu Spenden aufrief. Der Aufruf war so erfolgreich, dass nicht nur weiter für die Verwundeten gesorgt werden konnte, sondern von dem Überschuss auch Einzel- und Massengräber angelegt wurden, in denen die gefallenen Gegner teilweise gemeinsam beigesetzt wurden. Außerdem wurden mehrere Denkmäler errichtet, die von der Härte des Gefechts zeugen. Aus dem Hülfskomitee entwickelte sich bald darauf das „Stammkomitee von 1864 e.V.“ als Träger des Oeversee-Gedenkens, dessen fünf Mitglieder auf Lebenszeit berufen werden.

Seit 1865 versammeln sich an jedem 6. Februar in Flensburg Bürger aller Schichten, Bundeswehrsoldaten, Angehörige des österreichischen Bundesheeres, Mitglieder von Traditionsvereinen und Verbindungsstudenten, um der Gefallenen und der humanitären Tat zu gedenken. Anschließend gehen sie gemeinsam zu Fuß die gut zehn Kilometer auf der historischen Route nach Oeversee. Auf der Strecke wird im Bilschauer Krug eine kurze Rast eingelegt. Dann folgen Kranzniederlegungen, Musikstücke und ein stilles Verweilen am Preußen-, Dänen- und Österreicher-Denkmal. Den Abschluss des Gedenkmarsches bildet das Oeversee-Essen im Landgasthof in Tarp, zu dem traditionell österreichischer Tafelspitz, Flensburger Bier und Bommerlunder serviert werden.

Lange Zeit war eine dänische Beteiligung an der Oeversee-Feier undenkbar, wurden der Krieg von 1864 und seine Folgen doch ein lange nachwirkendes und identitätsstiftendes Trauma für die junge dänische Demokratie. Doch das gespannte Verhältnis zwischen Deutschen und Dänen ist mittlerweile einer Freundschaft über die einst trennende Grenze hinweg gewichen. Die Versöhnung über den Gräbern hat es sogar möglich gemacht, dass seit zehn Jahren der Sydslesvigsk Forening, der kulturelle Dachverband der dänischen Minderheit in Südschleswig, Mitveranstalter ist.

War zur 100-Jahr-Feier allein aus Österreich noch ein voller Sonderzug gekommen, nahmen sich die insgesamt rund 800 Teilnehmer am 150. Jahrestag in der vergangenen Woche vergleichsweise bescheiden aus. Darunter sogar Nachkommen von Kriegsteilnehmern, die aus Rumänien, der Ukraine und Slowenien angereist waren, was deutlich macht, dass seinerzeit Soldaten aus allen Teilen des österreichischen Vielvölkerstaates im hohen Norden gekämpft haben.

Dem besonderen Jahrestag entsprechend hochkarätig waren die gleich drei Festredner. Mogens Lykketoft, Präsident des dänischen Nationalparlaments, hob am dänischen Denkmal in seiner auf Dänisch und auf Deutsch gehaltenen Ansprache den Friedensaspekt hervor, indem er erklärte, dass damals eine Verhandlungslösung durchaus möglich gewesen und jeder getötete Soldat einer zu viel sei. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg habe es eine einzigartige positive Entwicklung gegeben, so dass das deutsch-dänische Verhältnis heute harmonischer denn je sei. Anschließend erklang die dänische Nationalhymne. Den „besonderen Teil der Aussöhnung“ zwischen Deutschen, Dänen und Österreichern hob auch der Präsident des Landtages der Steiermark, Franz Majcen, auf dem Hügel mit dem Österreicher-Denkmal hervor. Zugleich warnte er mit Hinweis auf den vor 20 Jahren tobenden Krieg auf dem Balkan, es gebe in Europa „eine gefährliche Situation, weil das friedliche Zusammenleben oft als Selbstverständlichkeit betrachtet wird“. Sein schleswig-holsteinischer Kollege Klaus Schlie bezeichnete an gleicher Stelle das Gefecht als „gnadenloses Schlachten auf beiden Seiten“ und beschwor das friedliche europäische Miteinander. „Ich hatt' einen Kameraden“ und das „Schleswig-Holstein-Lied“, gespielt von der „Artillerie Traditionskapelle von der Groeben“ aus der Steiermark, welche die gesamte Veranstaltung musikalisch begleitete, markierten schließlich das Ende der offiziellen Feier. *Jan Heitmann*

### Vor 150 Jahren: Dänisch-österreichisches Treffen am Sankelmarker See

Militärisch hatte das „Treffen am Sankelmarker See“, wie das Gefecht vom 6. Februar 1864 in der zeitgenössischen Literatur gelegentlich genannt wurde, keine entscheidende Bedeutung, auch wenn damit der Weg der preußischen Truppen zum kriegsentscheidenden Gefecht bei den Düppeler Schanzen geebnet wurde. Die Dänen hatten am Vortag die Stellungen am Danewerk aufgegeben und zogen sich im Schneesturm und auf spiegelglatten Wegen nach Norden zurück, um der Einkesselung durch die unter der Führung von Prinz Friedrich Karl über die Schlei gesetzten preußischen Truppen zu entgehen.

Nördlich von Oeversee entwickelte sich zwischen der als dänische Nachhut eingesetzten 7. Brigade unter Oberst Max Müller auf der einen sowie dem steirischen Feldjäger-Bataillon Nr. 9 und dem ebenfalls in Graz beheimateten Infanterie-Regiment Nr. 27 „König der Belgier“ auf der anderen Seite ein erbitterter nächtlicher Nahkampf. Nachdem die Dänen sich aus einer günstigen Verteidigungsposition heraus zunächst gegenüber den Jägern hatten behaupten können, gelang es dem Infanterie-Regiment unter Oberst Wilhelm von Württemberg nach einem erfolgreichen Umgehungsmanöver, die sich verbissen wehrenden Verteidiger in einem Bajonettangriff zunächst abzudrängen und schließlich zum Rückzug zu zwingen. Obwohl das Gefecht nur wenige Stunden dauerte, verloren die Österreicher 28 Offiziere und 403 Mannschaften, die Dänen 18 Offiziere und 944 Soldaten. Auch wenn das Gefecht bei Oeversee für die Dänen eine blutige Niederlage war, hatten sie mit ihrem hinhaltenden Widerstand dem Gros ihres Heeres einen geordneten Rückzug ermöglicht. *J.H.*

Schlacht bei Oeversee: Die Dänen verloren 962 Mann, die Österreicher 431 Bild: action press

# Die Paramilitärs der SPD

## Vor 90 Jahren wurde im preußischen Magdeburg das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet

Das Jahr 1923 war das Krisenjahr der Weimarer Republik. Von links hatte sie sich des Hamburger Aufstandes der Kommunisten unter Ernst Thälmann zu erwehren, von rechts des Hitlerputsches in München. Als Reaktion darauf gründeten Sozialdemokraten mit Mitgliedern anderer Parteien der Weimarer Koalition und Gewerkschaftern am 22. Februar 1924 die Wehrorganisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“.

Bis zum Jahre 1932, dem kurze Zeit später das Ende der Weimarer Republik und das Verbot des Reichsbanners folgte, zählte die sozialdemokratisch dominierte „überparteiliche Schutzorganisation der Republik und der Demokratie im Kampf gegen Hakenkreuz und Sowjetstern“, so das Selbstverständnis, mehr als drei Millionen Mitglieder. Damit war die Organisation zahlenmäßig stärker als der deutschnationale „Stahlhelm“ und die SA zusammen, vom Rotfrontkämpferbund (RFB) und der SS ganz zu schweigen.

**Zweiter Vorsitzender wollte Mitglieder seines Reichsbanners als Hilfspolizisten**

Dass die Gründung ausgerechnet in Magdeburg erfolgte, geschah nicht zufällig. Ebenso war es kein Zufall, dass Magdeburger Sozialdemokraten wie der Oberpräsident der Provinz Sachsen Otto Hörsing, der Chefredakteur der Magdeburger „Volksstimme“ Karl Höltermann, der Magdeburger Magistratsrat Ernst Böhme sowie der Magdeburger Polizeipräsident Horst Baerensprung zu den wichtigsten Führern der neuen Masseorganisation wurden. In Magdeburg war nämlich am 25. Dezember 1918 vom dortigen Fabrikanten Franz Seldte die deutschnationale Wehrorganisation „Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten“ ins Leben gerufen worden und Otto Hörsing musste als preußischer Oberpräsident in der Provinz Sachsen 1920 bis 1923 mehrfach bewaffnete Aufstände linksradikaler Kräfte zur Schaffung eines Rätedeutschland nach sowjetischem Muster niederwerfen. Der Oberpräsident war denn auch der erste Erster Vorsitzende der Massenorganisation, sein Parteifreund Höltermann als Zweiter Vorsitzender sein Stellvertreter.

Das Reichsbanner sah es als seine Hauptaufgabe an, die Weimarer Republik und die Demokratie in Deutschland gegen Nationalsozialisten wie Kommunisten zu verteidigen und die Farben der von vielen Deutschen ungeliebten Republik, oft als „Schwarz-Rot-Mostrich“ verunglimpft, öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Obwohl sich der SPD-Vorstand gegenüber der Initiative des sehr eigenwilligen Parteigenossen Hörsing zuerst abwartend verhielt, konnte dieser mit dem ersten Massenauftritt des „Reichsbanners“ anlässlich des fünften Verfassungstages vom 11. August 1924 in Weimar alle Zweifler überzeugen. Schnell wurde das „Reichsbanner“ deutschlandweit eine paramilitärisch gegliederte Millionenorganisation. Man trug eigene Uniformen und beschäftigte sich mit Marschieren, Wehrsport und Schießübungen.

Von rechts und links wurde das „Reichsbanner“ bei der Verteidigung der Republik gewalttätig angegriffen und hatte in den neun Jahren seiner Existenz 64 Tote zu beklagen. So erstach am 20. Mai 1928 ein RFB-Mann das Reichsbannermitglied Arno Paris, damals Ortsvorsitzender der SPD im sächsischen Glauchau. Im oberlausitzischen Zittau hingegen geriet ein Reichsbannermann am 24. Februar 1931 zwischen die Fronten einer Massenschlägerei von Kommunisten und Nationalsozialisten und büßte dabei sein Leben ein.

Aber das „Reichsbanner“ übte auch selber Gewalt aus. Am 25. Oktober 1931 fand ein Reichstreffen der Organisation in der schlesischen Stadt Reichenbach statt, das man sofort nutzte, um gegen örtliche NSDAP- und SA-Mitglieder gewaltsam vorzugehen. Als nun die schlesische SA und SS angesichts der zahlreichen verletzten Opfer in den eigenen Reihen zum Gegenschlag auszuholen drohte und hierfür ihre Männer in den umliegenden Kreisen alarmierte, fürchtete der Reichenbacher Landrat einen Bürgerkrieg und ließ durch eine eilig herbeigerufene Schupo-Einheit aus Waldenburg den Marktplatz der Stadt mit Gummiknüppeln freiprügeln, was zur Abkühlung der kämpferischen Gemüter von Nationalsozialisten und Reichsbanner führte.

Ab 1930 begann sich in der Reichsbanner-Führung ein wachsender Zwiespalt über die weiteren Ziele der Organisation breitzumachen. Während sich der damals 56-jährige Hörsing bei großen Aufmärschen voller Selbstgefälligkeit feiern ließ und mit der SPD-Führung wegen seiner Unbelehrbarkeit in wachsenden Konflikt geriet, wollte sein 20 Jahre jüngerer Stellvertreter Höltermann das Reichsbanner noch stärker militarisieren und zum Schutze der Republik als Personalreserve für die preußische Polizei und die Reichswehr bereithalten. Der preußische Innenminister Carl Severing (SPD) lehnte indes die Gedanken Höltermanns an eine Ausbildung von 150 000 bis 200 000 jüngeren Mitgliedern des Reichsbanners als „Schutzformationen“, also zu einer Art Hilfspolizei, strikt ab. Die Idee, Mitglieder der eigenen Wehrorganisation zu Hilfspolizisten zu machen ist also keine originär nationalsozialistische. Vielmehr gab es sie bereits in der SPD, bevor die Nationalsozialisten sie nach ihrer „Machtergreifung“ realisierten.

**Wie später bei der SA gab es auch beim Reichsbanner Rivalitäten mit der Reichswehr**

Ähnliches gilt für die äußere Sicherheit. So wie nach dem 30. Januar 1933 die SA stand zuvor auch schon das Reichsbanner in einem Konkurrenzverhältnis zur Reichswehr. Da die Reichswehrführung nichts von einer „Republikanisierung“ der Truppe durch Reichsbanner-Mitglieder wissen wollte, ließ es Höltermann zu, dass sich Teile des Reichsbanners illegal bewaffneten und man im Reichsbanner Telefon-, Blinker-, motorisierte und fahrradbewegliche Einheiten nebst eigenen Sanitätskolonnen aufstellte. Der charismatische Höltermann, der als Journalist den einstigen Schmied Hörsing intellektuell weit überragte, bemühte sich immer mehr, eine aktive politische Rolle in Deutschland zu spielen und das Reichsbanner auf einen möglichen Bürgerkrieg einzustimmen.

1931 wurde Hörsing, der in seiner Person nie den früheren Proletarier verleugnen konnte, von den eigenen Genossen als Reichsbanner-Vorsitzender abserviert und ein Jahr später schloss ihn das Reichsbanner wie zuvor schon die SPD aus. Sein Nachfolger im Reichsbanner wurde sein bisheriger Stellvertreter Höltermann.

Dieser hochdekorierter Unteroffizier und Frontkämpfer konnte aber 1933 nur noch zähneknirschend bei der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten zusehen, weil die SPD damals auf das politische Abwirtschaften der NSDAP-geführten Regierung von Reichskanzler Adolf Hitler setzte. Am 11. März 1933 wurde die Zentrale des Reichsbanners in Berlin von den Nationalsozialisten besetzt und die Organisation verboten. Diesem Verbot unterwarf sich die Millionenorganisation widerstandslos. Ihr letzter Erster Vorsitzender emigrierte verbittert mit seiner Familie und verstarb 1955 in London, ohne je nach Deutschland zurückgekehrt zu sein. *Jürgen W. Schmidt*

# »Bismarck des Hochschulwesens«

## Friedrich Althoff trug maßgeblich zu den wissenschaftlichen Erfolgen des wilhelminischen Deutschland bei

**So wie Otto von Bismarck Deutschland zur führenden politischen und wirtschaftlichen Großmacht formte, trug Friedrich Althoff als „heimlicher Kultusminister Preußens“ mit dem nach ihm benannten „System Althoff“ dazu bei, dass das Land auch auf dem Gebiete der Wissenschaft zur führenden Großmacht wurde.**

Statt als Bismarck könnte man Friedrich Althoff auch als „Schmidt des Hochschulwesens“ bezeichnen und damit den Kulturpolitiker und -beamten mit einem anderen deutschen Kanzler vergleichen. Dieser Vergleich bietet sich vor allem mit Helmut Schmidts Wirken als hamburgischer Innensenator beziehungsweise Senator der Polizeibehörde während der Hamburger Flut von 1962 an, als sich der SPD-Politiker das Image des „Machers“ erwarb. Die Ähnlichkeiten und Analogien gehen bis ins Detail. Schmidt war 1962 „nur“ Innensenator, stellte den ihm vorgesetzten Senatspräsidenten Paul Nevermann jedoch in den Schatten. Althoff war 1897 bis 1907 „nur“ Ministerialdirektor, galt aber während seiner Amtszeit als „heimlicher Kultusminister Preußens“. Auch gingen beide Männer unbürokratisch vor und scheuten das Überschreiten von Ressortgrenzen nicht. Dabei kompensierten beide Männer ihren Mangel an amtlichen Kompetenzen außer durch notfalls auch rücksichtslose Entschlossenheit durch persönliche Beziehungen zu und daraus resultierende Einflussmöglichkeiten auf Personen, denen sie von Amts wegen nichts zu sagen hatten. Schmidt konnte dabei auf Kontakte mit militärischen Stellen der Bundesrepublik und der Nato-Partner aus seinem vorangegangenen bundespolitischen Engagement zurückgreifen. Althoff hingegen mag seine Herkunft aus dem Rheinland mit dessen Klüngelwirtschaft beim Netzwerken zugute gekommen sein.

Ähnlichkeiten zwischen Althoff und Helmut Schmidt

Im Gegensatz zu vielen Angehörigen des Klüngels war Althoffs Integrität jedoch über jeden Zweifel erhaben. Statt eigener Interessen verfolgte der zwar pragmatisch handelnde, aber idealistisch denkende Preuße höhere Ziele. Der Patriot wollte sein Vaterland auch auf dem Gebiete der Wissenschaft zur führenden Großmacht machen und durch die Schaffung einer leistungsfähigen Akademikerschaft dem Gemeinwohl dienen. Rückblickend ist festzustellen, dass dem in vieler Hinsicht modernen Wissenschaftsmanager dieses in hohem Maße gelungen ist.

Anders als Schmidts Wirken während der Sturmflut 1962 war dasjenige Althoffs jedoch bei seinen Zeitgenossen nicht unumstritten. Das mag auch daran liegen, dass ein autokratischer Führungsstil in Notzeiten eher akzeptiert wird als in normalen. Während Althoff als Mensch und seine Ziele durch die Bank gelobt werden, gilt dieses für das sogenannte System Althoff, „sein fast diktatorisches Regiment über die preußische Gelehrsamkeit“, um es mit Friedrich Naumanns „Die Hilfe“ zu sagen, mit denen er diese Ziele zu erreichen trachtete, weniger. Es geht dabei um die bis heute aktuelle Grundsatzfrage, ob der Erfolg Recht gibt und der Zweck die Mittel heiligt. Das ist eine Frage, die übrigens auch Bismarck mit seiner Indemnitätsvorlage aus dem Jahre 1866 aufwarf, eine kontroverse Frage, über deren Beantwortung sich der preußische Liberalismus aus Uneinigkeit gespalten hat.

24 Jahre nach Bismarck und 79 Jahre vor Schmidt, am 19. Februar 1839, kam Friedrich Theodor Althoff in Dinslaken am Niederrhein zur Welt. Sein Vater war preußischer Domänenrat und auch er landete schließlich im Staatsdienst. Dem Abitur auf dem Gymnasium in Wesel im Jahre 1856 folgte ein Jurastudium in Bonn und Berlin. Dem Assessorexamen in Ehrenbreitstein mit der Note „sehr gut“ im Jahre 1867 folgte erst einmal eine Advokatentätigkeit und schließlich der Einsatz als Sanitäter im Deutsch-Französischen Krieg von 1871. Später sollte es von allen Wissenschaften noch vor den Naturwissenschaften vor allem die Medizin sein, die er als für das Hochschulwesen zuständiger Ministerialbeamter förderte.



Vor 175 Jahren geborener Wissenschaftsmanager: Ministerialdirektor Friedrich Althoff

Der Ausgang des Deutsch-Französischen Krieges führte zu neuen Planstellen für Deutsche in Elsass-Lothringen. Althoff wurde Verwaltungsbeamter im Reichsland und Franz Freiherr von Roggenbach zugeordnet, dessen Aufgabe es war, in der Hauptstadt des neuen Reichslandes eine Universität aufzubauen. Damit war Althoff in der Universitätspolitik gelandet – noch allerdings auf eine einzige Universität beschränkt.

1882 erweiterte sich Althoffs universitätspolitisches Betätigungsfeld von einer einzigen Hochschule auf ein ganzes Land. In jenem Jahr wurde er nämlich einer von 33 Vortragenden Räten im preußischen Kultusministerium. 1897 erreichte er mit der Beförderung zu einem der vier Ministerialdirektoren des Ministeriums den Endpunkt seiner Karriere. Von Anfang an war Althoff in dem Ministerium für das Hochschulwesen zuständig. Mit der Beförderung zum Ministerialdirektor kam das höhere Schulwesen hinzu, so dass nun auch die Ausbildung der zukünftigen Elite vor deren Abitur in seine Zuständigkeit fiel.

Wenn Althoff auch nie Minister und auch nie in den Adelsstand erhoben wurde, so bildete doch Wilhelm II. einen festen Bestandteil seines Netzwerkes. Der Kaiser und König sprach vom „genialen Ministerialdirektor“ und gewährte diesem das direkte Vortragsrecht, was für einen Beamten dieser Position ungewöhnlich war. Möglicherweise schwang beim Herrscher auch Bewunderung oder Seelenverwandtschaft mit. Denn es gab, um es mit Theodor Mommsen zu sagen, ein „persönliches Regiment“ Althoffs, und genau das hatte dem Hohenzollern ja bei seiner eigenen Regierungsübernahme vorgeschwebt.

Angesichts der Wertschätzung, die Althoff bei höchsten Stellen genoss, wurde versucht, ihn so lange als möglich im Amt zu behalten. Er galt als unersetzbar. Allerdings musste auch er der Natur Tribut zollen. Im 69. Lebensjahr stehend, trat der zwar pflichtbewusste, aber seit 1905 kränkelnde Preuße am 1. Oktober 1907 in den Ruhestand. Bereits ein gutes Jahr später, am 20. Oktober 1908, beendete ein Blutsturz sein erfülltes Leben.

*Manuel Ruoff*

# Er porträtierte die ostpreußische Prominenz

## Am 23. Februar 1874 kam Arwed Seitz in Königsberg zur Welt – Durch den Zweiten Weltkrieg wurde fast sein ganzes Werk zerstört

Das Jahr 2014, in dem wir die 290. Wiederkehr des Geburtstages von Immanuel Kant begehen, ist auch das Jahr der 140. Wiederkehr des Geburtstages von Arwed Seitz, eines Malers, der es verdient, als Porträtist namhafter ostpreußischer Persönlichkeiten, voran des Königsberger Weltweisen Kant, der Vergessenheit entrissen zu werden. Seitz wurde am 23. Februar 1874 in Königsberg geboren und starb am 29. Juli 1933 in seiner Heimatstadt. Er stammte aus einer alten Königsberger Familie. Sein Onkel war der Bildhauer Rudolf Siemering, ein Meister der deutschen Monumentalplastik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Schöpfer großer Denkmäler, unter anderem von preußischen Monarchen, aber auch des Washington-Denkmals in Philadelphia.

Seitz besuchte das Altstädtische Gymnasium, von 1892 an die Königsberger Kunstakademie. Der junge Student war vor allem bestrebt, Bildnismaler zu werden. Von 1898 an lebte er als Lernender in Paris und Rom. Danach hat er sich zum Studium der alten Meister in Österreich, Holland und England aufgehalten. Sein eigenes Schaffen fiel in die Zeit des Impressionismus. Dabei zeichnete sich sein Malstil durch Wirklichkeitstreue aus und es gelang ihm, die Eigenart des Modells in Haltung und Ausdruck lebensecht zu treffen. So wurden seine Porträts beliebt und gewannen familiengeschichtliche Bedeutung. Für den ostpreußischen Adel hat Seitz geradezu Ahnengalerien geschaffen.

Im berühmten Königsberger Blutgericht hingen in einem Kellerzimmer kleine Porträts von ihm, die zechfreudige Königsberger „Blutrichter“ darstellten: bekannte Künstler der Stadt, Musiker, Architekten, Ingenieure. Ferner ist auf das große Bild der Königin Luise hinzuweisen, das Seitz für die Luisenkirche geschaffen hat, und schließlich hängt vielleicht noch irgendwo bei einer ostpreußischen Familie ein Seitzsches Porträt, das den Sturm der Zeiten überdauert hat.



Fischer am Ostseestrand: Werk von Arwed Seitz aus der Zeit um 1920 Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

Eduard Anderson, der Königsberger Museumsdirektor, schrieb seinem Freund Seitz einen Nachruf, in dem folgende Sätze stehen: „Der wohlhabende Bürger, der Offizier, Beamte, Geistliche und Gutsbesitzer – sie alle pflegten ihrer Familie ein Bild zu stiften. Sie konnten es sich leisten, ging es ihnen allen doch gut. Etwas von dieser gesicherten bürgerlichen Existenz lebt in den Seitzschen Porträts. Da sind Damen in Gesellschaftstoiletten, seriöse Herren in schwarzem Rock, mit Orden und Ehrenzeichen geschmückt, rosige Kinder, schön ‚zum Anbeißen‘. Seitz war der Maler dieses wohlhabenden Königsberger Bürgertums ...“

Der Erste Weltkrieg, den der Künstler wegen eines Gehörleidens nicht als Kämpfer mitmachen durfte beziehungsweise musste, stellte ihm neue Aufgaben. Er malte Kriegsteilnehmer, insbesondere höhere Offiziere. So entstand ein Porträt des Generalfeldmarschalls August von Mackensen. In der Nachkriegszeit erweiterte sich Seitzens Schaffenskreis immer mehr. Er malte für die Kirchen, etwa Konsistorialrat Lackner, den Pfarrer von Behr, Prälat Stoff sowie das schon erwähnte Bild der Königin Luise. Weiter entstanden Bilder der Königsberger Regierungs- und Oberpräsidenten und sonstiger im öffentlichen Leben stehender Persönlichkeiten.

Zur Feier des 200. Geburtstages von Immanuel Kant malte Seitz ein Bild des Philosophen nach alten Stichen und Beschreibungen und unter Berücksichtigung des Schädels von Kant. Dieses Werk entstand in enger Zusammenarbeit mit dem Professor Kowalewski, der zu jener Zeit an der Königsberger Universität Kantsche Philosophie lehrte. „Ein Porträt ist leicht zu malen“, sagte Seitz, „wenn eine ausgesprochene Persönlichkeit Modell ist, umgekehrt sehr schwer.“

In seinem Schaffen lebte etwas, was einer Forderung William Shakespeares entgegenkam. „Insonderheit müsst ihr darauf achten, dass ihr nicht die Bescheidenheit der Natur überschreitet.“ Scheint nicht diese „Bescheidenheit der Natur“ im heutigen Kunstbetrieb immer öfter vergessen zu werden?

Außer Bildnissen malte Seitz in leuchtenden Farben auch Landschaften und Seestücke; das Haff, die See, die Kurische Nehrung. Mittelpunkt seiner Arbeit blieb aber das Porträt. Es ist zu bedauern, dass durch den Zweiten Weltkrieg fast das ganze Werk dieses Künstlers vernichtet wurde. Von dem Kant-Bild ist lediglich eine Fotografie gerettet worden.

Die Familie Seitz konnte nur weniges retten, darunter ein Selbstbildnis. Seitz war verheiratet mit Else Radok, Tochter des Direktors der Königsberger Uniongießerei, Emil Radok. Von den Kindern ließen sich die beiden Töchter und der jüngste Sohn in der Bundesrepublik nieder, den ältesten verschlug es in die USA.

*PAZ*

## Teurer Irrtum in der Energiepolitik

**Zu: Rentabilität spielt keine Rolle (Nr. 5)**

Der Artikel befasst sich nur mit den Kosten der Energiewende. Eine weitere tödliche Seite dieses Irrsinns ist die Nutzbarkeit der Erneuerbaren: Sie sind nicht grundlastfähig. Solarkraftwerke produzieren nur acht bis zehn Prozent der installierten Leistung. Mehr Sonne ist nun mal nicht in unserem Land. Nachts sowieso nicht. Und die Windausbeute? Onshore 15 Prozent und offshore 20 Prozent. Ein wirtschaftlich hochentwickeltes Land wie das unsere braucht aber eine sichere kontinuierliche Energieversorgung. Die können nur die klassischen Verfahren aus Kernenergie, Kohle, Gas und Öl garantieren.

Wenn also die Träumer in der Regierung planen, irgendwann 80 bis 100 Prozent der Elektroenergie aus Windmühlen und Ähnlichem zu erhalten, dann sollten sie mal gleich den Umzug des deutschen Volkes in ein realistischer planendes Land vorbereiten.

Der teure Irrtum ist nämlich der, dass zu den nutzlosen neuen Energiequellen die konventionellen ständig vorgehalten werden müssen, damit sie sofort einspringen können, wenn Sonne und Wind eingeschlafen sind. Und das kommt häufig vor, siehe obengenannte Prozentzahlen. Wenn aber viel Sonne und viel Wind zur Verfügung stehen, dann müssen die klassischen Kraftwerke heruntergefahren oder abgestellt werden. Wenn sie aber nicht voll ausgelastet sind, dann rechnen sie sich nicht mehr, wie die Klagen von Energiekonzernen und Stadtwerken belegen.

Weiß Energieminister Sigmar Gabriel das nicht, oder will er Trittins Plan zur Vernichtung der deutschen Wirtschaft zu Ende führen?

**Dr. Knut Wuntke, Milow**

## Königsberg besinnt sich seiner Vergangenheit

**Zu: „Haus der Räte“ soll erhalten bleiben (Nr. 3)**

Es ist erfreulich, dass das heutige Königsberg sich seiner deutschen Geschichte besinnt und eine Debatte über eine Rekonstruktion des Stadtzentrums der ehemaligen Altstadt geführt wird. 70 Jahre nach Kriegsende ist dies ein bedeutendes Zeichen der Versöhnung mit der ehemaligen ostpreußischen Hauptstadt.

Dass der Königsberger Bürgermeister Alexander Jaroschuk mit dem ehemaligen Senatsbaudirektor Hans Stimmann einen Deutschen zu Rate zieht, ist neben der Symbolik auch der Lübeck-Erfahrung Stimmanns mit alter Bausubstanz geschuldet sowie auch der Tatsache, dass derzeit sowohl Königsberg als auch Berlin mit seinem Stadtschloss die gleiche Frage der geschichtlichen Rückbesinnung bewegt und eine bauliche Rekonstruktion zur Diskussion steht. So könnten Stimmanns Thesen der Re-Urbanisierung und der kritischen Rekonstruktion zur ehemaligen Berliner Mitte durchaus der richtige Denkansatz für die Rückgewinnung von Stadt und Stadtbild für das verlorene Zentrum des heutigen Königsberg sein.

Mir ist bekannt, dass Stimmann auch in einer Wettbewerbs-Jury sein wird, die über Planungsvorschläge befinden wird. Die Verdienste Stimmanns sind mit Recht gewürdigt worden, weil durch seine Leitlinien weitestgehend in wichtigen Bereichen Berlins wie dem Pariser Platz oder der Friedrichstraße eine geordnete städtebauliche Entwicklung auch im Sinne der Stadtbildrückgewinnung erreicht werden konnte. Ihn deshalb als „Sarrazin der Architektur“ zu bezeichnen ist unglücklich formuliert und ist etwas irritierend.

**Joachim Moeller, Berlin**

## Urlaub? »Óchi«!

**Zu: Berlin soll den Mund halten (Nr. 2)**

Langsam wird es unerträglich, nicht nur wegen der Milliarden an Geldern, die nach Griechenland transferiert werden. Die Kanzlerin wird als „Nazi“ verunglimpft und beleidigt wie pauschal auch viele andere Deutsche, die nicht einer Meinung mit der levantinischen Mentalität sind.

Urlaub in Griechenland? Geschenkt wäre noch zu teuer! Griechisch essen gehen? „Óchi“ (nein) Danke! Ich persönlich wurde dabei schon dumm angeredet. Auch wurde versucht, bei der Rechnung zu tricksen. Solange es genug weichgespülte Deutsche gibt, die sich im Urlaub wie im eigenen Land alles gefallen lassen, wird sich an der „Hand auf“-Mentalität nichts ändern. Die Würde des Menschen ist laut Grundgesetz unantastbar, das gilt aber anscheinend nicht für Deutsche. Sind ja eh' alle „Nazis“.

**Hartmut Bies, Offenbach-Hundheim**



Braut sich da etwas über den Windrädern zusammen? Wirtschafts- und Energieminister Gabriel hat angekündigt, bei den Erneuerbaren Energien auf die Kostenbremse zu treten Bild: action press

## Das Glas ist doch stets halb leer

**Zu: Der Weg zum Weltfrieden (Nr. 5)**

*PAZ*-Kommentator Georg Meinecke entwickelt Programme, die den ewigen Frieden bewirken sollen. Er scheint aber die menschliche Psyche oder die Gene – wie auch immer – vergessen zu haben. Es ist eben die Natur im Menschen. Sie beherrscht den Menschen, und dies immer noch seit Beginn seiner Existenz. Was einst notwendig war, um der Umwelt zu trotzen und um zu überleben, gilt heute als Hemmnis.

Es ist die Aggressivität im Menschen. Sie ist das eine. Das andere ist die angestrebte Überlegenheit sowohl geistig wie körperlich. Man will mehr sein und sich von anderen abheben. Und in der Regel wird daraus ein Führungsanspruch. „Ich sage, wo es langgeht!“ Beispiele gibt es hierfür reichlich in politischen wie in privaten Bereichen. Nicht Partnerschaft wird angestrebt, sondern Überlegenheit.

Diese Eigenschaften sind im Menschen verankert. Sie sind auch nicht durch demokratische Verhältnisse zu reglementieren, weder mittels einer Ideologie noch durch eine Religion.

Es gibt immer ein Gegenüber. Was ich will, will mein Gegenüber noch lange nicht. Dabei entsteht der Streit. Wie will man das begehrte Ziel erreichen zum Beispiel um eine schöne Frau, um mehr Besitz oder auch um die Führerschaft über die Menschen? Ist es Recht, wenn den Menschen ihre Heimat genommen wird? Ja, sagen die einen, während die anderen aber leiden.

Deshalb: Menschen, die sich überlegen fühlen, werden sich niemals an friedliche Regeln halten, erst recht nicht, wenn sich ihnen jemand entgegenstellt, der die gleichen Ambitionen hat. Die Schwachen werden sich außerdem immer wehren. Deshalb wird es niemals Frieden auf diesem Planeten geben.

**Klaus Glagau, Münster**

## Windräder sind unwirtschaftlich

**Zu: Rentabilität spielt keine Rolle (Nr. 5)**

Die Energiewende ist asozial, ineffektiv und nicht bezahlbar. Asozial ist die Umverteilung von unten nach oben. Nur diejenigen, die Grund und Boden besitzen, können die unsinnigen, unwirtschaftlichen und hoch subventionierten Stromerzeugungsanlagen, also Windkrafträder, installieren. Der Kunde zahlt die Zeche mit dem Strompreis.

Einige Infos zur Wirtschaftlichkeit: Die Grundlast muss immer von konventionellen Kraftwerken kommen. Dass heißt, um den Strombedarf zu decken, müssen hinter den sogenannten Erneuerbaren Schattenkraftwerke betrieben werden. Hier einige Hinweise zur Windstromernte von Januar bis Juli 2013: Die installierte Leistung an Windenergie betrug 32 690 Megawatt. Der Maximalwert der Einspeisung lag bei 24 112,1, der Minimalwert bei 213,4 Megawatt. Im Mittel waren es 5080,3 Megawatt. Die Auslastung lag bei 18,2 Prozent, in Bayern sogar nur bei zirka 14 Prozent. Von echter Versorgung kann man also nicht sprechen.

Nicht einmal erwähnt ist, dass diese Kathedralen des Glaubens mit 200 Metern Höhe (siebenmal höher als ein Kirchturm) die Landschaft verschandeln, die Gesundheit durch Infraschall gefährden, Zigtausende Vögel morden (wo bleibt da der Aufschrei der Naturschützer?) sowie Schattenwurf und im Winter Eiswurf erzeugen. An den Flügelenden können Geschwindigkeiten bis zu 400 Stundenkilometern auftreten.

Des Weiteren sind schon einige von diesen Monstern abgebrannt. Es befinden sich in diesen Dingern 800 Liter Hydraulik-Öl – ein schöner Brandbeschleuniger, die Feuerwehr kann dann nur zusehen. Richtig gefährlich werden solche Defekte, wenn die Räder in Waldnähe stehen.

**Lorenz Braren, Weichs**

## Keine Kohle mehr

**Zu: Rentabilität spielt keine Rolle (Nr. 5)**

Atomstrom, der billig und preiswert ist? Dass ich nicht lache! Diese Stromerzeugung hat Milliarden an Zuschüssen bekommen und wird weitere Milliarden erhalten („irgendwo muss das Zeug ja hin“). Die Entsorgung von diesem Zeug ist in die Zukunft verschoben worden, und es dürfen sich noch Hunderte von Generationen nach uns damit beschäftigen.

Ähnlich sieht es aus mit der Steinkohle, wenn auch nicht ganz so dramatisch. Nur zur Kenntnis: Im Kohlenpott, der durchlöchert ist wie ein Schweizer Käse, müssen Pumpen laufen, um den Kohlenpott nicht absaufen zu lassen. Sollte die RWE Konkurs anmelden, was nicht auszuschließen ist, dann werden die Gruben absaufen. Der Vorteil wäre, wir hätten dort einen großen Badesee.

Übrigens hat die RWE nach eigenen Angaben nur noch „Kohle“ für 100 Jahre im „Sack“, vielleicht auch nicht. Mit der Braunkohle sieht es ähnlich aus: Wenn ich ans Eisensulfat denke, nein, lieber nicht. Meine Kinder wollten nach Mecklenburg-Vorpommern auswandern, da werden die Böden aber gerade mit Uran-Dünger angereichert.

**Rüdiger Röthke, Berlin**

## Wende zum Guten

**Zu: Planlos gegen die Wand (Nr. 4)**

Nicht nur dem Bund drohen wegen des Atomausstiegs von 2011 selbstverschuldete Milliardenzahlungen. Ich habe die Verluste schon auf dem Papier realisieren müssen. Ich kaufte vor Jahren im Vorgriff auf steigende Stromumsätze entsprechende Aktien. Dann kam die Energiewende und meine Aktienersparnisse waren nur noch die Hälfte wert. Jetzt warte ich, dass sich die Vernunft gegen die unheilige Allianz durchsetzt. Die Strafzahlung wäre für RWE und für deren Aktionäre eine gute Sache.

**Jürgen Kunz, Buchen**

## Zwangsabgabe

**Zu: Bundesbank für Vermögensabgabe (Nr. 5)**

Na prima! Damit das mit der eigenverantwortlichen Vermögensabgabe auch wirklich reibungslos klappt, wird vorher das Bargeld abgeschafft und privater Goldbesitz verboten. Aber es wird ja angeblich nur die Reichen treffen, und denen gönnt Michel das von Herzen.

**Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg**

## Gut aufgehoben

**Zu: Weder Engel noch Menschenrechtler (Nr. 3)**

Wenigstens gehörte Kanzlerin Merkel beim Chodorkowski-Empfang nicht zum Begrüßungskomitee. Was wäre ich stolz auf dieses Land gewesen, wenn wir Snowden Asyl gewährt hätten. Allerdings wäre aus ihm wohl ein „tragischer Einzelfall“ geworden, wie es solche ja auffallend häufig hier gibt. Insofern ist er in Russland besser aufgehoben.

**Jörn Gebert, Frankfurt am Main**

## Ewiger Kreislauf

**Zu: Kurzsichtige Manipulation (Nr. 5)**

Egal, ob die Wahlversprechen der CDU von 1999 zum Euro oder die Angriffskriege der USA und Käfighaltung von Menschen in Guantánamo oder das reihenweise Brechen von Gesetzen beim Euro ober bei der NSA-Affäre – die Banken nehmen den Leuten das Geld auf die Weise ab, wie es Banken eben machen, die diese Macht haben.

Erst nehmen die Banken die Bürger aus, dann werden sie von den Bürgern gerettet, dann nehmen sie wieder die Bürger aus. Wer von uns würde das nicht tun, wenn er die Macht hätte?

Gesetze? Grundgesetz? Da steht auch nur viel geschrieben, damit die Seiten voll wurden. Bald müssen die Banken erneut gerettet werden. Ratet mal, wer das wieder zahlen muss? Ein Tipp: Die Aktionäre der Banken werden es nicht sein. Und ich auch nicht, denn meine Altersversorgung ist in kleinen gelben Münzen gut angelegt.

**Helmut Josef Weber, Málaga/Spanien**

## Die Hausfrau ist die Dumme

**Zu: Von der Leistung abgekoppelt (Nr. 4)**

Die Ausführungen des *PAZ*-Autors treffen grundsätzlich den Nagel auf den Kopf. Ein Aspekt erscheint mir aber noch ergänzungswürdig zu sein: In der Rentendiskussion meidet die Politik die Erwähnung einer Rentenberechtigung von Frauen, die „nicht gearbeitet haben“, wie der Teufel das Weihwasser. Die propagierte Mainstream-Denke geht so: Wenn eine Mutter an einer Registrierkasse über mehrere Stunden die gleiche Handbewegung macht, arbeitet sie und ist gesellschaftlich anerkannt. Wenn sie sich hingegen ehrenamtlich an der Telefonseelsorge beteiligt, wird sie – trotz Abiturs oder gar Studiums – nur als „dumme Hausfrau“, die nur putzen und kochen kann, diskriminiert. In der verordneten politischen Sichtweise zählt nur Arbeit gegen Entlohnung, so eintönig sie auch sein mag.

Die Rentenpolitik geht mit der vordergründig einleuchtenden Erklärung hausieren, „wer nicht eingezahlt hat, hat auch keinen Anspruch“. Es gibt aber auch Frauen, die, ohne selbst eingezahlt zu haben, mit viel Verzicht einen viel höheren Beitrag zur Manövriermasse des Rentenaufkommens geleistet haben, indem sie gute Beitragszahler geschaffen haben, die die Rentenzahlungen in der noch bestehenden Höhe überhaupt erst ermöglichen.

Den Kritikern und Verweigerern der „Mütterrente“ ist offenbar nicht bewusst, in welchem Umfang schon die derzeitigen Renten gekürzt werden müssten, wenn die Beiträge entfallen, die maßgeblich diesen Müttern zu verdanken sind. Anstatt sie zu diskriminieren, stünde ihnen Dankbarkeit gut an.

Während ihre Kinder auch die Renten derer zahlen, die nach der Devise lebten: „Ich? Kinder? Ich bin doch nicht blöd!“, gehen die Mütter hinsichtlich eines eigenen Rentenanspruchs gänzlich leer aus. Das ist zwar politisch so gewollt, mir hat aber bislang noch niemand erklären können, warum das gerecht sein kann.

**Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mühlheim**

## Listige Hereros

**Zu: „Krieg gegen den Terror“ statt „Völkermord“? (Nr. 2)**

Der hervorragende Artikel über den Hereroaufstand bedarf noch einer Ergänzung hinsichtlich der „Schlacht am Waterberg“. Sofern ich es richtig in Erinnerung habe, beschrieb Victor Franke, damals Hauptmann, das Gefecht als Desaster für die Deutschen. Es gab Scharmützel im unübersichtlichen Buschland, dem etliche Soldaten zum Opfer fielen.

Der Plan war, dass drei Einheiten die Herero am südlichen Fuß des Waterbergs einkesseln sollten. Die von Westen und Süden anrückenden Soldaten mussten warten, bis der von Osten vorkämpfende Trupp endlich den Kessel geschlossen hatte. Allerdings war der Kessel leer, da sich die Hereros durch die Lücke, die durch das verspätete Eintreffen des dritten Trosses entstanden war, nach Osten in die Omaheke-Wüste abgesetzt hatten. Die deutschen Siegesbotschaften, die Berlin erreichten, waren Propaganda zur Gesichtswahrung.

**Gernot Schmidt, Wilnsdorf**

## Nie nach Berlin

**Zu: „Berlin ist eine Katastrophe“ (Nr. 4)**

Berlin war schon immer eine Katastrophe. So war es in der Vergangenheit, so ist es in der Gegenwart und so wird es auch in der Zukunft sein. Niemand wird das ändern, die Berliner wollen das auch gar nicht ändern. Solange andere die Zeche bezahlen – warum sollten sie auch? –, lebt es sich doch nach deren Auffassung ganz gut damit. Erst wenn sie für ihre Politik und für ihr Leben selber aufkommen müssen, würde sich das schnell ändern.

Manche Leute, aber auch Politiker kann man nur über den Geldbeutel zu Veränderungen zwingen. Nicht um alles in der Welt möchte ich Bayerin in Berlin leben.

**Melanie Gatzke, München**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 7 – 15. Februar 2014

## Streit um Denkmal

An dem sowjetischen Armeegeneral Iwan Tschernjachowskij scheiden sich bis heute die Geister. Mehlsack [Pieniezno], Kreis Braunsberg [Braniewo] hat beschlossen, das Denkmal des unweit der Stadt am 18. Februar 1945 gefallenen jüngsten Armeegenerals in der Geschichte der Roten Armee zu beseitigen. Daraufhin hat nun eine vom russischen Konsul in Danzig begleitete russische Delegation aus Heiligenbeil [Mamonowo] das heute unter polnischer Souveränität stehende Mehlsack besucht. Die Russen brachten dabei ihren Wunsch zum Ausdruck, dass das Denkmal in Mehlsack bleibt. Sie sind bereit, sich um das Denkmal zu kümmern und es in einem guten Zustand zu halten. Die Entscheidung seiner Beseitigung könne einen schlechten Einfluss auf die polnisch-russische Zusammenarbeit haben, gerade jetzt, nachdem der Kleine Grenzverkehr eingerichtet worden sei. Der Bürgermeister von Mehlsack, Kazimierz Kiejdo, verwies darauf, dass die Entscheidung bereits schon vor einiger Zeit getroffen worden sei. Für die Demontage des Denkmals hätten sich auch bereits schon Personen und Institutionen gefunden, die das Projekt finanzieren wollen. Abschließend rief der Bürgermeister dazu auf, aus der Denkmalfrage kein Politikum zu machen. Die Verhandlungen mit den Russen sollen fortgesetzt werden. Zu der Angelegenheit sollen auch der zuständige Woiwode und der „Rat zur Erinnerung an den Kampf und das Martyrium des Volkes“ gehört werden.

Welche Bedeutung die Sowjets ihrem „Oberbefehlshaber in Ostpreußen“ beimaßen, wird schon daraus ersichtlich, dass sie 1946 Insterburg [Tschernjachowsk] nach ihm benannten. Gleich zweimal, am 17. Oktober 1943 und am 29. Juli 1944, wurde er als „Held der Sowjetunion“ ausgezeichnet. Andererseits soll er aber auch an den Verbrechen der Roten Armee beteiligt gewesen sein. Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann sieht in ihm gar einen der Hauptverantwortlichen. So soll er für die Tagesbefehle „Die Qualen der Gemordeten, das Stöhnen der lebendig Begrabenen, die unstillbaren Tränen der Mütter fordern euch zu schonungsloser Rache auf ... Möge der blutrünstige, verhasste Feind, der uns soviel Leid und Qualen gebracht hat, erzittern und in den Strömen seines eigenen schwarzen Blutes ertrinken“ und „Gnade gibt es nicht – für niemanden, wie es auch keine Gnade für uns gegeben hat ... Es ist unnötig von den Soldaten der Roten Armee zu fordern, dass Gnade geübt wird. Sie lodern vor Hass und Rachsucht. Das Land der Faschisten muss zur Wüste werden, wie auch unser Land, das sie verwüstet haben. Die Faschisten müssen sterben, wie auch unsere Soldaten gestorben sind“ verantwortlich sein. *PAZ*



# Auslaufmodell Straßenbahn?

## Königsberg: Streit um Erhalt des Schienennetzes geht weiter – Bürgermeister Jaroschuk spricht Machtwort

**In Königsberg diskutieren Politiker und Vertreter der Stadtbetriebe hitzig über die Zukunft der Straßenbahn. Während die einen das wenig ausgelastete Verkehrsmittel am liebsten ganz einstellen würden, spricht Stadtoberhaupt Alexander Jaroschuk sich klar für den Erhalt aus.**

Wiederholt hat Alexander Jaroschuk sich dafür ausgesprochen, die noch wenigen verbliebenen Straßenbahnlinien wie auf der Herzog-Albrecht-Allee und der Lawsker Allee zu erhalten. Als Kompromiss schlug er eine eingleisige Linienführung auf diesen Straßen vor. Damit könne einerseits die Straßenbahnlinie bestehen bleiben, andererseits könnte man den gewonnenen Teil für eine Straßenerweiterung oder einen Radweg nutzen. „Heute haben wir kein Geld, aber in zehn bis 15 Jahren wird welches da sein. Wenn wir heute die Schienen ganz entfernen, dann wird es nie mehr eine Straßenbahn geben, auch wenn Geld da sein sollte. Wir erhalten uns die Möglichkeit, den Traum von der Entwicklung eines neuen Straßenbahnnetzes“, sagte Jaroschuk. Zuvor hatte sein Stellvertreter Sergej Melnikow erklärt, es „jucke ihm in den Händen“, die Straßenbahnlinie auf der Lawsker Allee herauszureißen.

Der Bürgermeister sprach daraufhin ein Machtwort. Er räumte zwar ein, dass eine hitzige Diskussion geführt werde, doch betonte er, dass das letzte Wort aber bei ihm liege. Und er setze sich für den Erhalt ein.

So wie sich die Situation im Augenblick darstellt, könnte die Straßenbahn in Königsberg sich allerdings bald zum Auslaufmodell entwickeln. Zwar wurden neue polnische Waggons in Betrieb genommen, die modernste Standards erfüllen, und die Stadtverwaltung plant die Modernisierung des gesamten Straßenbahnfuhrparks, doch dem stehen zum einen die geringen Fahrgastzahlen gegenüber, zum anderen gibt es viel schwerwiegendere Probleme mit der Wartung.

Der Leiter der Königsberger Verkehrsbetriebe, Anatolij Muchomor, wartete mit einer echten Überraschung auf, als er bei einem Treffen mit Politikern in der Stadtverwaltung erklärte: „Wir haben nur noch einen Spezialisten für die Beschleuniger, er ist 70 Jahre alt und wenn er stirbt, haben wir keine Möglichkeit mehr, die Straßenbahnen selbst zu reparieren. Es wäre einfacher die Straßenbahnen ganz einzustellen.“ Weil Fachkräfte fehlen, sei es überhaupt fraglich, wie lange die Verkehrsbetriebe den Straßenbahnfuhrpark noch in verkehrstüchtigem Zustand halten können. Er gehe von zwei Jahren aus. Dann sei es einfacher, sich ganz von der Straßenbahn als Verkehrsmittel zu verabschieden, anstatt Unsummen für ein unrentables Unternehmen auszugeben. Niemand weiß, wie es um die Gesundheit des einzigen Spezialisten steht, und für die Einstellung jüngerer Fachkräfte fehlt dem städtischen Verkehrsbetrieb schlichtweg das Geld. Die personellen Probleme, der Verschleiß der Schienen (die erst vor Kurzem repariert und neu verlegt worden waren), das Alter der Waggons – all diese Probleme kamen wieder einmal ans Tageslicht. Die kommunalen Verkehrsbetriebe betreiben 45 Straßenbahnwaggons, die in den Jahren 1970 bis 1980 im Ausland gefertigt wurden, die neuen polnischen Waggons nicht eingerechnet.

### Zukunft hängt von einem Experten ab

Neben den technischen Problemen, die mit entsprechendem Geldeinsatz überwunden werden könnten, ist Personalmangel das drängendste Problem. Es gibt zu wenig Bewerber für eine technische Ausbildung bei den jungen Königsbergern, da sie zu wenig attraktiv ist. Infolgedessen werden Gastarbeiter aus Zentralasien eingestellt. Ältere Facharbeiter arbeiten über die Rente hinaus, um ihr Unternehmen am Laufen zu halten.

Straßenbahnen wird es wohl auch weiter in Königsberg geben, fraglich ist nur, in welchem Umfang. Die Situation könnte sich dann verschlimmern, wenn am Ende dieser hitzigen Beamtendebatte der einzige Spezialist für Beschleuniger tatsächlich stirbt, wie Anatolij Muchomor es bereits zu bedenken gegeben hatte.

*Jurij Tschernyschew*




Alte und neue Verkehrsmittel: Viele möchten Straßenbahnen aus der Pregelmetropole entfernen Bild: J. T.

# Königsberger Tradition wird fortgesetzt

## Fest der »Langen Wurst« fand erstmals auf dem Gelände des Friedrichsburger Tors statt

Wieder einmal wurde in Königsberg das Fest der Langen Wurst gefeiert, das auf eine jahrhundertealte Tradition zurückgeht und den heutigen Bewohnern der Pregelmetropole zur beliebten Attraktion geworden ist. Im Jahr 1520 soll laut den Annalen zum ersten Mal eine solche Feier stattgefunden haben. Damals hatten Königsberger Fleischer erstmals eine etwa 20 Meter lange Wurst hergestellt und sie anschließend feierlich durch die Stadt getragen. In den Folgejahren wurde die Wurst jedes Jahr ein Stück länger, bis sie 1601 eine Rekordlänge von über 400 Metern erlangte.

### Drei-D-Schloss-Rekonstruktion im Ozeanmuseum

In diesem Jahr fand am 8. Februar das Fest der Langen Wurst erstmals auf dem Gelände des 2011 wiedererrichteten „Friedrichsburger Tors“ statt, das heute zum Bestand des Ozeanmuseums gehört. Im Gegensatz zum Vorjahr, als die Lange Wurst noch vor den Mauern des Friedrichsburger Tors verspeist worden war, hatten die Veranstalter in diesem Jahr ein Eintrittsgeld in Höhe von 100 Rubel (gut zwei Euro) erhoben. Auch wenn die Besucher davon überrascht wurden, dass für die Teilnahme am Fest innerhalb der Mauern erstmals Eintritt zu zahlen war, regte dies niemanden sonderlich auf. Das freundliche frühlingshafte Wetter sorgte für einen gesunden Appetit und eine lange Schlange bildete sich schon zu Beginn der Veranstaltung vor dem Tor.



Hochspannung: Kinder und ihre Eltern warten auf einen Leckerbissen Bild: J. T.

Die Gäste erwartete ein vielfältiges Programm mit Wettbewerben sowie Tanz- und Musikvorführungen. Und das Wichtigste: Jeder hatte die Möglichkeit, aus einem großen Angebot von Fleisch- und Wurstwaren zu wählen, die an diesem Tag am Friedrichsburger Tor zum Kauf angeboten wurden.

Das Ozeanmuseum hatte im Rahmen der Feier ein Multimedia-Programm vorbereitet. Es handelte sich um eine Drei-D-Rekonstruktion des Königsberger Schlosses. Mit Hilfe von Comutergrafik hatten IT-Spezialisten das Interieur des Schlosses, die Innenhöfe sowie das Schlossgelände rekonstruiert. Diese Rekonstruktion wird zur Zeit allen Besuchern des Museums präsentiert.

Die Hauptattraktion des Tages war aber natürlich die Wurst. Sie hatte eine Länge von fast drei Metern, 30 Zentimeter Durchmesser und ein Gewicht von 120 Kilogramm. Ihre Schöpfer versicherten, dass sie nach einem alten Rezept hergestellt worden sei, das sie in alten Zeitungen aus dem Jahr 1835 gefunden hätten. Wenn die Meister also alles richtig gemacht haben, müsste die Wurst genau den Geschmack gehabt haben, den schon die damaligen Königsberger hatten genießen können.

An der Herstellung der Wurst waren acht Fleischer beteiligt, die vier Ferkel mit einem Gewicht von je 70 Kilogramm verarbeitet haben. Auf die Verwendung von Konservierungsstoffen und Lebensmittelfarbe wurde verzichtet. Um ihre Arbeit erfolgreich zu beenden, hatten die Meister zuvor Naturdärme, die für eine Wurst solchen Ausmaßes geeignet sind, in Italien bestellt. Obwohl die Wurst von 2014 mit ihren Vorgängerinnen in der Länge nicht konkurrieren konnte, war ihre Dicke beeindruckend. Sechs Mitarbeiter von Landwirtschaftsbetrieben mussten die Wurst auf ihren Schultern zum Veranstaltungsort tragen.

Die Festgäste drängten sich heran, um einen leckeren Bissen zur Verkostung zu ergattern. *J.T.*



**Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,**

es wirkt weiter in unser Familienrunde, das „storytelling", und wenn man ein Foto in die Hände bekommt, auf dem ein Mende-Radio zu sehen ist, und dann beim genaueren Betrachten auf der Skala den Sendernamen „Königsberg" entdeckt, dann weiß man, warum dieses Foto eine Geschichte erzählen will. Unser Leser **Alfred Görlitz** aus Hamburg hat es mir zugesandt, der „immer für eine „Überraschung" gut ist, wie ich einmal schrieb – und diesmal sei es ihm auch gelungen, wie er meint. Stimmt, denn wenn man das Foto sieht, möchte man an dem wie neu wirkenden Gerät, das noch aus dem Elternhaus von Herrn Görlitz stammt, am liebsten den Sender Königsberg einschalten, der auf der Skala zweimal zu finden ist, – aber da bleibt die Vergangenheit stumm. So wie die Ansage „Hier ist der Reichssender Königsberg" genau in diesen Februartagen vor 69 Jahren verstummte, und das ist die Geschichte, die das Foto in mir geweckt hat. „Die letzten Tage des Reichssenders Königsberg" ist heute unser Sonderbeitrag, und er beruht auf einen Bericht, den **Ruth Börschel** vor 13 Jahren für ein Seminar der Landsmannschaft Ostpreußen geschrieben hat. Eine Zeitzeugin, wie sie authentischer nicht sein kann, denn sie und ihr Mann, der Orchesterleiter und Komponist **Erich** Börschel, haben mit dem Techniker **Feodorowitz** damals versucht, die letzten Sendegeräte und Tonbänder zu retten.

Und wie viele Geschichten klingen erst in dem Schreiben an, das wir von dem Ehepaar **Dieter** und **Anne Varnhagen** aus Barßel erhielten, denn schon der Name lässt aufhorchen. „Varnhagen von Ense" – da wird man schnell in der preußischen Geschichte fündig. **Karl August Varnhagen von Ense** war Diplomat und Schöngeist, er begleitete den preußischen Staatskanzler **Hardenberg** zum Wiener Kongress, gab mit **Chamisso** den „Musenalmanach" heraus, bestimmte mit seiner Frau **Rahel**, deren literarischen Salon zum Treffpunkt der Schriftstellergeneration der Spätromantik wurde, das geistige Leben Berlins. Noch heute treffen sich die Mitglieder der Varnhagen-Gesellschaft mit Sitz in Köln, und Frau Anne konnte mir in einem Telefongespräch berichten, das sich beim letzten Treffen 125 Teilnehmer zusammengefunden hatten. Der Stammbaum der Familie lässt sich bis auf das Jahr 1124 zurück führen – dank jahrzehntelanger Recherche, wobei man auch in der *PAZ* fündig wurde. Frau Annes Familiengeschichte reicht leider nur bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts und lässt noch viele Fragen offen, die der eigentliche Anlass waren, sich an uns zu wenden. Vor allem über einen Ortsnamen stolperte sie, den sie nicht ausfindig machen konnte: Groß Gnie! Ach, wenn doch alle Fragen, die uns erreichen, immer so leicht zu beantworten wären – schließlich galt Groß Gnie im Kreis Gerdauen als eines der schönsten Güter Ostpreußens. Aber wie kam mitten im Ersten Weltkrieg eine aus Lodz stammende deutsche Familie, die vor den Polen, die ihr Haus nieder brannten, über die Oder in den Kreis Lebus flüchtete, in das weitgehend zerstörte nördliche Ostpreußen? Großvater **Michael Kützner** hatte erfahren, dass in Groß Gnie ein Stallmeister gesucht wurde, bewarb sich, wurde angenommen und zog im Jahr 1915 mit Frau und neun Kindern auf das Gut, das nur wenig unter den Russeneinfällen gelitten hatte. Da es über das alte Rittergut und seine Geschichte sehr gutes Material gibt, konnte ich Frau Varnhagen einige brauchbare Hinweise geben. So ist der Dokumentation „Geschichten, Güter und Menschen im Kreis Gerdauen, Band 1" von **Wulf. D. Wagner** zu entnehmen, dass General **Paul Georg Edler von Rennenkampff** zeitweilig in Groß Gnie Quartier genommen hatte und von der Mamsell „bekocht" wurde. Das Gut litt weniger durch Gebäudezerstörung als durch Maul- und Klauenseuche sowie Pferderäude. In jener schweren Zeit muss der Großvater von Frau Varnhagen dort Stallmeister gewesen sein. Die Kützners zogen nach Ende des Ersten Weltkrieges zu ihren erwachsenen Kindern nach Bremerhaven. Dort wurden sie als „staatenlos" geführt – das ist für ihre Enkelin ein Rätsel. Beide Großeltern wurden 1861 und 1878 nahe Lodz geboren. Die Urkunden sind in polnischer Sprache ausgefertigt, als Religion wird „evangelisch-augsburgisch" angegeben. „Wissen Sie Rat?", fragt Frau Varnhagen. Den kann sicher jemand aus unserem Leserkreis geben, entweder anhand von fundierten geschichtlichen Kenntnissen oder aus ähnlichen Fällen in der eigenen Familiengeschichte. (Anne Varnhagen, Soeskestraße 8E in 26676 Barßel, Telefon 0449/9936121.)



Radiogerät von Mende

Bild: Görlitz

Im Auffinden von alten Ortsnamen ist unsere Ostpreußische Familie überaus tüchtig und damit auch erfolgreich. Deshalb hatte sich ein Leser, der den Geburtsort seines Großvaters nicht ausmachen konnte, an uns gewandt. Aber auch wir konnten ihm nicht helfen. Der Ortsname „Blume", den der DRK-Suchdienst als Geburtsort bekundet, war nicht auszumachen, es fehlten leider auch weitere Angaben zur Lage. Nun hatte der Vater von Herrn Z. angegeben, sein Vater stamme aus Ostpreußen, und deshalb haben wir diese Frage in Folge 1/14 an unsere Leser weiter gegeben. Wir bekamen nur eine Zuschrift, aber die brachte endlich eine Klärung. Da der Großvater des Fragenden im Jahr 1907 geboren wurde, durchforstete Herr **Peter Kalisch** das „Gemeinde- und Ortslexikon des Deutschen Reiches" von 1901 und siehe da, er entdeckte tatsächlich einen deutschen Ort mit diesem Namen, nur lag der nicht in Ostpreußen. Das 500 Seelen zählende Dorf Blume befand sich in der damaligen preußischen Provinz Hannover im Kreis Hann. Münden. Wenn man dem Namen noch ein „n" anhängt, dann wird man auch in Ostpreußen fündig, denn „Blumen" war ein Vorwerk, das zum Gutsbezirk Pittehnen gehörte. Aber das erscheint wenig glaubhaft – eher, dass man in der Familie vom „preußischen Ort Blume" gesprochen hat, woraus dann ein „ostpreußischer" geworden ist. Das konnten wir nun dem Suchenden mitteilen, der bezüglich einer Resonanz in unserer Leserschaft etwas skeptisch gewesen war. Wir nicht.

Dafür sind wir in einem anderen Fall gestolpert, unsere alten ostpreußischen Ortsnamen bieten ja jede Menge Fallstricke. Spulen wir zurück zu Folge 49/2013, in der wir viele Suchwünsche brachten, darunter auch die von Herrn **Heiko Sperling** nach Informationen über den Heimatort seines Vaters **Walter** Sperling. Der hieß Eczerischken, später Schönfels, und lag – nicht im Kreis Angerburg, wohin wir ihn irrtümlich versetzten, sondern im benachbarten Kreis Angerapp. Da die Angaben des Suchenden denkbar knapp gewesen waren, mussten wir sie ergänzen, und dabei geschah dann die Verwechslung. Unser Leser **Herbert Skroblin** aus Wächtersbach erkannte sofort den Irrtum und teilte uns die richtige Lage mit, wobei wir feststellen mussten, dass uns nicht allein solche Fehler passieren, denn Herr Skroblin schreibt: „In der Ostpreußischen Familie wird erneut ein Kirchspiel aus dem Kreis Angerapp in den Kreis Angerburg verlegt. Das ist nicht das erste Mal. Der Kreis Angerapp, vor 1938 Darkehmen, liegt nördlich des Kreises Angerburg. Gemeinsam haben sie nur, dass ihr Name vom Fluss Angerapp abgeleitet wird. In Trempen lebte übrigens Ännchen von Tharau in einem Pfarrhaus, das heute noch existiert." Wir hatten das Kirchspiel Trempen erwähnt, weil Schönfels zu ihm gehörte. Leider hat sich bisher niemand gemeldet, der die Familie Sperling – Vater Walter, seine Geschwister **Magdalene**, **Anni**, **Rudi** und **Fritz** – gekannt hat, was aber wohl kaum an der falschen Kreisangabe liegt. So wiederholten wir noch einmal die Suchbitte von Herrn Heiko Sperling, der nur seine E-Mailadresse angegeben hat: KOMTUREI59@gmx.de. Zuschriften können auch an unsere Redaktion gerichtet werden.

Dass Irrtümer auf solch einer schwierigen und mit Stolpersteinen bestückten Spurensuche immer möglich sind, beweist auch die Zuschrift von Frau **Brigitte Klintgen**, Berlin, die sich auf ihre Suche nach der ihr bis vor Kurzem unbekannten Cousine aus Pogegen bezieht. Wir veröffentlichten ihren Wunsch in Folge 31/2013 und hatten allerdings wenig Hoffnung, denn die Informationen über diese Verwandte entnahm Frau Klintgen einer Anzeige, die ihre Cousine **Edith Kackschies** im Jahr 1956 im *Ostpreußenblatt* aufgegeben hatte. Diese hatte damals nach Verwandten gesucht, denn wahrscheinlich ist das zur Fluchtzeit erst fünfjährige Mädchen von seiner Mutter **Emma Klintgen** geborene **Kackschies**, getrennt worden, denn diese gilt nach DRK-Angaben als vermisst. Nun entdeckte Brigitte Klintgen die alte Suchanzeige im Internet und begann sofort mit der Nachforschung nach ihrer Cousine. Sie hoffte, dass wir noch ermitteln konnten, an welchem Ort damals die Suchanzeige aufgegeben wurde, was natürlich nicht mehr feststellbar war. Blieb also nur die Suche nach Edith Kackschies auf der Familienseite der *PAZ*. Es kam leider keine Reaktion bis Ende Januar, als wir von Frau Klintgen eine kurze Mitteilung erhielten, dass unsere Anzeige keinen Erfolg erbracht hätte. Auf einem anderen Wege hätte sie aber diverse Informationen erhalten, die leider wenig Erfreuliches erbrachten. Danach ist Edith Kackschies schon recht jung in NRW verstorben. Einen Trost gibt es aber doch: Edith hinterließ eine Tochter. Frau Klintgen wollte nun versuchen, zu dieser Nichte einen Kontakt aufzubauen. Erfreut hat uns der Schlusssatz ihrer kurzen E-Mail: „Diese Info wollte ich Ihnen einfach mal mitteilen. Es ist in der Tat auch heute möglich, verschollen geglaubte Personen zu finden." Denn es sind solche Informationen, die – selbst wenn wir nicht direkt am Erfolg beteiligt sind – uns Mut zum Weitersuchen machen. Leider gibt es Erfolge, von denen wir nie etwas hören, obgleich unsere Ostpreußische Familie dazu die Weichen gestellt hatte. Deshalb wollte ich die kurze Mitteilung bringen, hatte sie auch schon für die vorige Ausgabe vorgesehen und wieder zurückgestellt – zum Glück! Denn nun kam eine neue E-Mail von Frau Klintgen:




Ruth Geede

Bild: Pawlik

„Ich muss meine letzte Mail korrigieren. Die von mir gesuchte Edith Kackschies ist nicht verstorben. Da hatte ich leider (oder zum Glück) eine falsche Information bekommen. Sie lebt und ist bei bester Gesundheit. Gestern haben wir zum ersten Mal miteinander telefoniert. Sie hat sich sehr gefreut, dass ich sie gefunden habe, und wir wollen auf jeden Fall in Kontakt bleiben. Die lange Suche nach ihr hat sich also doch noch gelohnt!" Und erst recht für ihre Cousine, denn seit der Veröffentlichung ihrer Anzeige im *Ostpreußenblatt* sind inzwischen 58 Jahre vergangen!

Die Erinnerungen an die Flucht, die unsere Familienseite in diesen Monaten bestimmen, finden ihren Widerhall in vielen Zuschriften, in denen die eigenen Erlebnisse dokumentiert werden. Manche in Buchform, andere nur geheftet oder lediglich aus losen Blättern bestehend, zumeist im Nachlass der Eltern oder Großeltern gefunden. Jede Aufzeichnung ist eine einmalige Dokumentation, jede beinhaltet erschütternde Vorgänge, die Leib und Seele verletzten, jede wäre es wert, auf dieser Seite veröffentlicht zu werden – aber da stoßen wir leider an unsere Grenzen. Einige Widergaben müssen für viele stehen und werden als solche auch dankbar von unseren Lesern aufgenommen. So auch von Frau **Inge-Lore Gratias** aus Halle: „Ja, für viele unserer Landsleute sind bestimmte Tage dieser Monate Erinnerungstage. Für meine Schwester und mich ist es der 21. Januar. In der letzten *PAZ* erinnert eine Leserin an ihren Lebensretter und möchte ihm einen Stern widmen. Auch wir, meine Schwester und ich, hatten diesen Lebensretter, einen deutschen Soldaten. Auch wir würden ihm einen ‚Stern schenken' – aber ich kenne seinen Namen nicht!"

**Eure**

Ruth Geede

**Ruth Geede**

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

# Die letzten Tage des Reichssenders Königsberg

## Ruth Börschel hat sie in ihren Erinnerungen festgehalten

Als sich der Ring um Königsberg in den ersten Wochen des Jahres 1945 zu schließen begann, hing jeder in der Stadt Verbliebene an einem der Radiogeräte, die in Bunkern und Kellern standen und noch funktionierten, um etwas über die Frontlage zu erfahren. Ab Anfang Februar herrschte beim Reichssender Königsberg Funkstille, sie dauerte bis Mitte März. Dann nahm man unter schwierigen Bedingungen in dem Rundfunkhaus am Hansaring den Sendebetrieb wieder auf, bis Anfang April das endgültige Aus kam. **Ruth Börschel** hat diese letzte Ära des Königsberger Senders in ihren Aufzeichnungen festgehalten, weil sie und ihr Ehemann, der Komponist und Orchesterleiter **Erich** Börschel, in dieser eine entscheidende Rolle spielten, und schuf damit eine einmalige Dokumentation, aus der wir die folgenden Ausschnitte entnehmen.

An einem der letzten Januartage hatten sich alle Bediensteten des Reichssenders Königsberg in der Eingangshalle versammeln müssen. Der damalige Intendant Dr. **Alfred Lau** erschien mit zwei Militärpolizisten. Kurze Ansprache mit Durchhalteparolen und der Drohung, dass alle, die morgen nicht zum Dienst erscheinen, abgeholt werden. Am nächsten Tag fehlte niemand – nur der Intendant! Der Rundfunkbetrieb lief aber auch ohne ihn weiter. Der Leiter des Tanz- und Unterhaltungsorchesters Erich Börschel, dessen Wohnung zwischen Oberteich und Cranzer Allee lag, musste sein Haus verlassen, weil die Gegend schon unter russischem Beschuss lag. Die Kantinenwirtin des Senders wohnte in der Dieffenbachstraße westlich der Zwillingsteiche. Sie nahm das Ehepaar Börschel und zwei weitere Musiker auf. Der größte Teil der Orchestermitglieder war eingezogen worden, das Orchester konnte nur existieren, weil es Erich Börschel gelungen war, belgische und französische Musiker aus einem Gefangenenlager zu verpflichten. Als der Sendebetrieb Anfang Februar eingestellt wurde, mussten Börschels im Keller bleiben. Dann kam der Aufruf, dass alle noch anwesenden Männer sich zum Volkssturm zu melden hätten. In Juditten erfolgte die Ausbildung der Orchestermitglieder für deren vorgesehenen Einsatz, das Gut des Gauleiters **Erich Koch** zu verteidigen, und als dieser dann erfolgte, fiel der Saxophonist des Orchesters. Unter größten Schwierigkeiten gelang es Erich Börschel, seinen Freund auf dem Luisenfriedhof mit militärischen Ehren beerdigen zu lassen.

Am 17. Februar war die Pillauer Landstraße wieder freigekämpft worden. So wurde Mitte März beschlossen, den Sender erneut in Betrieb zu nehmen. In der Festung Königsberg und im Umland sollten Militär und Bevölkerung informiert und – unterhalten werden! Börschels zogen in die Kellerräume des Sendegebäudes, Ruth wurde zur Ansage eingesetzt, weil eine Frauenstimme benötigt wurde. Bis Ende März lief der Sender auf diese Weise, dann bezogen die nach Königsberg geflüchteten Mitglieder des Soldatensenders Danzig mit ihrem Tonstudio das Haus, weil Danzig gefallen war. Bis Anfang April wurde noch gesendet, dann begann der Exodus, weil der Sender bereits unter Beschuss stand. Drei Last- und Übertragungswagen wurden bereitgestellt und mit allem, was für die Durchführung von Sendungen benötigt wurde, beladen. Am 7. April begann die Flucht der im Sender Verbliebenen. Zunächst behinderten riesige Bombentrichter die Abfahrt. Ein Volltreffer hatte das Sendegebäude mit dem großen Sendesaal zerstört. Dabei war der Techniker **Feodorowitz** schwer verletzt worden und musste operiert werden, wurde aber schon kurz nach dem Eingriff aus der Klinik geholt mit dem Auftrag, den Sendebetrieb außerhalb Königsbergs wieder aufzunehmen. Mutlosigkeit machte sich breit, da der Fluchtweg nach Pillau abwechselnd in deutscher oder in russischer Hand war. Selbst Erich Börschel, der in den letzten Wochen so viel zur Aufrechterhaltung des Sendebetriebs getan hatte, glaubte kaum noch an das Gelingen eines Aufbruchs.



Zwischen „Mailand II" und „Nordd.Gl.W.": „Königsbg." auf der Radioskala

Bild: Görlitz

Aber er gelang doch – zuerst nach Neuhäuser, das noch unbesetzt war. Der Ü-Wagen war nach der Abfahrt verloren gegangen, traf aber doch noch ein. Einige Tage Sendebetrieb, dann folgte die Verlegung nach Pillau. Von der Gauleitung in Neutief musste ein Marschbefehl angefordert werden. Ruth und Erich Börschel setzten zusammen mit Dr. **Tank**, dem Leiter des Soldatensenders Danzig, nach Neutief über. Dr. Tank erhielt dort von Gauleiter Koch den ersehnten Befehl mit der Auflage, alle wichtigen Sendegeräte und Tonbänder im Postamt von Flensburg zu deponieren. Was aber nur zum Teil gelang, denn Börschels konnten nach schwieriger Flucht dort nur eine Kiste mit Sendegeräten aufgeben. Sie wurde nie wieder gesehen genau wie die Musikbänder, die Börschels einem Kollegen des Soldatensenders mitgegeben hatten. Der Techniker Feodorowitz, der ebenfalls den Zielort Flensburg erreichte, baute dort notdürftig eine mit Wolldecken gedämpfte Sprechkabine und Übertragungsanlage auf zur Proklamation des Admiral **Dönitz** zum Reichspräsidenten. Auch von seinen Geräten und Bändern blieb nichts erhalten. *R.G.*




## ZUM 102. GEBURTSTAG

**Salecker**, Marie, geb. **Hardt**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 20. Februar

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Tanski**, Friedrich, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar
**Tolkmitt**, Benno, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 21. Februar
**Zeiger**, Elfriede, geb. **Schmidt**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 18. Februar

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Lieder**, Luise, aus Lyck, Lycker Garten, am 18. Februar
**Rettkowski**, Käthe, geb. **Paykowski**, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Gollub**, Ernst, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 15. Februar

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Doll**, Gertrud, geb. **Monzien**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
**Gogoll**, Anna, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 21. Februar
**Heß**, Lotte, geb. **Kiekel**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
**Nendel**, Charlotte, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 19. Februar
**Ohnesorge**, Erich, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 17. Februar

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Alzuhn**, Frieda, geb. **Froese**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
**Böse**, Margret, aus Lyck, Bismarckstraße, am 16. Februar
**Heiss**, Gerda, geb. **Stars**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
**Höper**, Dr. Edith, aus Lyck, Yorkstraße, am 17. Februar
**Kalledat**, Ernst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 15. Februar
**Knieper**, Eva, geb. **Schrader**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 21. Februar
**Pfeiffer**, Siegfried, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 17. Februar

**Porr**, Waltraut, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 15. Februar
**Sturies**, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. Februar

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Bartsch**, Erika, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Februar
**Beyer**, Kurt, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 19. Februar
**Gutsch**, Hilde Anna, geb. **Rudat**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
**Lauff**, Karl, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 17. Februar
**Lutat**, Walter, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
**Rohde**, Gerda, geb. **Steinort**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 16. Februar
**Ströhl**, Gerhard, aus Wehlau, am 21. Februar
**Zander**, Helmut, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 20. Februar

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Bamberg**, Herta, geb. **Rothgänger**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 19. Februar
**Becker**, Anna, geb. **Simon**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 20. Februar
**Buttgereit**, Herta, geb. **Berger**, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, am 15. Februar
**Gaedtke**, Gertrud, geb. **Kossack**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 20. Februar
**Koch**, Ursula, geb. **Kienapfel**, aus Wehlau, am 15. Februar
**Ladda**, Hedwig, geb. **Schall**, aus Lötzen, am 17. Februar
**Meier**, Herta, geb. **Wunderlich**, aus Demmen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
**Neumann**, Gretel, geb. **Göttel**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 19. Februar
**Neumünster**, Margarete, geb. **Lemke**, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 21. Februar
**Pallasch**, Irene, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 21. Februar
**Pankewitz**, Willi, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 16. Februar
**Pohl**, Erna, geb. **Bogdahn**, aus Sommerkrug, Gemeinde Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 17. Februar
**Preuk**, Thusnelda, geb. **Ernst**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
**Ritthof**, Gertrud, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 17. Februar
**Trotte**, Heinz, aus Ebenrode, am 21. Februar
**Viertel**, Adelheid, geb. **Bieber**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 21. Februar

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Dürselen**, Ruth, geb. **Bekawies**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 16. Februar
**Dömke**, Eva, geb. **Schmidtke**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 18. Februar
**Grajewski**, Franz, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 21. Februar
**Griff**, Gerda, geb. **Pohl**, aus Königsberg in Preußen, am 19. Februar
**Kalwellis**, Edith, geb. **Hoffmann**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 16. Februar
**Kruwinnus**, Traute, geb. **Kummetz**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
**Lemke**, Gisela, geb. **Thimm**, Kreis Angerburg, am 17. Februar
**Papke**, Martel, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 19. Februar
**Rohmann**, Alfred, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 21. Februar
**Schulze**, Elisabeth, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Februar
**Vongehr**, Erna, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
**Wischnewski**, Alfred, aus Keipern, Kreis Lyck, am 18. Februar
**Woitalla**, Erna, geb. **Uebersohn**, aus Reichenstein, Kreis Lötzen, am 17. Februar

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Banz**, Heinrich, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 16. Februar
**Baranski**, Margarete, geb. **Grommas**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. Februar
**Breitsprecher**, Elsa, geb. **Pohlenz**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
**Brozio**, Hans, aus Lötzen, am 19. Februar
**Cichon**, Heidi, geb. **Dreyer**, aus Königsberg, am 21. Februar
**Czarnetzki**, Hildegard, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 18. Februar
**Geithel**, Else, geb. **Drossmann**, aus Ebenrode, am 17. Februar
**Heinsohn**, Hertha, geb. **Kösling**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 19. Februar
**Jeziorowski**, Hans, aus Tiefen, Kreis Lötzen, am 20. Februar
**Kopitschko**, Bruno-Alfons, aus Monken, Kreis Lyck, am 15. Februar
**Kopka**, Alfred, aus Rhein, Kreis Lötzen, und aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. Februar
**Neumann**, Gisela, geb. **Rogge**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Februar
**Neumann**, Lieselotte, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 19. Februar
**Posny**, Johanna, aus Kleineppingen, Kreis Neidenburg, am 21. Februar
**Reinke**, Gerda, geb. **Hoffleidt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Februar
**Rogalska**, Liesbeth, geb. **Hochfeldt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 20. Februar
**Schierl**, Marianne, geb. **Scheffler**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 15. Februar
**Schippling**, Alfred, aus Pobethen, Kreis Samland, am 20. Februar
**Schlaud**, Gisela, geb. **Heinrich**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 17. Februar
**Schmuck**, Gertrud, geb. **Karaschewski**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 20. Februar
**Szengulies**, Herta, geb. **Kamradt**, aus Wehlau, am 21. Februar
**Tobien**, Christel, geb. **Czypulowski**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 18. Februar
**Zlomke**, Horst, aus Opitten, Kirchspiel Königsblumenau, Kreis Preußisch Holland, am 14. Februar
**Bohnhardt**, Klaus, aus Königsblumenau, Kreis Preußisch Holland, am 15. Februar

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Abrolat**, Arno, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 20. Februar
**Bauer**, Ruth, geb. **Lottermoser**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 19. Februar
**Budinski**, Heinrich, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 15. Februar
**Büttner**, Ida, geb. **Blumenstein**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar
**Chlopek**, Lotte, geb. **Rama**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 21. Februar
**Czerwanski**, Helmut, aus Steinhof, am 21. Februar
**Dütschke**, Irmgard, geb. **Flick**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Februar
**Ewert**, Edeltraut, geb. **Jopp**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 19. Februar
**Glatzhöfer**, Helmut, aus Erlenhagen, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
**Jonat**, Walter, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 19. Februar
**Görich**, Hedwig, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 17. Februar
**Helbig**, Theresia, aus Lyck, am 21. Februar
**Ingwardsen**, Margarete, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 18. Februar
**Kalinski**, Eva, aus Wischwill, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Februar
**Klein**, Siegfried, aus Königsberg-Ponarth, Karschauerstraße 2–4, am 19. Februar
**Krzewitzki**, Gilda, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 20. Februar
**Lange**, Irmgard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, am 18. Februar
**Luszek**, Günter, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 16. Februar
**Meson**, Helmut, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. Februar
**Michalik**, Waltraut, geb. **Ketturkat**, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar
**Petereit**, Hans, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
**Redepening**, Gerda, geb. **Horn**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
**Reiser**, Hans-Jürgen, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 21. Februar
**Rüter**, Erna, geb. **Radszuweit**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
**Rutkowski**, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 16. Februar
**Sabelski**, Heinz, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 21. Februar
**Sadlowski**, Franzi, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 21. Februar
**Scheckenreuter**, Siegfried, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 20. Februar
**Scheffler**, Hildegard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, am 19. Februar
**Schewe**, Irene, geb. **Todzi**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
**Schwarz**, Frieda, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 18. Februar
**Schütze**, Edith, geb. **Köhler**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 20. Februar
**Sponberg**, Ruth, geb. **Neumann**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 19. Februar
**Wagner**, Edeltraut, geb. **Rattay**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 15. Februar
**Widera**, Pauline, geb. **Stein**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
**Wilts**, Ingeborg, geb. **Kecker**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 19. Februar
**Woehlke**, Edeltraut, geb. **Brozio**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 20. Februar

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Bächreiner**, Günter, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 15. Februar
**Baruth**, Horst, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. Februar
**Boyboks**, Helmut, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
**Dähnert**, Ilse, aus Alt-Kriewen, Kreis Lyck, am 19. Februar
**Dause**, Erika, geb. **Kislat**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 21. Februar
**Dietert**, Hertha, geb. **Gudlautzki**, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
**Dinauer**, Gerda, geb. **Pogosselski**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
**Dugnus**, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Februar
**Falkenhausen**, Horst, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 17. Februar
**Fischer**, Anneliese, geb. **Kablitz**, aus Wehlau, am 19. Februar
**Geruschke**, Friedrich, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 19. Februar
**Heimbokel**, Anneliese, geb. **Zimmermann**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 20. Februar
**Hinz**, Reinhold, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 17. Februar
**Hoffmann**, Gerhard, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 18. Februar
**Jaekel**, Lotte, geb. **Jeromin**, aus Pillau, Kreis Samland, am 19. Februar
**Königkrämer**, Gisela, geb. **Zerrath**, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
**Krause**, Siegfried, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 18. Februar
**Lemke**, Gunda, geb. **Rymon-Lipinski**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 20. Februar
**Malchow**, Margarete, geb. **Walterkewitz**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 20. Februar
**Merten**, Edith, geb. **Simmat**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 19. Februar
**Murach**, Gustav, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar
**Neubert**, Irma, geb. **Ungermann**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 15. Februar
**Rugullis**, Arno, aus Memel, am 5. Februar
**Schnabel**, Helga, geb. **Jaeckel**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 16. Februar
**Schrader**, Margarete, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 21. Februar

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16



## TERMINE DER LO

**Jahr 2014**

**8./9. März:** Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
**5./6. April:** Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
**11. bis 13. April:** Kulturseminar, Bad Pyrmont.
**17./18. Mai:** Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
**6. bis 9. Juni:** Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
**21. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
**19. bis 21. September:** Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
**13. bis 19. Oktober:** Werkwoche, Bad Pyrmont.
**18. Oktober:** 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
**24. bis 26. Oktober:** Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
**3. bis 7. November:** Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

*Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.*

## HÖRFUNK & FERNSEHEN

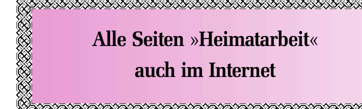
**Sonnabend**, 15. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 450 Jahren: Der italienische Philosoph und Naturforscher Galileo Galilei wurde geboren.
**Sonnabend**, 15. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Lady Liberty. Über die Entstehungsgeschichte der New Yorker Freiheitsstatue. Doku, F 2013.
**Sonntag**, 16. Februar, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
**Sonntag**, 16. Februar, 8.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Aus den Archiven. Die alte Voss. Zur Geschichte der Vossischen Zeitung.
**Sonntag**, 16. Februar, 19.40 Uhr, 3sat: Der preußische Garten. Weltkulturerbe. „Schätze der Welt“ in Potsdam und Berlin.
**Sonntag**, 16. Februar, 20.15 Uhr, MDR: Sagenhaft – Krakau. Reportage.
**Montag**, 17. Februar, 9.55 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Kalenderblatt. Vor 850 Jahren: Die erste dokumentierte Sturmflut an der Nordseeküste fordert mindestens 20000 Opfer.
**Montag**, 17. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Der Untergang der Lusitania. TV-Dokudrama, GB/D 2008.
**Montag**, 17. Februar, 22.15 Uhr, RBB: Die Wiederkehr des Bernsteinzimmers. Doku.
**Montag**, 17. Februar, 23.40 Uhr, ARD: Prora – Nazibad und Sperrgebiet.
**Dienstag**, 18. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 450 Jahren: Der italienische Bildhauer und Maler Michelangelo ist gestorben.
**Dienstag**, 18. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Enteignung auf Russisch. Doku, D 2014.
**Dienstag**, 18. Februar, 22.45 Uhr, HR: Kumpel ist Kumpel. Als Deutsche und Franzosen Freunde wurden.
**Mittwoch**, 19. Februar, 8.05 Uhr, Arte: Friedrich. Ein deutscher König.
**Mittwoch**, 19. Februar, 14 Uhr, 3sat: Auf Goethes Spuren.
**Mittwoch**, 19. Februar, 20.10 Uhr, Deutschlandfunk: Aus Religion und Gesellschaft. Säkular oder islamfeindlich? Frankreichs neue Laizismusbewegung.
**Mittwoch**, 19. Februar, Phoenix, 21 Uhr: Geheimer Krieg. Wie US-Militär und Geheimdienste den Kampf gegen den Terror von Deutschland aus steuern.
**Donnerstag**, 20. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 40 Jahren: Der Deutsche Bundestag ratifiziert nach fast zehnjähriger Debatte den Atomwaffensperrvertrag.
**Donnerstag**, 20. Februar, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Die Länder und die Europawahl. Welche Rolle spielt diese Wahl in den Bundesländern?
**Donnerstag**, 20. Februar, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Forschung und Gesellschaft. Jahrgang 1964 – Die Babyboomer werden 50.
**Freitag**, 21. Februar, 20.15 Uhr, WDR: Deutsche Dynastien. Die Hohenzollern. Doku, D 2012.
**Freitag**, 21. Februar, Die Nordstory. Grenzgänger – Umzug nach Deutschland. Polen aus dem grenznahen Bereich kaufen sich günstig Immobilien in Mitteldeutschland, da die Preise daheim viel höher sind.

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

**Segler**, Ursula, geb. **Oprotkowitz**, aus Grünheide, Kreis Treuburg, am 18. Februar
**Syska**, Gerhard, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
**Weinschneider**, Irmgard, geb. **Hungerecker**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
**Wysk**, Werner, aus Klein-Schiemanen-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Barteit**, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. Februar
**Bloch**, Artur, aus Waplitz, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
**Eichweber**, Christine, geb. **Lumma**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 21. Februar
**Freye**, Elli, geb. **Bachler**, aus Bassum, am 20. Februar
**Fuhge**, Gerhard, RG. Gerlachsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 20. Februar
**Jeschull**, Werner, aus Neufelde, Kreis Treuburg, am 17. Februar
**Kupzyk**, Fritz, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 14. Februar
**Laser**, Gerlinde Berta, geb. **Nelius**, aus Neidenburg, am 15. Februar
**Leppin**, Irene, geb. **Nitsch**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. Februar
**Lewandowsky**, Ilse, geb. **Wohlgemuth**, aus Neulinkuhnen, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
**Mucha-Radomski**, Edith, geb. **Radomski**, aus Ortelsburg, am 20. Februar
**Neupert**, Ernst-Ulrich, aus Ebenrode, am 20. Februar
**Petscheleit**, Günther, aus Pillau, Kreis Samland, am 19. Februar
**Philipp**, Reinhold Erwin, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. Februar
**Pietsch**, Reinhard, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
**Preuß**, Henry, aus Treuburg, am 18. Februar
**Pudlatz**, Hilmar, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 17. Februar
**Rehfeldt**, Heide, aus Kleine Engelau, Kreis Wehlau, am 17. Februar
**Riemenschneider**, Erika, geb. **Kröhnert**, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
**Stabbert**, Dietmar, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 19. Februar
**Symanek**, Artur, aus Damerau, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar
**Trawny**, Helmut, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
**Winter**, Helga, geb. **Wohlgemuth**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 17. Februar
**Wolff**, Christa, geb. Buchsteiner, aus Ebenrode, am 15. Februar






# LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



## BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

**Buchen – Busfahrt nach Kassel zum Deutschlandtreffen** – Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai: Die Gruppe fährt zum Deutschlandtreffen, mit Übernachtung in seinem sehr guten Hotel, Stadtrundfahrt, Besuch des Schlosses Wilhelmshöhe und des Museums der Gebrüder Grimm. Interessenten mögen bitte unter Telefon (06281) 8137 anrufen.

**Lahr** – Sonnabend, 22. Februar, 12 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Eisbeinessen.

**Ludwigsburg** – Dienstag, 25. Februar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenwarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstands, 7. Anträge, 8. Wahlen der nicht besetzten Ämter, 9. Verschiedenes.

**Stuttgart** – Sonnabend, 22. Februar, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Kulturnachmittag der Landsmannschaft Westpreußen mit Ehepaar Liessau, Freiburg. Ein selbst aufgenommener und konzipierter Videofilm von Sigrid Liessau wird in Bild und Ton gezeigt: „Von Thorn nach Danzig, die Weichsel abwärts". Ein wirklich sehenswerter Film in Profi-Qualität, der alle Ost- und Westpreußen begeistern wird. Gäste sind herzlich willkommen.



## BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

**Ansbach** – Sonnabend, 15. Februar, 15 Uhr, Orangerie: Arbeit im Königsberger Gebiet. Pfarrer Klaus Plorin, Heroldsberg, Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e.V.

**Bamberg** – Mittwoch, 19. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag über Marion Gräfin Dönhoff.

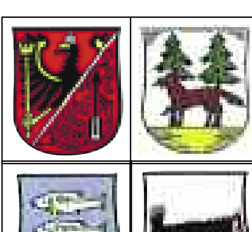
**Landshut** – Dienstag, 18. Februar, 14 Uhr, Gasthaus Zur Insel: **Jahreshauptversammlung** und Kassenprüfung.

**München** – Sonnabend, 22. Februar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: **Jahresversammlung** mit Neuwahl. Vorführung der DVD „Von Memel nach Trakehnen 1942". Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel. – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

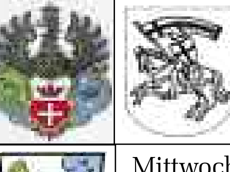


## BERLIN

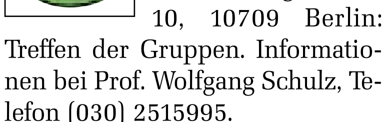
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



**Gumbinnen/Johannisburg/Lötzen/Sensburg** – Dienstag, 18. Februar, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Jahresbeginn. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Kirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.




**Königsberg/Samland/Labiau** – Mittwoch, 19. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

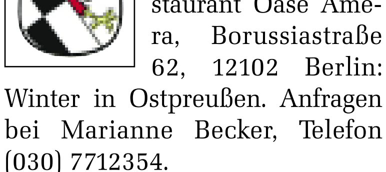




**Angerburg/Darkehmen/Goldap** – Donnerstag, 20. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



**Bartenstein** – Sonnabend, 22. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1: Eisbeinessen. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



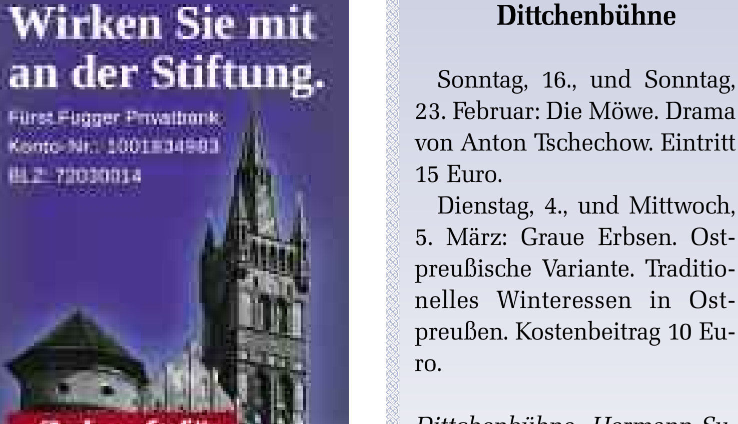

**Heilsberg/Rößel** – Sonnabend, 22. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Fasching. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

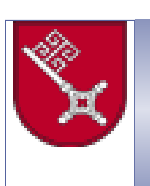
### Dittchenbühne

Sonntag, 16., und Sonntag, 23. Februar: Die Möwe. Drama von Anton Tschechow. Eintritt 15 Euro.

Dienstag, 4., und Mittwoch, 5. März: Graue Erbsen. Ostpreußische Variante. Traditionelles Winteressen in Ostpreußen. Kostenbeitrag 10 Euro.

*Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710.*

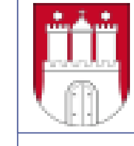


## BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

**Bremerhaven** – Freitag, 28. Februar, 14.30 Uhr, Barlach-Haus: **Jahreshauptversammlung** mit Vorstandswahlen. – **Lustiger Kohlmarsch der Ostpreußen** – Neun wagemutige Ostpreußen der Gruppe Bremerhaven hatten sich am 24. Januar am „Oberfeuer Fischereihafen" (Schifffahrtszeichen) eingefunden, um bei eiskaltem Wind und Minustemperaturen um 8 Grad Celsius die traditionelle Kohlwanderung anzutreten. Zu Beginn begrüßte die Vorsitzende Marita Jachens-Paul die Gruppe und verteilte Miniwürstchen gegen die grimmige Kälte. Marschverpflegung in flüssiger Form war reichlich vorhanden. Es wurde nach vielen Jahren erstmals wieder ein Kunstwort auf einer Kohltour erfunden: „HoKi" für „Holunder und Kirsche" – aber auch Wodka, Korn und heißer Tee standen zur Auswahl. Pressewart Jürgen Sandmann führte die Wanderer zunächst zu einem eingleisigen Bahnhof der Museums-Eisenbahn Bad Bederkesa im Fischereihafen, den einige Bremerhavener nicht kannten. Dann ging es durch die kleine Siedlung zwischen Hoheweg (benannt nach einem Leuchtturm in der Außenweser) und Sagittastraße (Namensgeber: der erste Fischdampfer, der vor 130 Jahren von hier aus in den Nordatlantik auslief). Auch hier hatten viele die kleinen schmucken Häuschen noch nie gesehen. Unter der stark befahrenen Weserstraße (alte B 6) hindurch ging der Weg durch die heutigen Grünanlagen des früheren vielgleisigen Bundesbahngeländes. Lang, lang ist's her, als der Ablaufberg für die Waggons der Fischzüge ins Binnenland noch in Betrieb war. Zwischendurch wurden mehrere Haltestellen eingelegt, um Wärmendes gegen die Kälte einzunehmen. Nachdem der westliche Teil der Siedlung Geestemünde-Süd durchschritten war, besuchten die Marschierer Verwandte der Familie Jachens-Paul in der Doggerbankstraße (nach einem östlichen Teil der Nordsee benannt) und bekamen prompt eine Flasche Hochpro-zentigen geschenkt. Dann erreichte die Gruppe mit kalten Füßen und klammen Fingern mühsam das Vereinsheim der Kleingartenanlage Geestemünde-Süd an der Helgoländer Straße. Dort warteten bereits 16 hungrige Ostpreußen, die endlich mit dem Kohl-und-Pinkel-Essen beginnen wollten. Nach der offiziellen Begrüßung durch die Vorsitzende Marita Jachens-Paul und der Bekanntgabe der nächsten Termine (28. Februar, 28. März, 25. April, 30. Mai und 27. Juni.) wurde aufgetragen: Grünkohl, Kassler, fettes Fleisch, Pinkel- und Kochwurst nebst Salzkartoffeln, alles wohlschmeckend, herrlich duftend. Ein Körnchen vom Wirt rundete das vorzügliche Mahl ab. Dann gab es noch einen, diesmal von Ursula Tieste, der bisherigen Kohlkönigin, der für ihre einjährige umsichtige Regentschaft mit einem Blumenstrauß gedankt wurde. Ihre Nachfolgerin Liselotte Müller darf nun für ein Jahr die Ostpreußen in Bremerhaven regieren. Dazu wurden ihr die Insignien ihrer Regentschaft – Holzschwein, Urkunde und Blumenstrauß (statt eines Grünkohlstrunkes) – überreicht. Auch die 2. Vorsitzende Barbara Sandmann erhielt für ihre Mithilfe bei Planung und Durchführung dieser winterlichen Traditionsveranstaltung einen Blumenstrauß. Nach der Nennung der letztmonatigen Geburtstagskinder, dem Vortragen von Wintergedichten, teils in ostpreußischem Dialekt, dem Singen einiger Lieder und dem Hinweis auf das Deutschlandtreffen der Ostpreußen vom 17. bis 19. Mai (zu dem zehn Teilnehmer aus Bremerhaven fahren) klang das Kohlessen mit einer Tasse Kaffee, die spontan von Alice Schwidop spendiert wurde, langsam aus. Diese Tradition, die vor vielen Jahren mit der legendären Kohlwanderung durch die Ulmenstraße zur Kantine „Smiet Anker" der damaligen Seebeck-Werft begann, sollte unbedingt beibehalten werden.



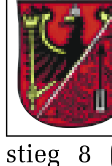
## HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

### KREISGRUPPE



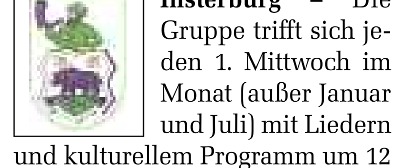
**Elchniederung** – Mittwoch, 26. Februar, 14 Uhr, Haus Lakkemann, Hamburg-Wandsbek: Treffen der Gruppe. Zu Beginn wird satzungsgemäß die Jahreshauptversammlung durchgeführt, wie den Mitgliedern mit Tagesordnung bekannt gegeben. Für den anschließenden Teil ist es gelungen, Professor Günter Hertel, einen besonderen Ostpreußenfreund, für einen Vortrag zum Thema „Elchniederung heute" zu gewinnen. Gäste sind herzlich willkommen.



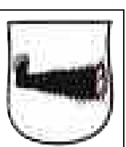
**Gumbinnen** – Sonnabend, 29, März, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8 (Nähe Einkaufs-Center Quarree, PKW-Parkhochhaus vorhanden, U-Bahn 1 bis Wandsbek-Markt, dann 5 Minuten Fußweg durch Hausdurchgang): Treffen der Gruppe. Anmeldung bis spätestens Montag, 22. März bei Schriftführerin Hilde Janssen-Kaydan, Rathenaustraße 53, 22297 Hamburg, Telefon (040) 517931. „Winter ade, Scheiden tut weh" wird der Titel der kulturellen Veranstaltung sein, bei der Humor nicht fehlen darf. Der Vorstand freut sich auf ein Wiedersehen. Gäste sind herzlich willkommen.



**Heiligenbeil** – Sonnabend, 22. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Die Heimatgruppe feiert ihr Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein, um gemeinsam bei Kaffee und Kuchen einige fröhliche Stunden in geselliger Runde zu verbringen. Gleichzeitig ist Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. Der Seniorentreff kann mit der Bus-Linie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek-Markt oder Billstedt erreicht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis zum 21. März erbeten.



**Insterburg** – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

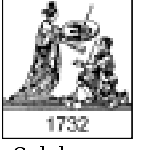


**Sensburg** – Sonnabend, 15. Februar, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Gemütliches Beisammensein der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen.

### BEZIRKSGRUPPE

**Hamburg-Wilhelmsburg** – Montag, 24. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Die Gruppe feiert Fasching.

### SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 1. März, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41: Treffen der Gruppe. Vortrag: „Salzburger Emigration nach Georgia 1734".

### WESTPREUSSEN

Mittwoch, 26. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Hans-Jürgen Kämpfert aus Lübeck hält einen Vortrag zum Thema „Das ereignisreiche Leben der Johanna Schopenhauer". Die Schriftstellerin war die Mutter des bekannten Philosophen Arthur Schopenhauer aus Danzig.



## HESSEN

Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

**Darmstadt** – Sonnabend, 15. Februar, 15 Uhr, Bürgerhaus am See, Kranichstein, Grundstraße 10: Preußischer Fasteloawend". Beginn wie üblich mit der Kaffeetafel. Mit humoristischen Beiträgen. Die Gruppe freut sich über jeden, der etwas hierzu beträgt. Mit Musik und Gesang wird das weitere Programm gestaltet. – **Fahrt zum Deutschlandtreffen** – Die angekündigte Busfahrt vom 16. bis 18. Mai zum Deutschlandtreffen nach Kassel wird durchgeführt, da die Mindestteilnehmerzahl erreicht ist. Es sind noch Plätze frei. Weitere Anmeldungen nehmen Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788, oder Gisela und Christian Keller, Telefon (06074) 98327, entgegen.

**Wiesbaden** – Sonnabend, 15. Februar, 15.11 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. Närrischer Nachmittag mit Kreppelkaffee. Unter dem Motto „Spaß an der Freud" möchte die Gruppe eine fröhliche Zeit verbringen mit lustigen Beiträgen und viel Gesang. Mit von der Partie ist das Stimmungs-Duo Mathias Budau und Dr. Markus Hübenthal und einige mehr. Wer zu dem Programm beitragen möchte, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. – Donnerstag, 20. Februar, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering". Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 14. Februar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

## Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16



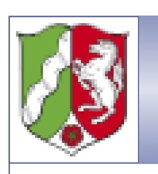
### NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

**Holzminden** – Sonntag, 16. Februar, 12 Uhr, Felsenkeller: Die Gruppe trifft sich zum Königsberger-Klops-Essen. – Die Gruppe fährt am 17. und 18. Mai zum Deutschlandtreffen nach Kassel. Interessierte Mitglieder und Gäste werden um Voranmeldung gebeten.

**Osnabrück** – Freitag, 21. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 27. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Die Kreisgruppe plant eine **Fahrt zum Deutschlandtreffen** nach Kassel. Um die nähere Umgebung der Stadt kennenzulernen, bietet die Firma HB-Reisen, Bad Essen, diese Fahrt von Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai, an. Geboten werden eine Stadtführung in Kassel und ein Ausflug in das Waldecker Land. „Unterwegs mit Dr. Eisenbart" – ein Rundgang mit dem berühmten Medicus in Hannoversch Münden sowie eine Schifffahrt auf Fulda und Weser. Anmeldungen nimmt die Firma Bonkowski bis zum 30. März entgegen.

**Rinteln – Ostpreußenreise „Königsberger Provinz"** – Unter dem Motto „Entdeckungen und Begegnungen abseits der Hauptrouten" leiten Joachim Rebuschat, der Vorsitzende der landsmannschaftlichen Gruppe in Rinteln, und Prof. Dr. Heinz Schürmann, Bielefeld, diese außergewöhnliche zehntägige Busreise vom 8. bis 17. Mai. Kleine Städte, vergessene Dörfer, alte Gutshöfe, verfallende und erneuerte Kirchen, lauschige Alleen und Spurensuche in der historischen Landschaft der „dunklen Wälder" sind Ziele dieser Studienreise. Sie führt vor allem zu wenig bekannten Orten und Gebieten in Nord-Ostpreußen abseits der gängigen touristischen Hauptrouten in eine Welt, die vielfach anders ist als unser gewohntes Europa. Das Königsberger Gebiet scheint weithin von der Natur „zurückerobert". Es besticht durch eindrucksvolle Landschaften, darunter die Rominter Heide, Teil der Großen Wildnis, das Frische und das Kurische Haff, die Kurische Nehrung und die Memelniederung. Das storchenreiche Land mit seinen immer noch imposanten, oft schon verfallenen gotischen Ordensbauten und seiner unverwechselbaren, glazial geprägten Natur zählt zu den interessantesten und spannendsten Regionen Europas. Ausgewählte literarische Texte zur Region werden die Teilnehmer unterwegs begleiten. Die Leitung der Reise liegt in den Händen von Prof. Dr. Heinz Schürmann (Geograf und Germanist) und Joachim Rebuschat (sämtliche Vorfahren aus Ostpreußen), die beide mit dem Raum durch viele gemeinsame Studienreisen und eigene Forschungen seit Langem bestens vertraut sind, und durch deutschsprachige russische Begleitung vor Ort. Es sind noch einige Plätze frei. Weitere Informationen sind von Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 53 86 oder rebuschat@web.de zu erhalten.



### NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Landesgruppe** – Für die Fahrt zum Ostpreußentreffen am 17./18. Mai in Kassel sind noch einige wenige Plätze frei, ebenso Zimmer im gebuchten Hotel. Bei Interesse bitte melden bei Manfred Ruhnau, Kreisgruppe Bonn, Telefon (02241) 311395.

**Bielefeld** – Donnerstag, 20. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis. – Montag, 3. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Donnerstag, 6. März, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

**Bonn** – Jeden 1. Mittwoch, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe. – Jeden 3. Mittwoch, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Stammtisch. – Sonnabend, 15. Februar, 19.30 Uhr, Stadthalle Bonn-Bad Godesberg, kleiner Saal: Traditioneller Winterball der Landsmannschaft Ostpreußen, Schlesien und der Sudeten. Buntes kulturelles Programm: Zirkusschule Don Meloni, Volkstänze, Gesangverein „Frisch Auf" Meindorf und andere. Große Tombola. Eintritt: 15 Euro im Vorverkauf und an der Abendkasse, Schüler, Studenten und BJO 10 Euro. Alle Landsleute und Ostpreußen-Gruppen sind herzlich dazu eingeladen. Weitere Auskünfte bei Manfred Ruhnau Telefon (02241) 311395.

**Dortmund** – Montag, 17. Februar: Mitgliederversammlung und Kassenprüfung. Die langjährige Kassiererin Frau Schulz gibt aus Krankheitsgründen das Amt auf. Neubesetzung dieses Amtes. – Jeden 3. Montag, 14 bis 17 Uhr, Heimatstube, Märkische Straße: Treffen der Gruppe. Auskünfte erteilt Marlies Hein, Telefon (0209) 98894112. – Neue Leitung – Die bisherige Gruppenleiterin Christa Wank wurde mit Dank für die jahrzehntelange Tätigkeit von den Mitgliedern würdig verabschiedet. Zur neuen Vorsitzenden wurde Marlies Hein gewählt.

**Düsseldorf** – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, I. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland. Sonnabend, 15. Februar, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), GHH/Eichendorffsaal: Karnevalistischer Nachmittag „Lustige Ostseewellen" für alle Landsmannschaften. Eintritt 7 Euro. – Mittwoch, 5. März, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

**Ennepetal** – Donnerstag, 20. Februar, 18 Uhr, Heimatstube, Kirchstraße 52: Turnusmäßige Monatsversammlung und Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen. Für das leibliche Wohl sorgt die 2. Vorsitzende Monika Gräf. Es gibt gebratene Grützwurst mit Kartoffeln und Sauerkraut.

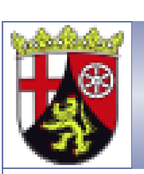
**Gütersloh** – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – **Busfahrt zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai** – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres bezüglich Ablauf, Programm und Preis wird in einem Faltblatt nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt.

**Köln** – Dienstag, 18. Februar, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Die Gruppe trifft sich zur monatlichen Versammlung. Im Schnitt kommen zu den Versammlungen nur etwa 20 Mitglieder und ganz wenige Tagesgäste. Die Organisatoren sind überzeugt, dass in der Kölner Region noch viel mehr ostpreußische, westpreußische, pommersche und andere Landsleute wohnen. Es wäre doch schön, wenn diese jetzt Angesprochenen wenigstens versuchshalber bei der Gruppe hereinschauen würden. Es gibt Autorenlesungen, Lesungen aus ernster, aber auch lustiger Literatur, Rezitationen von Gedichten, und es werden alte Volkslieder aufgefrischt. Wer Mitglied werden möchte: Der Jahresbeitrag beträgt 22 Euro. Im Moment plant die Gruppe eine Busfahrt zum Ostpreußentreffen 2014 in Kassel. Man erreicht das Lokal mit den Linien 1 und 7 der KVB, Haltestelle Deutzer Freiheit, sowie mit den Linien 3 und 4, Haltestelle Suevenstraße.

**Neuss** – Sonntag, 16. Februar, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Ergänzungswahl. Mit Grützwurstessen.

**Wesel** – Sonntag, 16. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: **Jahreshauptversammlung**. Der 1. Vorsitzende Paul Sobotta bittet um rege Teilnahme der Landsleute und Heimatfreund an einer schön eingedeckten Kaffeetafel mit anschließendem gemütlichem Beisammensein. Auf dem Tagesprogramm stehen die Vorbereitungen auf die 60-Jahrfeier der Gruppe am 8. März, die mit einem Festakt begangen wird. Auskunft erteilt Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

**Witten** – Montag, 17. Februar, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: „Weltreise", 2. Teil, von Norbert Buchmann.



### RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

**Mainz** – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 8. März, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Heimatnachmittag. Es wird der Film „Sommer in Ostpreußen 1942" gezeigt.



### SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

**Limbach-Oberfrohna** – Die Landsleute sind voller Vorfreude auf das bevorstehende Deutschlandtreffen der Ostpreußen. Am 17. und 18. Mai 2014 gibt es ein frohes Wiedersehen in den Messehallen der Stadt Kassel. Auf die Teilnehmer warten viele interessante Erlebnisse, und sie sind alle sehr gespannt, was sie erwartet. Ihre verlorene Heimat verbindet sie, und sie wollen alles tun, zu ihrer Heimat zu stehen und sich zu ihr zu bekennen. Kurt Weihe arbeitet schon seit längerer Zeit an der Vorbereitung zu diesem lange ersehnten Treffen der Ostpreußen. Ein großer, vollbesetzter Bus ist längst bestellt sowie ein gutes Hotel gebucht. Die Fahrt beginnt am Freitag, 16. Mai. Ein erster gemeinsamer Abend erwartet die Gruppe. Am Sonnabend gibt es sicher viel zu plachandern. Am Sonntag freuen sich die Teilnehmer auf die Großkundgebung. Den Montag verbringen die Teilnehmer noch gemeinsam in Kassel und werden die Sehenswürdigkeiten der Stadt gemeinsam erleben. Dann beginnt die Rückreise mit vielen guten Gedanken und Erinnerungen an die Heimat. Die besten Eindrücke werden die Teilnehmer lange im Gedächtnis behalten. Die Gruppe bedankt sich im Voraus beim Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, der mit viel Liebe und Mühe dieses Treffen für die Landsleute vorbereitet.



### SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

**Gardelegen** – Freitag, 21. Februar, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität Gardelegen: Faschingsveranstaltung mit Programm.

**Magdeburg** – Dienstag, 18. Februar, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 21. Februar, 15 Uhr, TUS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



### SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

**Flensburg** – Mittwoch, 19. Februar, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik, Kielseng: Jahreshauptversammlung. 15.30 Uhr: Kafeerunde und Filmvortrag „Der Idstedt Löwe". Referent Herr Nickel, Harrislee. Alle Anmeldungen an H. und W. Brandes, Telefon (0461) 74816.

**Pinneberg** – Sonntag, 16. Februar, 15 Uhr, Fröhlicher Nachmittag. Auskunft unter Telefon (04101) 62667 oder (04101) 73473.

**Schönwalde am Bungsberg** – Donnerstag, 6. März, 14 Uhr, Jugendherberge: Senioren-Begegnung.



### THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

**Jena** – Freitag, 28. Februar, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit Vortrag von Frau Böttcher über „Walter Scheffler". Alle Landsleute sind herzlich willkommen

### Vorstellung der Heimatstuben

Auf Wunsch vieler Leser möchte die *PAZ* den Betreibern der ostpreußischen Heimatstuben die Möglichkeit geben, sich vorzustellen und bittet um Zusendung entsprechender Beiträge (etwa eine DIN-A4-Seite). Sie sollten neben Adresse, Kontaktdaten und Öffnungszeiten auch Informationen über Art und Anzahl der Exponate enthalten sowie über aktuelle und zukünftige Pläne, gerne mit Fotos.

*Zuschriften erbeten an rosenthal@preussische-allgemeine.de*

# Abschied von Terpitz

## Meteorologe war Millionen bekannt

Leider erfuhren wir erst jetzt, dass Dr. Wolfgang Terpitz nach langer schwerer Krankheit im vergangenen Jahr starb. Bekannt war der Diplom-Meteorologe des Deutschen Wetterdienstes Millionen von Zuschauern durch seine Vorhersagen im ZDF. Den Leserinnen und Lesern des *Ostpreußenblatts* aber war er vertraut durch seine monatlichen Wetterberichte aus der Heimat „in ihrer Zeitung".

Vor ihm versorgte mich in Hamburg als verantwortlichen Redakteur seinerzeit regelmäßig Diplom-Meteorologe Dr. Wolfgang Thüne mit den erforderlichen Informationen. Als er die Wetterredaktion des ZDF wegen Differenzen mit der Senderleitung verließ (weil er in seinen Vorhersagen Ostpreußen, Westpreußen und Pommern nicht mehr erwähnen durfte), stellte er die Verbindung zu seinem aktiven Kollegen her. So wurde Terpitz sein Nachfolger bei uns und berichtete viele Jahre über das Wetter in seiner/unserer Heimat.

Wolfgang Terpitz wurde am 14. Mai 1932 in Nordenburg, Kreis Gerdauen, als drittes von vier Kindern einer Pfarrersfamilie geboren. Nach Mohrungen wurde die Stadt Nordenburg ihr Lebensmittelpunkt. 1943 zog Wolfgang nach Königsberg, wo er mit seinem älteren Bruder Werner ein gemeinsames Zimmer bewohnte, und besuchte dort die Hindenburg-Oberschule. Doch leider nur für kurze Zeit, denn im Winter 1945 begann gemeinsam mit den Großeltern die Flucht vor der Roten Armee über Pillau nach Westen. Ein Schiff brachte sie über Neufahrwasser bei Danzig zunächst nach Swinemünde in Pommern bis sie schließlich im mecklenburgischen Kühlungsborn eine vorläufige Bleibe fanden.

### Als Ostpreuße in Hessen zu Hause

In der Bundesrepublik konnte Wolfgang Terpitz seinen Schulbesuch in Bethel fortsetzen, um später in Bonn und Köln zu studieren. Dort promovierte er auch. In Hessen schuf der beliebte Meteorologe letztendlich ein Zuhause mit seiner Frau Vera und den zwei Kindern. In Heusenstamm fand er nun seine letzte Ruhe.

Obwohl wir uns nicht kennenlernten war der telefonische und briefliche Kontakt zwischen ihm und mir immer sehr persönlich. Wir führten sehr lebhafte Gespräche miteinander. Es ist Tatsache: Ich denke noch oft an ihn.

*Horst Zander*

### Ostpreußen lebt!

Ach nei, ach nei, was für eine Freud! **Ruthchen Geede** feiert ihren Geburtstag heut. Daran will auch der Parchimer Plachandertreff denken und der Jubilarin einen bunten Strauß voller guten Wünsche schenken: Zufriedenstellende Gesundheit, Wohlergehen und Sonnenschein! Mögest du noch recht lange die liebe Mutter der ostpreußischen Familie sein! Es grüßen herzlich: Werner Preß, Lötzen; Edith Preß, Neidenburg; Erika Gode, Insterburg; Gerda Negraßus, Gumbinnen; Ursula Stöck, Insterburg; Hildegard Jonuscheit, Pillkallen; Erika Schwoch, Pillkallen; Erika Rathke, Bromberg; Anneliese Neick, Bartenstein; Ruth Helmke, Osterode; Christel Senkull, Arys; Irmgard Grandt, Ragnit; Friedel Haase, Angerburg; Hildegard Freiheit, Wehlau; Marianne Kissmann, Neidenburg; Dieter Olinski, Neidenburg; Siegfried Heumann, Meyenburg; Gerda. Meyrowski, Neidenburg; Gisela Rieck, Labiau; Charlotte Meyer, Gumbinnen.

### Ostpreußisches Landesmuseum

Sonntag, 2. März, 11 Uhr: **„Alles brannte!"** Jüdisches Leben und seine Zerstörung in den preußischen Provinzen Hannover und Ostpreußen. Führung durch die Sonderausstellung mit Petra Vollmer. Kosten 2 Euro zuzüglich Eintritt.

Dienstag, 4. März, 14.30 Uhr: **Jüdisches Leben in Ostpreußen.** Miteinander und Verfolgung. Vortrag von Dr. Joachim Mähnert. Während auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik jüdisches Leben und antisemitische Verfolgung als ausgezeichnet erforscht gelten kann, gilt dies für die ehemals deutschen Gebiete wie Ostpreußen sehr viel weniger. Gerade Königsberg galt lange als eine Stadt des gelungenen Miteinanders von christlichen und jüdischen Bewohnern. Kosten 5 Euro (inklusive Kaffee und Gebäck)

Donnerstag, 6. März, 19 Uhr: **Das Ostpreußische Landesmuseum auf Neuen Wegen.** Dr. Joachim Mähnert stellt die Umbau-, Erweiterungs- und Modernisierungspläne des Museums vor. Eintritt frei!

*Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0. Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de.*

# AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



## ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

### Heimathaus: 56. heimatpolitische Tagung

Aus terminlichen Gründen findet die 56. heimatpolitische Tagung am 22./23. Februar im Rotenburger Heimathaus (früher Heimatmuseum) in der Burgstraße 2, 27556 Rotenburg (Wümme) statt. Das Heimathaus ist am 22. Februar ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr beginnen die Vorträge. Zu dieser ersten Veranstaltung im Jahr 2014 in Rotenburg (Wümme) laden wie immer der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger der Angerburger und die Kreisgemeinschaft Angerburg an unserer Geschichte Interessierte aus nah und fern sehr herzlich ein. Es ist eine Tagung mit kompetenten Referenten, die Sie nicht versäumen sollten. Der Erste Weltkrieg gilt als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Aus dieser Urkatastrophe gingen alle weiteren Tragödien hervor. Über die Auswirkungen für die Menschen in Ostpreußen (Memelgebiet) und die Wolgadeutschen werden Professor Helmut Jenkis und Pfarrer i.R. Axel Simanowski am Sonnabend, 22. Februar, ab 15 Uhr referieren. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und guten Gesprächen in angenehmer Atmosphäre mit interessanten Gesprächspartnern lassen wir den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag 23. Februar, wird um 9.50 Uhr die Tagung mit einem Vortrag von Ansgar Röpling „Polen im Zweiten Weltkrieg" fortgesetzt. Mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder" wird die Tagung gegen 12 Uhr beendet sein. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preise von 25 Euro pro Person einschließlich Dessert und eventuellen Übernachtungswünschen bis zum 15. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.



## ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

### Juni-Reise

Vom 1. bis 10. Juni wird eine Reise in die Elchniederung, das Memelland und weiter bis nach Riga stattfinden. Folgender Reiseverlauf ist geplant: **1. Juni:** Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute. Am Abend erreichen Sie Marienburg zur Zwischenübernachtung. **2. Juni:** Führung durch die Marienburg und Weiterreise über den polnisch-russischen Grenzübergang bis nach Tilsit, Unterkunft im Hotel „Rossija". **3. Juni:** Ausflug über Neukirch und Seckenburg nach Rauterskirch und dort Empfang durch die örtliche Bevölkerung und Besichtigung der historischen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Anschließend Fahrt nach Heinrichswalde mit Folklorekonzert in der renovierten Kirche sowie Besuch des neuen deutsch-russischen Heimatmuseums. Am Nachmittag Rückfahrt über Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen nach Tilsit. In Tilsit geführter Stadtrundgang. Für alle, die nicht am organisierten Programm teilnehmen möchten, besteht die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen mit dem bewährten Taxiservice vor Ort. **4. Juni:** Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Natürlich besteht auch an diesem Reisetag die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen für die, die nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. **5. Juni:** Weiterreise über die Luisenbrücke nach Litauen. Besichtigung der Kirche in Heydekrug, Picknick in Kinten und Schiffsfahrt über die Minge und durch das Naturparadies des Memeldeltas. Abendessen und Übernachtung in Heydekrug. **6. Juni:** Weiterreise durch Litauen nach Norden und Besuch des Berges der Kreuze sowie des Schlosses Rundale in Lettland. Gegen Abend erreichen Sie Riga. Abendessen und Übernachtung in Riga. **7. Juni:** Ausführliche Stadtführung durch die lettische Hauptstadt. Riga ist heute die größte Stadt des Baltikums mit einer beeindruckenden Altstadt sowie einem reichen Bestand an sehr schönen Jugendstilbauten. Am Abend Orgelkonzert im Rigaer Dom, dem größten Sakralbau des Baltikums. Übernachtung in Riga. **8. Juni:** Besuch von Jurmala, einem der bekanntesten Badeorte des Baltikums und Rückreise nach Litauen. Besuch von Palanga mit dem berühmten Bernsteinmuseum. Abendessen und Übernachtung in Memel (Klaipeda). **9. Juni:** Geführter Rundgang durch die Altstadt von Memel und Einschiffung auf das Fährschiff der Reederei DFDS von Memel nach Kiel. Abendessen und Übernachtung an Bord. **10. Tag:** Am Vormittag genießen Sie die Zeit auf See, bevor Ihr Schiff gegen Mittag Kiel erreicht. Anschließend Rückreise mit dem Bus nach Hannover.

*Weitere Informationen zur Reise und Anmeldung bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Vienenburg, Telefon/Fax (05324) 798228 oder Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940.*

### Zehntägige Busreise im Sommer

Im kommenden Sommer ist eine zehntägige Busreise in die Elchniederung mit Besuch des Stadtfestes in Heinrichswalde sowie auf die Kurische Nehrung zum Termin 30. Juli bis 8. August unter Leitung von Peter Westphal geplant. Folgender Reiseverlauf ist vorgesehen:

**30. Juli:** Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Thorn. **31. Juli:** Führung durch die einzigartige Altstadt von Thorn und Weiterreise über den polnisch-russischen Grenzübergang bis nach Tilsit, Unterkunft im Hotel „Rossija". **1. August:** Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen mit dem örtlichen Taxiservice, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Am Abend wird das Heinrichswalder Stadtfest mit einem Konzert feierlich eröffnet. Übernachtung in Tilsit. **2. August:** Geführter Rundgang durch Tilsit und Fahrt nach Heinrichswalde zur Teilnahme am Stadtfest mit allerlei Darbietungen und Sehenswürdigkeiten. Besonders zu empfehlen ist dabei ein Besuch des neuen deutsch-russischen Heimatmuseums zur Heimatgeschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung. Während des Heinrichswalder Stadtfestes ist auch die feierliche Einweihung eines Gedenksteines für die ehemaligen Bewohner des Kreises Elchniederung vorgesehen. Natürlich besteht auch an diesem Reisetag die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Übernachtung in Tilsit. **3. August:** Am Vormittag Möglichkeit zur Teilnahme am Gottesdienst gemeinsam mit der evangelischen Kirchengemeinde in Heinrichswalde. Anschließend Weiterfahrt über Neukirch nach Rauterskirch. Dort Empfang durch die örtliche Bevölkerung und Besichtigung der historischen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Rückfahrt über Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen nach Tilsit. Abendessen und Übernachtung in Tilsit. **4. August:** Weiterreise über die Luisenbrücke nach Litauen. Besichtigung der Kirche in Heydekrug und Pick-nick in Kinten. Anschließend Schiffsfahrt über die Minge, durch das Memeldelta und weiter über das Kurische Haff. Am Nachmittag erreichen Sie Nidden von der Wasserseite aus und erleben das beeindruckende Panorama der Wanderdünen auf der Kurischen Nehrung. Danach kurze Busfahrt bis in das benachbarte Schwarzort, Abendessen und Übernachtung in Schwarzort (Juodkrante). **5. August:** Geführte Ortsbesichtigung in Nidden zu Fuß. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der wohl bekannteste Ferienort Litauens. Übernachtung in Schwarzort. **6. August:** Rückreise über die litauisch-russische Grenze auf der Kurischen Nehrung nach Königsberg. Bei einer Stadtführung sehen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Dom mit dem Kantgrab, das Königstor und andere. Gleichzeitig erleben Sie eine Stadt, die in einem rasanten Wandel steht. Der Bauboom der letzten Jahre hat das Gesicht der Stadt in kurzer Zeit nachhaltig verändert. Am neuen Fischdorf unternehmen Sie eine kleine Bootsfahrt auf dem Pregel, Sie erleben den Dom und die Kneiphofinsel aus der Perspektive vom Wasser aus. Am Nachmittag Weiterreise nach Polen bis nach Danzig. Abendessen und Übernachtung in Danzig. **7. August:** Geführter Rundgang durch die sehr schön restaurierte Danziger Altstadt und Freizeit in Danzig. Am Nachmittag Weiterreise durch Kaschubien und entlang der pommerschen Ostseeküste zu Ihrer letzten Zwischenübernachtung in Kolberg antreten. **8. August:** Rückreise nach Deutschland.

*Weitere Informationen zur Reise und Anmeldung bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstr. 26, 38690 Vienenburg, Telefon/Fax (05324) 798228 oder Partner-Reisen in Lehrte, Telefon (05132) 588940*



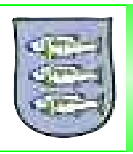
## KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18–20 Uhr.

### Vorstand im Amt bestätigt

Am 22. Januar 2014 endete die Wahlperiode des im September 2010 gewählten Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft Landkreis Königsberg e.V. (vgl. UsS. Winter 2013, Seite 6). An diesem Tage fand die konstituierende Sitzung des am 19. Oktober 2013 neu gewählten Kreisausschusses im Museum der Stadt Königsberg statt. Für die neue Wahlperiode wurden gewählt: Gisela Broschei zur Kreisvertreterin, Carl Mückenberger zum stellvertretenden Kreisvertreter, Alex Doepner zum Schatzmeister, Carl Mückenberger zum Geschäftsführer. Beisitzer sind, wie bereits bekannt gegeben: Barbara Bressem-Dörr, Dorothea Blankenagel, Alex Doepner, Wolfgang Knitter. Peter Laux, Willi Minuth, Herbert Paulusch, Manfred Schirmacher, Willi Skulimma. Das heißt, die Heimatkreisgemeinschaft wird fast von demselben Personenkreis wie in der abgelaufenen Wahlperiode vertreten. Dies geschieht nicht zuletzt wegen fehlender Kandidaten für die zu besetzenden Ämter. Trotz wiederholter Aufrufe fanden sich keine Kandidaten.

Der Kreisausschuss befasste sich dann mit aktuellen Themen. Zunächst geht der Dank an alle Heimatfreunde, die die Arbeit der Kreisgemeinschaft mit ihrer Spende beim Erwerb des Ostpreußenkalenders 2014 unterstützen. Wir haben viele freundliche Reaktionen erfahren und freuen uns natürlich sehr darüber. Wir sehen darin auch eine Anerkennung unserer geleisteten ehrenamtlichen Arbeit und eine Ermutigung für weiteres Tun. Dem Preußen-Museum in Minden, das auch unser Samland-Museum und die Geschäftsstelle beherbergt, stehen Änderungen in seinem Konzept bevor. Wir haben aber bisher das Glück, unsere Arbeit wie bisher in unseren Räumen weiter verrichten zu können, und auch Herr Woitschewitzki wird uns noch ein weiteres halbes Jahr bei unserer Arbeit unterstützen.



## LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

### Masuren in Neumünster 2014

Das Heimathaus der Kreisgemeinschaft Lötzen/Ostpreußen in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18 h (Böcklersied-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

## Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

lung), lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und Veranstaltungen. Von März bis November findet stets an einem Sonnabend des Monats „Der besondere Tag“ statt, mit der Öffnungszeit von 10 bis 16 Uhr. Veranstaltungen beginnen – wenn nicht anders angegeben – um 16.15 Uhr. Der Eintritt ist frei. Der Besuch von Heimatmuseum und Archiv ist zu fast jeder Zeit nach Vorabsprache mit Ute oder Dieter Eichler (040) 6083003 möglich.

**März:** „Ostpreußen fasziniert“ – eine vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern erarbeitete Tafelausstellung. Zu sehen im Foyer des Neuen Rathauses Neumünster, Großflecken 59, von Dienstag, 11. März (Ausstellungseröffnung um 14 Uhr) bis Freitag, 11. April. – Sonnabend, 15. März: „Ostpreußen, wie es war – Kindheitserinnerungen in der Malerei von Helene Dauter“. Ausstellungseröffnung um 14 Uhr. Die Gemälde sind eine Leihgabe des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern. Ein schönes Begleitheft zur Ausstellung ist kostengünstig erhältlich. (Sonnabend, 22. März: Geschlossener Teilnehmerkreis.)

**April:** Freitag, 11. April: Ende der Ausstellung „Ostpreußen fasziniert“ im Rathausfoyer. – Sonnabend, 26. April: Von 10 bis 16 Uhr reguläre Öffnungszeit. Um 16.15 Uhr: „... und plötzlich war alles anders“. Drei Schülerinnen der Klaus-Groth-Schule stellen ihren beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten prämierten Film vor. (Ersatzweise: „Geschichten aus der Geschichte“, die 2. Folge, Dieter und Ute Eichler).

**Mai:** Mittwoch, 14. Mai: Die von Brigitte Profé geleitete Gruppe der Ost- und Westpreußen in Neumünster kommt zu Besuch. Gäste sind willkommen. Beginn: 16.15 Uhr. (Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel am 17./18. Mai, Heimattreffen der Lötzener Kreisgemeinschaft.) – Sonnabend, 24. Mai: Von 10 bis 16 Uhr reguläre Öffnungszeit. Um 16.15 Uhr: „Von Neumünster über Breslau [Wroclaw] nach Brüssel“ Kerstin August, eine junge Neumünsteranerin, die am Verwaltungssitz der EU in Brüssel arbeitet, stellt – mit Bildern – ihren interessanten beruflichen Werdegang vor. – Montag, 26. Mai: Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund, Ortsverein Neumünster, ist zu Gast in der Heimatsammlung Lötzen, dem Patenschaftsmuseum der Stadt Neumünster. Eine über Jahrzehnte gewachsene Sammlung wird vorgestellt. Gäste sind willkommen. Beginn: 19.30 Uhr.

**Juni:** (Sonnabend, 14. Juni: Geschlossener Teilnehmerkreis.), (Dienstag, 17. Juni: Reserviert für BdV.) – Sonnabend, 21. Juni: Reguläre Öffnungszeit 10 bis 16 Uhr. Finissage Helene Dauter. – Sonnabend, 28. Juni: Eröffnung der „Retrospektive Elena Steinke“. Die aus Kaliningrad stammende Künstlerin, die seit 13 Jahren in Nordfriesland lebt und arbeitet, zeigt einen Querschnitt aus drei Jahrzehnten ihres künstlerischen Schaffens. Vernissage um 14 Uhr. Laudatio: Ute Eichler.

**Juli:** Sonnabend, 19. Juli: Buchmarkt „Bücher aus 100 Jahren“ – Ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik (10 bis 16 Uhr). Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute.

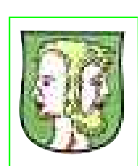
**August:** Sonnabend, 16. August: Von 10 bis 16 Uhr reguläre Öffnungszeit. Um 16.15 Uhr: „Vor 40 Jahren erschien der Roman „Jokehnen oder wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?“ – eine Veranstaltung zum 80. Geburtstag von Arno Surminski. Einen Streifzug durch Leben und Werk des Schriftstellers unternehmen Dieter und Ute Eichler. Noch nicht terminiert: 60 Jahre Patenschaft der Stadt Neumünster für die Kreisgemeinschaft Lötzen.

**September:** Sonnabend, 20. September: Von 10 bis 16 Uhr reguläre Öffnungszeit. Um 16.15 Uhr: „Vor 100 Jahren der Beginn des Ersten Weltkrieges – was war da los in Ostpreußen?“ Vortrag von Dr. Manuel Ruoff, Historiker, Hamburg.

**Oktober:** Sonnabend, 18. Oktober: Von 10 bis 16 Uhr reguläre Öffnungszeit. Um 16.15 Uhr: „Na, man ist nicht ungestraft Deutsche.“ Anlässlich des 50. Todestages von Agnes Miegel eine Annäherung an Leben und Werk (von Ute Eichler) und die Darstellung persönlicher Erinnerungen an die Dichterin (von Eberhard Steinke, Breklum).

**November:** Sonnabend, 15. November: Von 10 bis 16 Uhr reguläre Öffnungszeit. Ende der Ausstellung von Werken der Künstlerin Elena Steinke. Um 16.15 Uhr: Angelika Rischer, Märchenerzählerin aus Hamburg, erzählt Ostpreußische Märchen.

(Eventuell am 1. Mai Beteiligung am traditionellen Flohmarkt der Böcklersiedlung, organisiert vom „Stützpunkt“. Eventuell am 3. Mai Beteiligung am Stadtteilfest durch zusätzliche Öffnungszeit. Bereitschaft von Hildegund Hergenhan, „Bändergundel“ aus Kiel, auch in 2014 einen Unterrichtstag „Die Kunst des Bandwebens“ zu erteilen, liegt vor.) Programmentwurf, Stand 20. Januar 2014. Änderungen vorbehalten.



## LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

### Ehrenvorsitzender Gerd Bandilla

Während der Kreistags-Sitzung am 1./2. Februar in Hagen wurde Gerd Bandilla als Kreisältester (Ehrenvorsitzender) auf Lebenszeit gewählt und ernannt. Gerd Bandilla hat sich hohe Verdienste um die Kreisgemeinschaft Lyck erworben.





## NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

### Wahlaufruf

Gemäß Paragraf 9 Ziffer 15 unserer Satzung dauert die Amtszeit des Kreistages der Kreisgemeinschaft Neidenburg e. V. vier Jahre. Da die letzte Wahl 2010 stattfand, muss in diesem Jahr neu gewählt werden.

Der Wahlausschuss ruft daher alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Neidenburg auf, sich an der Wahl zu beteiligen. Aktiv und passiv wahlberechtigt ist jedes volljährige Mitglied. Nur wer in der Heimatkreiskartei eingetragen ist, ist Mitglied. Für die zu wählenden 15 Kreistagsmitglieder wird um die Benennung von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten gebeten. Wahlerklärungen mit der schriftlichen Zustimmung der vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten müssen bis zur Ausschlussfrist am 12. April 2014 an den Vorsitzenden des Wahlausschusses, Herrn Benno Kaden, Stollensfeld 14, 45479 Mülheim/Ruhr, erfolgt sein.

Die Wahlerklärungen müssen unter anderem Vorname, Namen (auch Geburtsname), Geburtsdatum, jetzige Anschrift und Telefonnummer, enthalten. Dem bisherigen Kreistag gehören an:

Ruth Bahr, Günther Ernst, Marion Haedge, Ulrich Hoffmann, Frank Jork, Reinhard Kayss, Lutz Knief, Jürgen Kowalek, Ingrid Laufer, Heinz Laurien, Dr. Uwe Laurien, Ulrich Lewandrowski, Dietrich Olinski, Hans-Ulrich Pokraka und Jürgen Szepanek. Der Wahlausschuss: Benno Kaden, Vorsitzender.



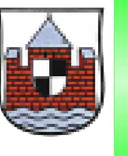
## PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@ t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@ malletech.de.

### Zehntägige Busreise

Landsmann Gerd Birth aus Canditten, Kreis Pr. Eylau, hat eine zehntägige Busreise nach Ostpreußen organisiert, die in den polnischen, russischen und litauischen Teil führen wird. Zeitpunkt der Reise: 25. Juni bis 4. Juli.

Die Fahrt beginnt in Bielefeld, geht dann weiter über die Zusteigepunkte entlang der A2, den ZOB Hannover und den Berliner Ring bis zur Zwischenübernachtung nach Wongrowitz, das am wunderschönen Durowskie-See im Warthegebiet liegt. Die Route führt dann über Heilsberg, Landsberg und Umgebung mit dortigem abwechslungsreichen Programm, danach in den russischen Teil über Pr. Eylau (Kurzbesuch) nach Königsberg zur Stadtbesichtigung und weiter zu den Seebädern Rauschen und Cranz an der schönen Ostseeküste. Die nächsten Ziele sind die Kurische Nehrung mit der Dünenlandschaft und der Vogelwarte auf der russischen Seite und dann im litauischen Teil der Besuch von Nidden mit Übernachtungen und tollen Ausflügen auf der Kurischen Nehrung. Abschließend Weiterreise nach Memel zur Stadtbesichtigung und zum Besuch des weltberühmten Ännchen-von-Tharau-Denkmals vor dem Nationaltheater. Und gegen Abend geht es in Memel an Bord der Fähre, die in Kiel endet. Von dort fährt der Bus zurück über Hamburg Hauptbahnhof und die jeweiligen Ausstiegspunkte. Der Reisepreis beträgt bei 45 Teilnehmern inklusive Nebenkosten 856 Euro plus 89 Euro Visagebühren für den russischen Teil. Gäste aus anderen Regionen und Interessierte sind herzlich willkommen! Nähere Auskünfte und Anmeldungen bei Gerd Birth Kantstraße 30, 41836 Hückelhoven-Baal, Telefon (02435) 616, Fax (02435) 920280 oder per E-Mail: g.birth@t-online.de



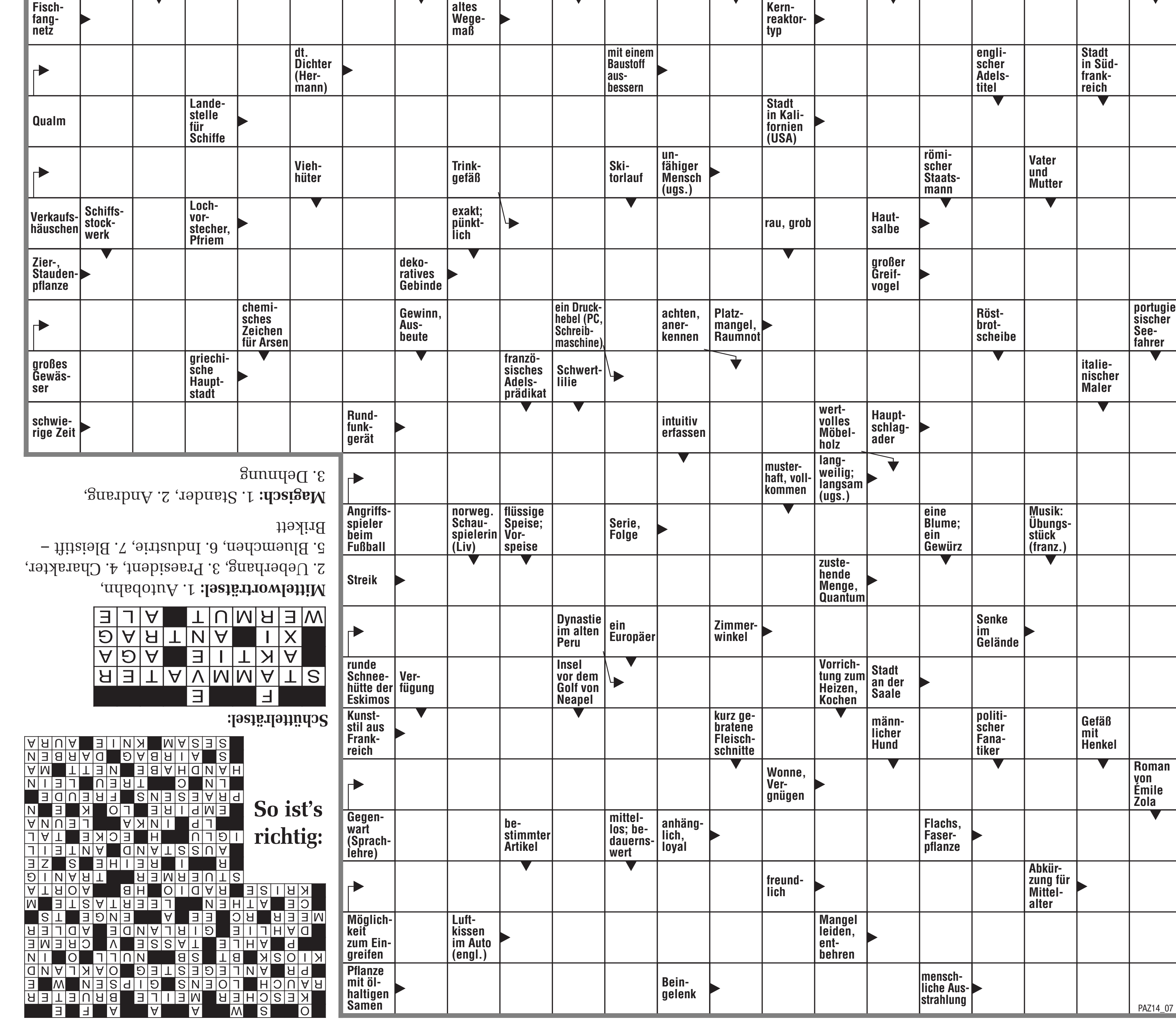
## TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

### Zwischen Lenin und Luise

Die Stadtgemeinschaft hat eine Broschüre mit dem Titel „Tilsit zwischen Lenin und Luise“ herausgegeben. Geschildert wird der Weg, den die heute Sowjetsk genannte Stadt am Memelstrom seit dem Ende der Sowjetmacht gegangen ist. In einer Rückschau auf die vergangenen 22 Jahre liest man von den Bemühungen, das preußische Erbe zu entdecken und sich gen Europa zu öffnen. Die Broschüre hat 74 Seiten und 31 Fotos. Sie ist gegen eine Spende erhältlich und kann bei der Stadtgemeinschaft Tilsit, PF 241, 09002 Chemnitz angefordert werden.





## Schüttelrätsel

**In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).**

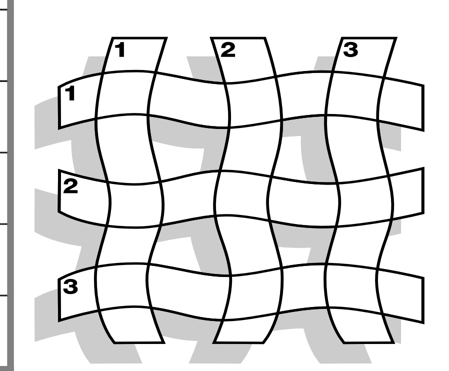
| AAEMM RSTTV | AETX | | AFIKR | AIMU | | EENTV | AART | AEGL | AEGR |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | | | |
| AEIKT | | | | | | AAG | | | |
| EMRT UW | | AAGN RT | | | | | | | |
| | | | | | | AEL | | | |

## Mittelworträtsel

**Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein gepresstes Kohlestück.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| 1 | STADT | | AUSFAHRT |
| 2 | FELS | | MANDAT |
| 3 | POLIZEI | | SCHAFT |
| 4 | MODELL | | FEHLER |
| 5 | GAENSE | | KAFFEE |
| 6 | FILM | | KAPITAEN |
| 7 | DREH | | MINE |

## Magisch



**Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.**

1 kurze, dreieckige Flagge
2 Massenzustrom
3 Streckung, Verlängerung

# Ostpreußen lieb gewonnen

## Berliner Städteplaner entwirft aktuelle und historische Pläne auf Bestellung – Sortiment wird ständig erweitert

**Dirk Bloch betreibt in Berlin ein Büro für Stadtplanerei. Vielen Lesern dürften bereits einige seiner Stadtpläne von ostpreußischen Städten bekannt sein, welche ein hilfreiches Werkzeug für alle Heimat-, Familien- und Ahnenforscher darstellen. Wegen der allgemein positiven Resonanz möchte die *PAZ* ihren Lesern Bloch im Interview vorstellen. Das Gespräch führte *PAZ*-Redakteurin Manuela Rosenthal-Kappi.**



Weitere Pläne ostpreußischer Städte in Arbeit: Dirk Bloch mit bereits erstellten Karten Bild: privat

**PAZ:** *Herr Bloch, seit 2003 firmieren Sie unter „Stadtplanerei Blochplan". Wie ist – in Stichpunkten – Ihr Werdegang? Was hat Sie dazu gebracht, sich auf die Erstellung von Stadtplänen zu spezialisieren?*

**Bloch:** Als Sohn eines Gothaer Kartografen wurde bei mir die Liebe zu Landkarten und Stadtplänen schon recht früh geweckt. Gleichzeitig hab ich auch vom Vater die Freude am Reisen und am Erkunden der Geschichte der bereisten Orte geerbt. Ich habe dann in Weimar Städtebau studiert und ab 1991 als Stadtplaner – überwiegend für Städte im Berliner Umland – gearbeitet. Parallel dazu entstand meine Sammlung von mittlerweile 6500 Stadtplänen aus aller Welt. Doch einfach nur sammeln genügte mir nicht, und ich begann, eigene Pläne zu erstellen. Mein Hauptinteresse liegt dabei darin, in den Plänen die Geschichte des jeweiligen Ortes lesbar zu machen. Ich habe zuerst Stadtplanmappen mit einer Abfolge von neu gezeichneten Plänen aus unterschiedlichen Jahren der Stadtgeschichte herausgegeben und später mein Prinzip entwickelt, in aktuellen Plänen mit einer anderen Farbe auch eine vergangene Zeitepoche darzustellen.

**PAZ:** *Neben der Dokumentation der baulichen Entwicklung einer Stadt in Plänen bieten Sie auch detailgetreue Stadtpläne auf Bestellung an. Welche Unterlagen benötigen Sie für die Erstellung solcher Pläne?*

**Bloch:** Dank des Internets ist heutzutage vieles frei und öffentlich zugänglich. Es gibt dort historische und aktuelle Karten, Luftbilder oder auch das sehr hilfreiche Programm „Streetview", mit dem man – auch bei schlechtem Wetter vom Schreibtisch aus – auf Straßen in weit entfernten Landstrichen „herumreisen" kann. Außerdem hilft mir meine umfangreiche Plansammlung, deren Schwerpunkt auf dem deutschen Osten liegt. All diese Quellen werte ich aus und entwerfe dann frei meine eigenen Karten, die natürlich nie „vermessungsgenau" sein können, für den Zweck der Orientierung und Informationsvermittlung aber ausreichend exakt sind. Ich lege vor allem immer Wert auf gute Lesbarkeit und ansprechende Farbigkeit. Bei direkten Aufträgen erhalte ich auch immer Material vom Auftraggeber, und ohne den kritischen Blick erfahrener Ortskundiger auf meine Entwürfe geht bei mir kein Plan in den Druck.

**PAZ:** *In Ihrem Sortiment gibt es außer Plänen von Städten der neuen Bundesländer auch Karten ostpreußischer Städte. Was hat Sie dazu bewegt, sich mit Ostpreußen zu beschäftigen?*

**Bloch:** Eine Bekannte, die als Litauenspezialistin einen besonderen Blick auf Königsberg als Herkunftsort vieler litauischer Druckerzeugnisse und auf die Geschichte des baltisch-preußischen Raumes hat, schrieb 2005 einen „literarischen Reiseführer" durch Königsberg, für den sie mich bat, die Karten zu zeichnen. Das Buch konnte bisher nicht erscheinen, aber meine Karten entstanden schon, und dabei wurde bei mir das stadtplanerische Interesse für diesen Ort geweckt, denn es gibt meines Erachtens nach in ganz Europa keine Stadt, die im 20. Jahrhundert so vollständig überformt wurde. Aus dem Stadtgrundriss des heutigen Kaliningrad die Überreste des früheren Königsberg herauszuholen und im Plan kenntlich zu machen, was früher an welcher heutigen Stelle stand und was überhaupt noch von der alten Stadt vorhanden ist, war eine spannende Aufgabe. Dann erweiterte ich meine Forschungen auf die anderen großen Städte im heute russischen Nord-Ostpreußen, und mit dem Schritt dahin, Landkarten mit allen verschwundenen Orten und deren historischen Namen zu erarbeiten, habe ich den ganzen Landstrich lieb gewonnen.

**PAZ:** *Auf Ihrer Internet-Seite bieten Sie unter anderem Stadtführungen und Reiseleitungen an. Sind Sie schon in Ostpreußen gewesen und wenn ja, wie oft waren Sie dort?*

**Bloch:** Meine Reiseleitungen führen mich an viele verschiedene Orte Deutschlands und seiner Nachbarländer, und mein Bemühen liegt immer darin, auf diesen Reisen Verständnis für die jeweilige lokale Geschichte bei gleichzeitiger Achtung und Wertschätzung der zum Teil komplizierten heutigen Situation zu wecken. Schwerpunkte meiner Reisen sind neben meiner Heimat Thüringen auch Polen mit seinen früheren deutschen Gebieten und das Baltikum. Häufig bin ich in Schlesien, aber auch in Danzig und Masuren sowie auf der Kurischen Nehrung. Im Königsberger Gebiet war ich bisher nur mehrfach privat, da ich denke, dass man dort als Reiseleiter die Sprache wirklich gut kennen sollte und ich Russisch zwar einst lernen musste, aber nur noch rudimentär kann.

**PAZ:** *Bisher liegen Stadtpläne von Königsberg, Tilsit, Gumbinnen und Insterburg sowie eine Landkarte mit dem Titel „Nord-Ostpreußens Südosten" vor. Sind weitere in Planung?*

**Bloch:** Im März erscheint voraussichtlich mein neuer Plan von Cranz und Rauschen, in dem auch wieder die aktuelle Situation beider Orte jeweils einem neu gezeichneten Plan aus den 30er Jahren gegenübergestellt wird. Die Entwürfe werden gerade vom Kreisvorsitzenden des Kreises Fischhausen überprüft.

Die gute Resonanz auf meine detaillierte Landkarte vom Raum Insterburg – Rominter Heide (Nord-Ostpreußens Südosten) hat mir Mut gemacht, als nächstes eine ebensolche Karte vom Samland – also dem Bereich zwischen Königsberg und der Ostsee – herauszugeben. Ich hoffe, diese Karte noch im April/Mai dieses Jahres anbieten zu können. Als Einzelkämpfer und Kleinverleger muss ich natürlich immer im Auge behalten, dass es ausreichend Interessenten für meine selbst verlegten Karten gibt, auch wenn ich am liebsten nur einfach schöne Karten zeichnen würde.

**PAZ:** *Wie gehen Sie bei der Erstellung im Einzelnen vor?*

**Bloch:** Ich entwerfe immer zuerst die aktuelle Karte. Dazu werte ich mehrere verschiedene Quellen wie Luftbilder, andere Karten und Fotos aus, denn meine Erfahrung zeigt, dass keine Karte hundertprozentig korrekt ist, sondern immer nur einen zeitlich eingegrenzten speziellen Blick des jeweiligen Urhebers wiedergibt. Und dass gerade russische Karten zum Teil erheblich „vereinfacht" sind, ist allgemein kein Geheimnis. Nach der Zeichnung eines Orientierungsnetzes aus Flüssen, Hauptstraßen und Eisenbahnlinien wird jeder Bereich dazwischen im ständigen Abgleich der verschiedenen Quellen gezeichnet. Wenn ich nicht selber meine Entwürfe vor Ort überprüfen kann, muss immer mindestens ein Ortskundiger einen kritischen Blick auf meine Karten werfen.

Die historischen Karten entwickle ich in einem zweiten Schritt aus den aktuellen heraus, indem ich Gebäude, Straßen und andere Objekte, die nach dem Kartendatum entstanden sind, lösche und mittlerweile Verschwundenes rekonstruiere. Auch hier dienen mir historische Stadtpläne und Landkarten (wie zum Beispiel Messtischblätter) als Grundlage, an denen ich mich zwar orientiere, die ich aber nicht einfach unkritisch abzeichne, denn auch einer historischen Karte kann man nicht bedingungslos vertrauen. Jede Karte ist menschengemacht und Menschen haben immer ihre sehr persönliche Sicht auf jedes Thema und sei es so etwas scheinbar Klares und Eindeutiges wie ein Stadtgrundriss.

*Nähere Informationen sind erhältlich bei Stadtplanerei Blochplan, Dirk Bloch, Dipl.-Ing für Städtebau, Elisabethkirchstraße 14, 10115 Berlin, Telefon (030) 4495339. E-Mail: info@blochplan.de, www.blochplan.de*

# Ora et labora

## Mönche als umtriebige Unternehmer – Hinter Klostermauern werden fleißig Artikel für den weltlichen Handel produziert

**Dass Mönche Bier brauen können, ist kein Geheimnis. Als eine von sechs Klosterbrauereien in Deutschland hat sich beispielsweise Andechs als weithin bekannte Marke etabliert. Doch auch in anderen Bereichen beweisen Klöster schon seit Jahrhunderten markwirtschaftliches Gespür, indem sie handwerkliche Eigenprodukte dank ihres guten Rufs als geistliche Institutionen höchst erfolgreich vermarkten.**

Die Braukünste der Mönche sind weithin bekannt. Seit Langem ist der beleibte Bruder Gambrinus – der figürlich einem Mönch nachempfundenen runden Bierhumpen – allerorten zur Metapher bedächtigen Brauens und stärkender Biere geworden. Denn schließlich soll es die Fastenzeit gewesen sein, in der die Fratres auf die Idee mit dem nahrhaften Gerstentrank gekommen sind. Das Klischee ist positiv besetzt, denn wer als Gottesdiener Bier braut, kann dabei nichts Böses im Schilde führen.

Gleiches gilt für die Produktion von Schnaps, Seife und Medizin: Was aus dem Kloster kommt, scheint noch einen Hauch von Andacht in sich zu tragen und wird von immer mehr Menschen geschätzt. Und das nicht zuletzt deshalb, weil das Kloster in unserer bewegten Zeit zum Sinnbild von Ruhe, Sorgfalt und Geistigkeit geworden ist — die man diesseits seiner Mauern schon lange schmerzlich vermisst.

So wird die Ringelblumencreme der Franziskanerinnen zu so etwas wie einer Metapher. Über ihre weltliche Zusammenstellung hinaus vermittelt sie dem Anwender ein Stück Klösterlichkeit, und man stellt sich gerne vor, wie Schwester Philomena in der Abgeschiedenheit ihres Ordens im großen Salbentopf rührt.

Diese Vorstellungswelt ist es, die „Gutes aus Klöstern“, so der Titel eines einschlägigen Versandhandelskatalogs, gegenwärtig hohe Nachfrage beschert. Die Mönche und Nonnen beten nicht nur, sie arbeiten auch; die vielfältigen Produkte dieser Arbeit erfreuen sich steigender Beliebtheit, und unversehens werden aus Gottesmenschen Unternehmer, die sehr genau darauf achten, wie die Geschäfte laufen.

So zeigt etwa das Kloster Andechs, eine alte Benediktinerabtei am Ammersee, vielfältige wirtschaftliche Aktivitäten. Das Kloster ist ein beliebtes Ausflugsziel und bekannt für sein Bier. Im Bayerischen Rundfunk lief die Abtei bereits als Fernsehserie. Und an der Börse war sie auch, bis der 224-Personen-Franchisebetrieb im Frühling 2010 in die Insolvenz ging. Auch wenn Äbte ihre Neigung zum Unternehmerischen entdecken, kann es also auch mal schiefgehen.

Getreu dem alten Klostermotto „ora et labora“ haben die Klosterbewohner immer einiges dafür getan, dass ihr Alltag produktiv ist. Oft blüht diese Arbeit im Verborgenen, oft werden die hergestellten Sachen im eigenen Klosterlädchen verkauft und erlangen über die Region hinaus kaum Bekanntheit. Doch im Zuge des anhaltenden Retro- und Wahrhaftigkeitstrends, mit dem industrieverdrossene Glieder der urbanen Gesellschaft in bessere Zeiten zurückkehren wollen, werden auch die bislang nur kleinsten Kreisen bekannten Klosterprodukte bekannt gemacht.

Einer der Propagandisten dieser Ästhetik, Peter Seewald, ging so weit, die Seifen, Salben, Kerzen oder anderen Kloster-Produkte systematisch aufzuspüren. Das Ergebnis war zunächst ein Ladengeschäft in München, dessen komplettes Programm dann in das Angebot eines im Rheinland situierten Versandhauses der gehobenen Art integriert wurde. Und da finden sich etliche Dinge, von deren Existenz in dieser Breite man allenfalls etwas ahnte.



Glocke als Umsatzrenner: Produktauslage bei Manufaktum, einer auf Klosterprodukte spezialisierten Warenhauskette Bild: tws

Diesen Aufschwung mönchischen Rezeptwerks kann man jedoch auch historisch erklären. Seit dem sechsten Jahrhundert haben die Klöster ihren Beitrag zur Konsumkultur Europas geleistet, gerade in materieller Hinsicht. Die vielfältigen Arbeiten wurden von den Mönchen und Nonnen immer als eine „creatio continua“, eine „Fortsetzung der Schöpfung“ mit menschlichen Mitteln verstanden. Insbesondere die so entstandenen Bauwerke wie die großen Kathedralen legen Zeugnis davon ab, wie weit das verständige Nachempfinden einer kaum begreiflichen höheren Ordnung gehen konnte.

### Klosterprodukte sollen Seelenheil stärken

Der Wirkungskreis dieser Menschen bedeckte ganz Europa und beeinflusste überall auch die jeweilige Umgebung, wobei sich immer wieder regionale Spielarten ausbildeten. Nicht zuletzt diese Regionalität ist es, die Klosterprodukte in einer globalen Einheitswelt ins sanfte Licht der Unverdorbenheit setzt. Das Unzeitgemäße gewinnt auf diese Weise an Attraktivität, die sich nicht aus Verschrobenheit speist, sondern aus dem Suchen nach Alternativen.

„Die Produkte klösterlicher Ökonomien“, ist in einem Katalog zu lesen, „liegen also in mancher Hinsicht quer zu den Tendenzen einer reichlich wildgewordenen globalisierten Ökonomie, die alle regionalen Eigenheiten und Traditionen, alle kulturellen und geistigen Rückbindungen im Produzieren und Gebrauchen als lästige und zu beseitigende Schlaglöcher auf dem Highway zu weltweiten Märkten betrachtet.“

Zu diesen Programmen, die bereits über 500 Artikel aus etwa 70 europäischen Klöstern umfassen, gehören die verschiedensten Sachen, darunter auch Raritäten und kulinarische Kostbarkeiten. Käse und Konfitüre, Seifen, Cremes, Mundwasser, Parfums, Schokoladen, Weihrauch, Bier und Kerzen sind nur flüchtige Streiflichter der breiten Palette. Kinderspielzeug aus Holz, Mönchssandalen, Tonträger, Salben, Wässerchen, geistige Getränke und geistliche Literatur bieten fast für jeden etwas. Klosterliköre, Melissengeist und das Wundermittel Arquebuse, ein hochprozentiges Kräuterdestillat, stehen seit jeher in hohem Ansehen.

Die Rezepte sind meistens uralt und werden als Klosterschatz gehütet. Die Arbeit ist hocheffizient: Im Kloster Ettal werden beispielsweise gut 10000 Hektoliter Bier in sechs verschiedenen Sorten gebraut, und zwar von lediglich sieben Mitarbeitern. Das Kloster Münsterschwarzach bei Würzburg unterhält sogar 20 eigene Betriebe, um – wie alle anderen Klöster auch – seinen Unterhalt selbst zu sichern.

Die Klosterprodukte können jedoch nach Ansicht ihrer Förderer noch mehr vermitteln, als einen kleinen Beitrag an einer heilen Welt zu leisten. Oft werden sie in dem Bewusstsein und dem Willen hergestellt, Glauben zu vermitteln. Und man muss kein Kirchengänger sein, um diesen Beiklang zu spüren. Eine Welt, die längst ihren Glauben und ihre alten Ideale zugunsten einer immer schnelleren Innovationsachterbahn aufgegeben hat und in der die Menschen seit etwa 150 Jahren unter den Folgen industrieller Entfremdung leiden, nimmt die kleine, verborgene Möglichkeit gerne an, durch diese sichtlich mit Mönchs-Glauben hergestellten Sachen auch ein Stück eigenen Glauben wiederzufinden — selbst wenn das alles andere als rational gedacht erscheinen mag. *Alexander Glück*

# Clown Gottes

## Ohne Segen gehen Artisten nicht aufs Trapez

Beim Internationalen Zirkusfestival von Monte Carlo, das gerade im Januar stattfand, grüßte Prinzessin Stephanie von Monaco einen Geistlichen besonderer Art: „Bonjour, Abbé Halleluja.“ Der Gruß galt dem katholische Pfarrer Ernst Heller aus Luzern. Er nennt sich Zirkuspfarrer und ist der Obmann diese Spezies, die sich bei einem ökumenischen Gottesdienst im Zirkuszelt ein Stelldichein für die lebensgefährlich operierenden Artisten Europas zwischen Himmel und Erde geben.

Der „Clown Gottes“ aus dem eidgenössischen Urswil spielt dabei in der Manege virtuos auf der Klarinette. Der Heilige Stuhl ehrte sein Engagement sogar mit dem Ehrenkreuz „Pro Ecclesia et Pontifice“ während einer Gala.

Die Welt der Zirkusse und Schausteller wird durch Zuwanderung immer multinationaler und multireligiöser. Der Arbeitsbereich der Zirkuspfarrer, Randseelsorge genannt, wächst damit ständig. Neben Christen kümmern sich die Geistlichen auch um Muslime, Buddhisten und Hindus. Das fahrende Volk verfügt angesichts täglicher Lebensgefahr etwa am Trapez oder im Umgang mit Großkatzen über ein intensives Glaubensleben.

Orthodoxe Priester, protestantische Pastoren und Kirchenmänner aus einem Dutzend Religionsgemeinschaften kümmern sich um das seelische Wohl des fahrenden Volkes, hören sich depressive Artisten an, geben Ratschläge und segnen auch neue Riesenräder der Schausteller. Aus Deutschland nahmen auch Pfarrer Sascha Ellinghaus aus Dortmund und der Münchner Pater Paul Schäferskupper teil. Ellinghaus nimmt in seinem Campingbus die Beichte ab. 20 Prozent seiner Zeit als Priester im Ruhrpott wendet er für das bunte Völkchen unterm Zirkuszelt auf.

Für den monegassischen Diener Gottes, Patrick Keppel, existiert unausgesprochen eine tiefe Verbindung zwischen Kirche und Zirkus, denn hier würden Menschen aller Nationen miteinander verbunden. Viele nehmen kleine Kreuze als Amulette mit in die Manege. Clown „Lolli“ (Sonja Probst) vom deutschen Zirkus Probst wollte eigentlich Hochseilartistin werden, stürzte mit 15 Jahren neun Meter tief und kam erst nach 23 Operationen wieder auf die Beine. Bei einer Audienz versicherte sie dem Papst: „Ohne meinen Glauben würde ich heute nicht hier stehen.“ *J. Feyerabend*

# Kahl gefressen

## Katzen werden auf den Azoren zur Plage – Seevögel dezimiert

Für die Vogelfauna auf Inseln sind verwilderte Katzen eine tödliche Bedrohung, die nur mit deren konsequenter Ausrottung beendet werden kann. Das gilt selbst dann, wenn der Tisch für die herrenlosen Haustiere reichlich mit Mäusen und Ratten gedeckt ist. Zu diesem Ergebnis kommt eine jüngst in der Fachzeitschrift „Journal of Zoology“ publizierte Feldstudie spanischer und portugiesischer Wissenschaftler, die auf der Azoren-Insel Corvo das Jagdverhalten verwilderter und domestizierter Katzen erforscht haben.

Das Team um Sandra Hervías Parejo von der Universität Murcia hatte auf Corvo anhand von Kotuntersuchungen herausgefunden, dass Katzen sich dort im Sommer hauptsächlich von Vögeln ernähren, vor allem von den Nestlingen des Gelbschnabelsturmtauchers. 80 Prozent des Weltbestandes des Meeresvogels leben auf den Azoren. Weitere Meeresvogelarten fanden die Forscher auf der Insel nicht mehr – offenbar weil sie bereits von verwilderten Katzen ausgerottet worden seien, die Siedler eingeschleppt hätten, heißt es in der Studie.

Dass herrenlose Katzen die Vogelwelt auf Inseln dezimieren, ist nicht neu. Unerforscht war bislang der Zusammenhang zwischen dem lokalen Beuteangebot und dem, was die Katzen davon fressen und zu welcher Jahreszeit sie es tun. Katzen gelten bei der Futtersuche als Generalisten, die zu sich nehmen, was sich bietet.

Für ihre Studie ermittelten die Forscher zunächst das Inselvorkommen an Nagern, Land- und Seevögeln sowie Gliederfüßern wie Insekten und Spinnen. Die von Katzen erlegte Beute bestimmten sie mit Kotanalysen. Ergebnis: Auf Corvo machen die ebenfalls von Menschen eingeschleppten Mäuse und Ratten einen Gutteil der Katzenkost aus, vor allem in der kalten Jahreszeit. Im Sommer fressen sie Sperlinge und Sturmtaucher, und zwar die wehrlose Brut. Außerhalb der Brutzeit sind die Sturmtaucher auf See und so vor den Katzen sicher. „Die Katzen fraßen die Beute entsprechend ihrem jahreszeitlichem Vorkommen“, ohne sich auf eine Beuteart zu spezialisieren, schreiben die Forscher.

### Auf der Speisekarte stehen Sturmtaucher und Sperlinge

Auf der 17 Quadratkilometer kleinen Azoren-Insel sind Katzen die größten Räuber. Das bergige Eiland ist von Weideland geprägt, Wald und steile Küstenklippen runden das Bild ab. Es gibt nur ein Dorf mit 425 Einwohnern – und vielen Katzen.

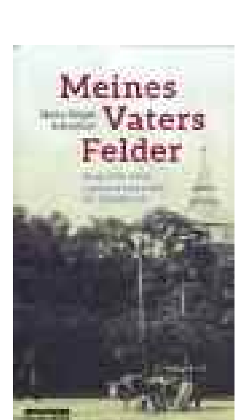
Parallel ermittelten die Forscher, wie weit sich mit GPS-Sendern versehene Hauskatzen in der Natur bewegen, wenn ihre Besitzer sie tags frei laufen lassen. Resultat: Das Streifverhalten der Katzen war nicht vom saisonalen Beuteangebot abhängig, sondern von Temperatur, Lichtverhältnissen und Regen. Die meisten Hauskatzen entfernten sich maximal 800 Meter vom Haus.

Die Forscher regen an, zum Schutz von Brutkolonien seltener Vögel in deren Umfeld Katzenhaltungsverbote auszusprechen. Abseits dieser Zonen seien Hauskatzen keine große Bedrohung. Herrenlose Tiere gelte es aber, in den Brutgebieten konsequent zu bejagen, da diese überall unterwegs seien. „Nur die Ausrottung verwilderter Katzen kann auf Inseln die ursprüngliche lokale Artenvielfalt erhalten“, bilanziert die Studie. *Kai Althoetmar*

## MELDUNG

### Lomonossow in Freiberg geehrt

Auch in Russland, wie überall sonst in Osteuropa, hat der deutsche Bergbau ein Heimspiel – erkennbar etwa an der ältesten Bergbauhochschule der Welt im slowakischen Schemnitz (Banská Stiavnica) oder sprachlich bis heute an der Fachterminologie ablesbar (im Russischen „bergverk“, „bergkollegium“, „bergamt“ oder „berghauer“). 1739/40 weilte das russische Universalgenie Michail Lomonossow, der fließend Deutsch sprach, in Freiberg, seit 1765 Sitz der berühmten Bergakademie, um dort bei dem Arzt und Mineralogen Johann Friedrich Henckel (1678–1744) die Grundlagen der chemischen Mineralogie zu erlernen. Das klappte gut, war aber später vergessen. Erst 2013 erinnerte man sich in der Bergakademie Freiberg daran und begann, Lomonossows Domizil in der Fischerstraße aufzumöbeln. Seit dem 7. Februar ist es als „Lomonossow-Haus“ geöffnet, ein „Zentrum wissenschaftlich-qualifikatorischer Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland“, wo 20 Studenten und junge Wissenschaftler aus Russland deutschen Schliff bekommen sollen. Na dann: Glück auf. *WO*




# (Über-)Leben im Oderbruch

## Familiengeschichte bis 1945

Das Buch „Meines Vaters Felder“ bietet weit mehr, als der Titel verspricht. Es erzählt auf rund 350 Seiten die Geschichte einer Gutsbesitzerfamilie, die über drei Generationen im Oderbruch ihre Äcker bestellte, bis sie 1945 alles verlor. Doch zugleich spiegelt es aufschlussreich und ergreifend die Geschichte dieses Landstrichs und seiner Menschen. Dokumentarisch, aber dennoch bildhaft, informativ und spannend erzählt Hans-Jürgen Schmelzer die akribisch recherchierte und beispielhaft dokumentierte Geschichte seiner Vorfahren, vom Leben auf dem Land, vom Krieg, von Flucht und Vertreibung. Mithilfe umfassender Tagebuchaufzeichnungen seiner Vorfahren verknüpft er anschaulich individuelle Lebensgeschichten mit Zeit- und Kulturgeschichte. Indem er nacherleben lässt, wie tatkräftig und leidensfähig der Menschenschlag an der Oder allen Fährnissen zum Trotz das alltägliche Leben und den bäuerlichen Alltag meisterte, stets unverdrossen anpackte und Zerstörtes wieder aufbaute, setzt Schmelzer den Menschen seiner verlorenen einstigen Heimat ein literarisches Denkmal.

Gekonnt und anregend verknüpft der Autor Schicksale bekannter und unbekannter Menschen mit der Kulturgeschichte der Landwirtschaft im Oderbruch, jener im 18. Jahrhundert dank Friedrich II. „friedlich eroberten Provinz“, die ohne die große Klugheit und den Ideenreichtum der Pioniere der Ackerkultur unfruchtbar geblieben wäre. Namen wie Albrecht Daniel Thaer, der auf Gut Möglin die erste deutsche landwirtschaftliche Akademie gründete, ab 1819 offiziell Königlich Preußische Akademie des Landbaus genannt, sind berühmt. Zu seinen Mitarbeitern gehörte auch Carl Friedrich Baath, einer der Schmelzer-Vorfahren, der den Kartoffelanbau im Oderbruch einführte.

Hochinteressant ist es nachzulesen, mit wie viel Mühsal den Böden die Erträge abgerungen werden mussten. Harte Arbeit, Mut zum Risiko, Versuch und Irrtum, Drainage, Düngung, Fruchtfolgen und vieles mehr gehörten zur fortschrittlichen Ackerkultur, die einen grundsätzlichen Wandel in der Landwirtschaft ermöglichte. Trotz des im Grunde sachlichen Berichts vermittelt Schmelzer eine lebendige Fülle an Eindrücken vom Leben auf einem Gut, mit all den Sonnen- und Schattenseiten der Vergangenheit. Ergreifend sind die Schicksale der Frauen jener fernen Zeiten – exemplarisch das der Anna Baath im 19. Jahrhundert, die trotz aller Widrigkeiten nie die Hoffnung und den Mut verlor – für uns Heutige kaum noch vorstellbar.

Es erschüttert, wie Kriege immer wieder Not und Leid über die Menschen brachten. Wie der Erste Weltkrieg und die Demütigungen des Versailler Vertrages danach von den Nationalsozialisten missbraucht wurden, wie Größenwahn und Demagogie zum schrecklichsten aller Kriege führte. Dank der väterlichen Tagebücher ist authentisch, ohne zu beschönigen und nachzuerleben, wie auch die Schmelzers bald auf eine gewisse Distanz zu den braunen Machthabern gingen. Allein, dass die Fremdarbeiter auf dem Gut menschlich behandelt wurden, brachte Hans-Adolf Schmelzer in Schwierigkeiten. Dabei stand der Familie mit Flucht, Enteignung und Vertreibung noch das Schlimmste bevor.

**Opfer von Menschenverachtung**

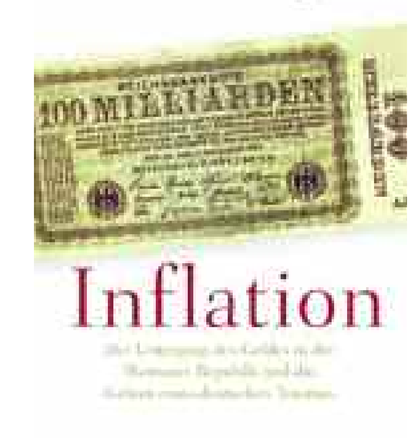
Erschreckend, mit welcher Menschenverachtung sich Herrschende unterschiedlicher Zeiten immer wieder anmaßen, ihre Macht zu missbrauchen. Hier wird an unzähligen authentischen Schicksalen begreifbar, wie schnell ein Mensch zwischen die Mahlsteine der Geschichte gerät, aber auch, dass sich Unrecht nicht durch neues Unrecht ausgleichen lässt.

*Hannelore Hoffmann*

***Hans-Jürgen Schmelzer: „Meines Vaters Felder. Biografie einer Landwirtsfamilie im Oderbruch“**, be.bra, Berlin 2013, geb., 352 Seiten, 19,95 Euro*






# Ursprung eines Traumas

## Britischer Historiker über die Inflation in der Weimarer Republik

Am Ende sollte alles nur ein Übersetzungsfehler gewesen sein, doch trotzdem war die Aufregung über die Äußerung des EZB-Chefs Mario Draghi, die Deutschen litten unter einer „perversen Angst“ vor Inflation, groß. Wer die Ursachen der ablehnenden Haltung erfahren will, dem ist „Inflation. Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt des deutschen Traumas“ des britischen Historikers Frederick Taylor zu empfehlen. Der Brite, der vor zehn Jahren mit „Dresden. Dienstag, 13. Februar 1945“ seinen größten Erfolg veröffentlicht hat, beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der deutschen Geschichte. Und nun ist es die Inflation der Weimarer Zeit, der er sich auch aus aktuellem Anlass gewidmet hat: „Leider wird Deutschland nun, da ich dies schreibe (im April 2013), in demselben Europa, zu dessen Schaffung es so entscheidend beigetragen hat, von vielen gehasst und mit Argwohn betrachtet. Kern des Problems ist wieder einmal ein Währungsproblem.“

Doch beim vorliegenden Buch geht es nicht um die Euro-Krise. Taylor setzt bei Kriegsbeginn 1914 ein, als 4,19 Mark für einen Dollar bezahlt werden mussten. „Mir geht es nicht um Schuldzuweisungen, ... ich möchte vielmehr zeigen, dass alle am Krieg beteiligten Länder wussten, dass sie sich diesen Wahnwitz nicht leisten konnten – und deshalb den Verlierern die Rechnung zu präsentieren gedachten“, leitet der Autor seine Beschreibungen der Preisentwicklung während des Krieges ein, denen er jedoch gar nicht so viel Raum gibt. Er weist jedoch darauf hin, dass bereits zum Zeitpunkt des Waffenstillstands der Verlust der Vorkriegsersparnisse in vollem Gange war. So erhielt eine Arbeiterin im Sommer 1918 für ihren Wochenlohn nur noch zwei Kilo Butter. Die Kaufkraft der Beamtengehälter hatte sich bereits beachtlich verringert. Hinzu kam, dass vor allem die deutsche Mittelschicht 98 Milliarden Mark in Kriegsanleihen für einen nun verlorenen Krieg investiert hatte.

Taylor zitiert viel aus Zeitzeugenberichten, lässt vor allem aber auch britische Korrespondenten zu Wort kommen. Berichte des „Manchester Guardian“, laut denen ein Pfund Tee in Deutschland Anfang 1919 bereits 37 Mark kostete, vermitteln einen Eindruck davon, dass die Preise bereits zu Beginn der Weimarer Republik in die Höhe schossen.

Der Autor verwendet sehr viel Energie darauf, die politischen Spannungen und Turbulenzen während der neuen republikanischen Zeit darzustellen. Er macht deutlich, dass ein Grund für das Scheitern das ständige Bemühen der Regierenden war, ein Abgleiten erst in den linken und später in den rechten Extremismus zu verhindern. Die Politik habe sich in erster Linie auf das Soziale konzentriert und die Wirtschaftspolitik schleifen lassen, so die Interpretation des Briten. Zudem habe der junge Staat auch Millionen Kriegsheimkehrer in den Arbeitsmarkt integrieren müssen, die Versorgung von 525 000 Witwen, 1,3 Millionen Waisen und 1,5 Millionen Kriegsversehrten sicherstellen müssen. Auch sei ihm eine Geldentwertung gelegen gekommen, um deutlich zu machen, dass man die im Versailler Friedensvertrag von der Entente abverlangten, im Grunde unerschwinglichen Reparationen nicht aufbringen könne.

**Die USA hätten die Eskalation verhindern können**

Taylor macht aber auch deutlich, warum sich Großbritannien und Frankreich trotz guter deutscher Argumente nicht auf eine Senkung der Reparationen einlassen konnten: Da die USA, von denen sie sich Unsummen geliehen hatten, auf die Rückzahlung der Kredite drängten und die eigene Wirtschaft ebenfalls lahmte, blieb nur die Option, Deutschland auszupressen. Taylor betont gleich mehrfach, dass die USA, hätten sie rechtzeitig auf Teile ihrer Kredite verzichtet, die Situation in Europa hätten entschärfen können, doch das taten sie nicht. Der Einmarsch Frankreichs und Belgiens im Januar 1923 ins Ruhrgebiet zur Eintreibung der Reparationen war dann einer der Höhepunkte. Zu dem Zeitpunkt lag der Dollarkurs bereits bei 17 972 Mark. Zwölf Monate später waren es 4,2 Billionen Mark.

Wie viel Not und Elend dazwischen lagen, lassen Taylors Ausführungen nur erahnen, auch weil die ausgewählten Zeitzeugenberichte einen eher amüsierten Tonfall haben. So der Bericht einer Schneiderin, die ihr Geld in Schmalz angelegt hatte, diesen für zwölf Milliarden Mark verkaufte, nur um gleich danach festzustellen, dass der Preis für Schmalz seit dem Vortag auf 16 Milliarden Mark gestiegen war.

Erst mit Einführung der neuen Rentenmark am 15. November 1923 besserte sich die Lage. „Aber natürlich bekam niemand sein verlorenes Geld zurück, weder die Besitzer von Kriegsanleihen noch die Sparer noch die Professoren, Beamten oder kleinen Geschäftsleute, die, weil ihr Verdienst gegen null tendierte, um des Überlebens willen gezwungen waren, Sachwerte zu verkaufen“, so Taylors Fazit. In diesem betont er, dass es diese Bevölkerungskreise waren, die die Angst vor Inflation und einer daraus resultierenden, sich jeder Kontrolle entziehenden Hyperinflation an ihre Kinder und Kindeskinder weitergaben.

Da Taylor ein Historiker ist, liegt sein Schwerpunkt auf den politischen Entwicklungen, nicht so sehr auf den wirtschaftlichen. Und so lernt der Leser vor allem viel über die Weimarer Republik, so viel, dass er zeitweise vergisst, dass er eigentlich ein Buch über Inflation als Trauma der Deutschen liest, was Taylor am Ende dann leider nur sehr kurz abhandelt.

*Rebecca Bellano*

***Frederick Taylor: „Inflation. Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt des deutschen Traumas“**, Siedler, München 2013, geb., 397 Seiten, 24,99 Euro*

# Zum Nachdenken bewegen

## Bestseller-Autor Taleb will im Umgang mit Nichtwissen helfen

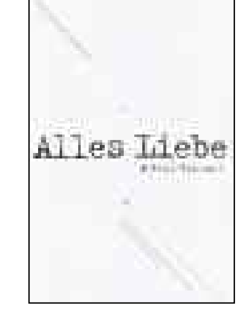
„Der Leser findet auf den folgenden Seiten für sich stehende, komprimierte Gedanken, die sich um meine zentrale Frage drehen, wie wir mit dem, was wir nicht wissen, faktisch umgehen und idealerweise umgehen sollten“, so heißt es eingangs im „Kleinen Handbuch für den Umgang mit Unwissen“ aus der Feder des Bestseller-Autors Nassim Nicholas Talebs. Ein Handbuch wahrlich ist es nicht, denn es gibt dem Leser kein Werkzeug direkt an die Hand, doch bietet es ihm die Möglichkeit, sich dieses Werkzeug selbst zu erarbeiten.

Taleb geht davon aus, dass Menschen mit dem, was sie nicht wissen oder verstehen, so umgehen wie der Wirt Prokrustes in der griechischen Mythologie mit seinen Gästen, die er den Betten anpasste, anstatt die Betten den Gästen, oder wie ein Schneider den Anzugträger schneidert anstatt den Anzug selbst. Der philosophische Essayist Taleb, der in erster Linie Finanzmathematiker in den USA ist, hat seine kurzen Texte unter Überschriften wie „Zufall, Erfolg, Glück und Stoizismus“, „Ästhetik“ oder „Das Wirtschaftsleben und andere Vulgaritäten“ gesetzt. Die Aphorismen, die sich oft ähneln, sind als Form auch gar nicht geeignet, um sie nacheinander wie einen Roman zu lesen. Über manche liest man hinweg, über andere denkt man nach. Und das ist es, was Taleb bezwecken will: Nachdenken.

Allerdings werden nicht alle Aphorismen dem Klappentext gerecht, der verspricht, dass das Handbuch dem Leser aufzeigt, wie er mit dem, was er nicht weiß, gewinnbringend umgehen könne. „Das Schicksal bestraft den Geizigen mit Armut und den sehr Geizigen mit Reichtum“, ist möglicherweise eine Lebensweisheit, aber keine Hilfe im Umgang mit Unwissen. Wer mehr über Talebs eigene Ideen lesen möchte, der wird im Vorwort auf seine anderen Texte „Der schwarze Schwan“, „Narren des Zufalls“ und „Antifragilität“ verwiesen.

Talebs „Kleines Handbuch“ ist für den philosophisch interessierten Leser dann ein Gewinn, wenn er sich für die Texte Zeit nimmt und sich über die Inhalte mit jemandem austauschen kann; als Gute-Nacht-Lektüre ist es nicht geeignet. *Christiane Rinser-Schrut*

***Nassim Nicholas Taleb: „Kleines Handbuch für den Umgang mit Unwissen“**, Knaus, München 2013, geb., 126 Seiten, 12,99 Euro*




# Nur Spielball der Umbrüche?

## Aufwendiger Versuch eines Königsbergers, die NS-Vergangenheit der Eltern aufzuarbeiten

„Erzählungen meiner Mutter und unsere zum Teil sehr emotionalen Gespräche über Vaters und ihr persönliches Agieren im Nationalsozialismus haben mich nachhaltig geprägt“, schreibt der 1941 in Königsberg geborene Thorlef Spickschen in seinem Vorwort zur Biografie über seine Eltern Erich Spickschen (1897–1957) und Ursula Spickschen, geborene Dietrich (1903–1981). Das Buch mit dem Titel „Alles Liebe & Heil Hitler“ umfasst im Kern eine Anordnung kommentierter Selbstzeugnisse von Erich und Ursula Spickschen aus der Zeit von 1921 bis 1958 mit eingeschalteten Analysen und Zusammenfassungen des Autors Hans Joachim Schröder. Dazu gehört ein Anhang für die wissenschaftliche Nutzung des Bandes. Nicht nur die Aufarbeitung des vielfältigen Quellenmaterials ist als eine mustergültige Leistung hervorzuheben, dasselbe gilt für die anspruchsvolle Gestaltung des großformatigen, mit zahlreichen Fotos ausgestatteten Buches, das man aufklappt wie einen Brief.

1926 kaufte das Ehepaar das Gut Woydiethen im Samland, nachdem es zuvor aufgrund äußerer Umstände als Pächter auf den Gütern Schwesternhof in Ostpreußen und Bonkow in Hinterpommern gescheitert war. Erich Spickschen wurde 1937 Gauamtsleiter für Agrarpolitik, außerdem war er Generallandschaftsrat, Preußischer Provinzialrat und Mitglied des Reichstags. Eingefügt in die chronologische Abfolge der behandelten Ereignisse und Themen sind Interviews mit Zeitzeugen, ferner Zitate aus Erich und Ursula Spickschens Aufsätzen in Publikationsorganen des „Reichsnährstands“, die Letztere in ihrer Funktion als Leiterin der Landfrauenabteilung in der Landwirtschaftsverwaltung der Provinz Ostpreußen verfasst hat.

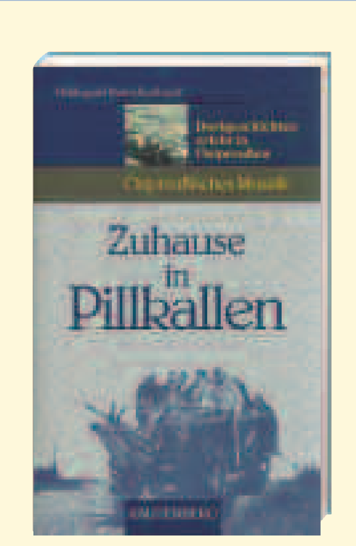
**Landesbauernführer von Ostpreußen**

Mit dem Untertitel des Buches „Wie falsche Hoffnungen entstehen. Eine Familiengeschichte“ sowie im Vorwort des Biografieforschers Hans Joachim Schröder wird daran erinnert, dass „die Generation des zu Ende gehenden Kaiserreichs, hier vertreten durch Erich und Ursula Spickschen, zum Spielball und Spiegelbild der Umbrüche und Katastrophen der Jahre 1914 bis 1945 wurde“. Dies bezieht sich insbesondere auf Erich Spickschen, der im Ersten Weltkrieg aktiver Soldat gewesen war. Nach den Worten seines Sohnes Thorlef kam sein Vater seit Ausbruch des Ersten Weltkriegs bis zu seinem Tod im Jahr 1957 nicht mehr zur Ruhe. Aus dem Untertitel ergibt sich außerdem ein Hinweis auf die Anstrengungen der sieben (ursprünglich waren es acht) Kinder des Ehepaares, mit der Begeisterung beider Elternteile für die wahnhafte Ideologie des Nationalsozialismus zurechtzukommen.

In die Biografie aufgenommen wurden auch die Forschungsergebnisse eines Historikers, der die öffentliche Rolle der Eheleute Spickschen in der NS-Zeit einschließlich ihrer Entnazifizierung untersucht hat. Erich Spickschen habe „anständig seine Ämter gewaltet und sich von üblen Machenschaften des Nationalsozialismus ferngehalten“, lautet der Befund des Entnazifizierungs-Spruchausschusses. Eine detaillierte Erforschung seiner Tätigkeit im „Reichsnährstand“ steht noch aus.

Für die Buchgestaltung wurde der Kommunikationsdesigner Carsten Kraemer mit dem Saarländischen Staatspreis Design ausgezeichnet. *D. Jestrzemski*

***Hans Joachim Schröder: „Alles Liebe & Heil Hitler. Wie falsche Hoffnungen entstehen. Eine Familiengeschichte“**, Code Verlag und Autor, Berlin, kartoniert, 412 Seiten, 39,90 Euro*



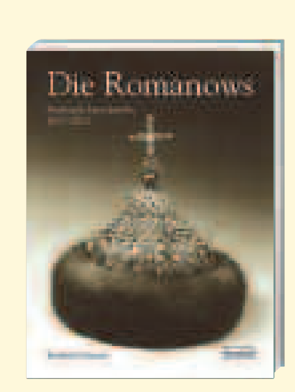
Hildegard Rauschenbach
**Zuhause in Pillkallen**
**Dorfgeschichten erlebt in Ostpreußen**
In diesem ersten Teil ihrer Autobiografie beschreibt Hildegard Rauschenbach das dörfliche Leben in Ostpreußen und die Zeit ihrer Kindheit und Jugend. Ihre Erlebnisse aus diesen Tagen, Erinnerungen an alte Gehöfte mit ihren Menschen lassen die Vergangenheit wieder lebendig werden.
184 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
**Nr. P 1049 12,95 €**



Hildegard Rauschenbach
**Von Pillkallen nach Schadrinsk**
**Vergeben ja, vergessen nie**
In diesem zweiten Teil ihrer Autobiografie schildert die Autorin die bewegenden Umstände des Lagerlebens in Sibirien, das sie am eigenen Leib erfahren musste. Sehr oft konnte sie vor Hunger nicht einschlafen, obwohl sie von der schweren Arbeit total erschöpft war. Hoffnungslosigkeit griff um sich.
192 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag.
**Nr. P 5055 12,95 €**



Hildegard Rauschenbach
**Marjellchen wird Berlinerin**
**Heimkehr aus Sibirien und Neuanfang**
In „Marjellchen wird Berlinerin“ beschreibt Hildegard Rauschenbach eindrücklich und persönlich das Leben in Berlin von Ihrer Rückkehr aus Sibirien im Jahr 1948 bis zum Fall der Mauer 1989. Und trotz der Herausforderungen des Neubeginns sind die Gedanken auch oft in der alten Heimat. 224 S./Gebunden mit Schutzumschlag.
**Nr. P 1366 12,95 €**



Elisabeth Heresch
**Die Romanows**
**Russlands Zarenfamilie 1613 – 2013**
Bild- und Textband im Großformat. Gebunden. 208 Seiten
**Nr. P A0664 39,95 €**

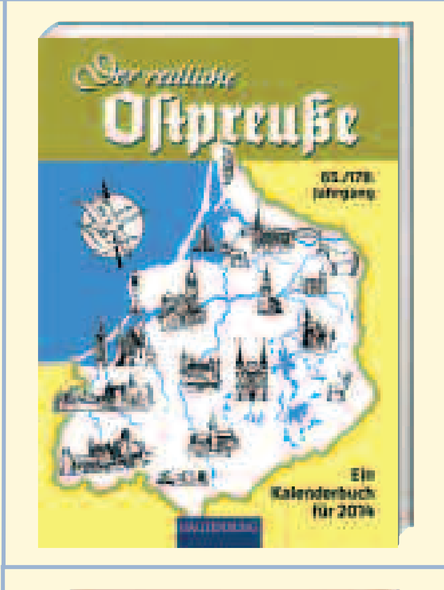
Die Romanows: Ein Name voller Glanz und Macht, eine Dynastie mit 400 Jahren bewegter Geschichte, die zahlreiche russische Herrscher hervorbrachte. Unter Peter dem Großen wurde das Zarenreich zum Russischen Kaiserreich und zu einem der prächtigsten Höfe Europas. Ihm folgten nicht weniger mächtige Herrscher wie Katharina die Große, Zar Alexander I. bis III. und schließlich Nikolaus II. »Die Romanows« erzählt eine Familiengeschichte voller Dramatik und Tragik, die nicht nur Russland-Kenner begeistert – mitreißend geschrieben und prachtvoll bebildert mit hist. S/W- u. farbige Abbildungen.



Marianna Butenschön
**Die Preußin auf dem Zarenthron**
**Alexandra Kaiserin von Russland**
Alexandra von Russland, Tochter Königin Luises von Preußen, war zu Lebzeiten so populär wie ihre Mutter. Marianna Butenschön erzählt die unbekannte Lebensgeschichte der Kaiserin. An der Seite ihres Mannes Nikolaus I. durchlebt sie schwere Schicksalsschläge: Aufstände, Kriege, Revolutionen und den Tod ihrer jüngsten Tochter. Dennoch gibt es kaum eine glücklichere dynastische Ehe. Ihre Liebe hält lebenslang. Die Autorin versteht es, die russische und die preußische Geschichte so mit der persönlichen Biografie Charlottes zu verweben, dass ein ausgewogenes und spannendes Buch entstanden ist. Die Autorin erzählt in einer einfachen, klaren und anschaulichen Sprache. Mit souveräner Selbstverständlichkeit verbindet sie Personen und Ereignisse so, dass auch der weniger kundige Leser leicht einen Einblick in die komplizierte Geschichte Russlands erhält. 432 Seiten
**Nr. P A0524 Taschenbuch 12,99 €**



Jörg Kirschstein
**Kronprinzessin Cecilie**
**Die Bildbiographie der letzten deutschen Kronprinzessin**
Am 6. Juni 1905 heiratete die 18-jährige Cecilie zu Mecklenburg-Schwerin den preußischen Thronfolger Wilhelm, den Sohn des letzten deutschen Kaisers. Wegen ihrer Eleganz, ihrer Ausstrahlung und ihres sozialen Engagements wurde Cecilie bald in ganz Deutschland verehrt und geliebt. Doch hinter der harmonischen Fassade kriselte es. Der Kronprinz hatte zahlreiche Affären, und Wilhelm II. verfolgte seine Schwiegertochter mit Misstrauen. Dieser Band zeichnet das Leben der letzten deutschen Kronprinzessin nach – bis hin zu ihrem Lebensabend, den die einst Gefeierte unter bescheidenen Verhältnissen in Bayern und Baden-Württemberg verbrachte.
Ein bibliophiler Band mit zahlreichen Abbildungen vom Leben der Kronprinzessin und dem preußischen Thronfolger am Kaiserhof.
150 Abbildungen. 160 Seiten
**Nr. P A0600 Gebunden 19,95 €**



**Der redliche Ostpreuße 2014**
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2014, jetzt mit 16 Seiten mehr Inhalt. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten und Architekten wie Agnes Harder, Karl Storch, Rolf Burchard, Friedrich Lahrs, Martin Stallmann, Johann Friedrich Reichardt, Andreas Schlüter, Toni Schawaller, Annelore Peters und Agnes Miegel sowie Erzählungen und Gedichten von: Eva Schwimmer, Hedy Groß, Charlotte Keyser, Agnes Harder, Charlotte Wüstendörfer, Hans Graf von Lehndorff, Hermann Sudermann, Hannelore Patzelt-Hennig, Walter von Sanden-Guja, Bogumil Goltz, Walter Scheffler, Renate Dopatka, Agnes Miegel, Erminia von Olfers-Batocki, Eva Maria Sirowatka, Wilhelm Matull, Hildegard Rauschenbach, Ernst Wichert, Grete Fischer, Frieda Magnus-Unzer, Martin Borrmann u.v.m.
Format 17 cm x 24 cm. 144 Seiten
**Nr. P 533167 Gebunden 9,95 €**

Landkarte
**Die Ostgebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937**
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
Maßstab 1: 1.000.000
**Nr. P 5408 9,95 €**

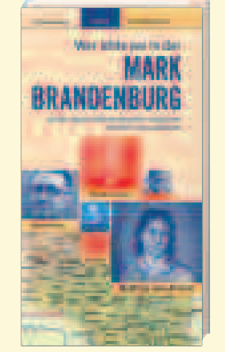
**Schlüsselanhänger mit Wappen Ostpreußen**
45 mm in der Diagonale
**Nr. P 9968 (1 Expl.) 4,95 €**
**Nr. P 9982 (3 Expl.) 13,95 €**

Matthias Siedenschnur-Sander
**Vom Alten Fritz**
**Ein Lesebuch über Friedrich den Großen**
Wer war Friedrich der Große? Schon zu Lebzeiten wurde der König von Preußen zum Mythos. Seine Leidenschaft galt der Musik, der Philosophie, der Poesie. Er war kluger Militärstratege und reformorientierter Innenpolitiker. An seinem Hof und in Briefen verkehrte er mit Voltaire, Katharina der Großen und anderen namhaften Persönlichkeiten Europas. Friedrich II. verfolgte seine Ziele hochdiszipliniert, engagiert und nicht selten rücksichtslos. Dieses Lesebuch versammelt die denkwürdigsten Berichte und Anekdoten seiner Zeitgenossen sowie literarische Reflexionen und zeichnet so ein schillerndes Porträt des Alten Fritz. Mit Texten von Voltaire, Mirabeau, Theodor Fontane, Thomas Mann und anderen.
320 Seiten
**Nr. P A0402 Taschenbuch 9,00 €**



**Ortsnamenverzeichnis der Ortschaften jenseits von Oder und Neiße**
Format 17 x 24 cm. Gebunden mit farbigem Überzug. 232 S.
**Nr. P 5008 16,95 €**

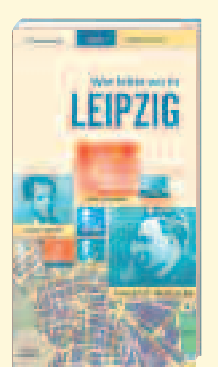
Alle Namen der Ortschaften jenseits der Flüsse Oder und Neiße sind sowohl in deutscher, polnischer und russischer Sprache aufgeführt.
Das Buch besteht aus zwei Abteilungen – deutsch-fremdsprachig/fremdsprachig-deutsch – was das Auffinden der einzelnen Namen erleichtert. Bearbeitet wurde die ursprüngliche Sammlung noch einmal von Mag. Jur. M. Kaemmerer, staatlich geprüfte Dolmetscherin der polnischen Sprache. Vorangestellt sind Übersichtskarten der einzelnen Provinzen mit ihren Kreisen. Das wichtige Nachschlagewerk wird bereits zum vierten Mal aufgelegt.



Dr. Christiane Kruse
**Wer lebte wo in der Mark Brandenburg**
63 Kurzbiografien bekannter Mark Brandenburger. 128 Seiten
**Nr. P 534701 9,95 €**



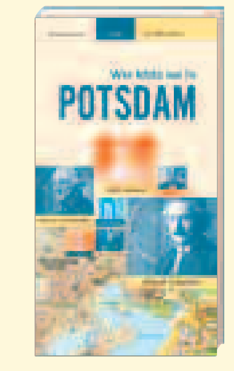
Dr. Christiane Kruse
**Wer lebte wo in Hamburg**
60 Kurzbiografien bekannter Hamburger und ihre Wirkungsstätten. Broschiert. 96 Seiten
**Nr. P 531996 7,95 €**



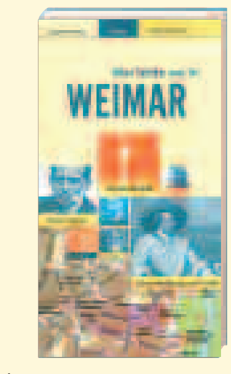
Dr. Christiane Kruse
**Wer lebte wo in Leipzig**
58 Kurzbiografien bekannter Leipziger und ihre Wirkungsstätten. Broschiert. 96 Seiten
**Nr. P 531997 7,95 €**



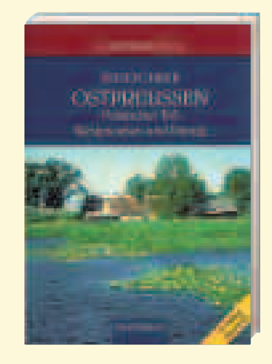
Dr. Christiane Kruse
**Wer lebte wo in München**
57 Kurzbiografien bekannter Münchner und ihre Wirkungsstätten. Broschiert. 72 Seiten
**Nr. P 534703 7,95 €**



Christiane Kruse
**Wer lebte wo in Potsdam**
75 Kurzbiografien bekannter Potsdamer und ihre Wirkungsstätten. Broschiert. 128 Seiten
**Nr. P 534704 9,95 €**

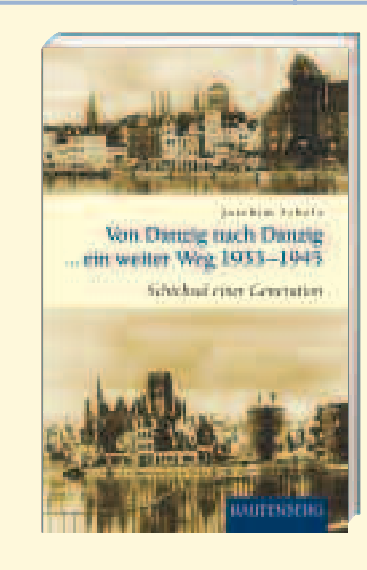


Christiane Kruse
**Wer lebte wo in Weimar**
60 Kurzbiografien bekannter Weimarer und ihre Wirkungsstätten. Broschiert. 72 Seiten
**Nr. P 531991 7,95 €**



Gerd Hardenberg
**Reiseführer Ostpreußen**
**polnischer Teil – Westpreußen und Danzig**
94 Abbildungen und Karten. Format 11,5 x 16,5 cm. 288 S.
**Nr. P 533157 Kart. 14,95 €**

Dieser Reiseführer ist ein wertvoller Begleiter durch den südlichen Teil Ostpreußens mit Westpreußen und Danzig. Von der Neumark über die Frische Nehrung, durch das Oberland, das Ermland und Masuren sind hier die Städte und Ortschaften mit ihren Sehenswürdigkeiten und Besonderheiten vorgestellt. Er führt auch durch die wunderbare Natur, auf Wegen, die den meisten Besuchern verschlossen bleiben. Ausführliche Informationen zur Reiseplanung und ein zweisprachiges Ortsregister machen das Buch zu einem unentbehrlichen Reisegefährten. Gerd Hardenberg ist ein ausgezeichneter Kenner der Region, die er als Reiseleiter ständig bereist.



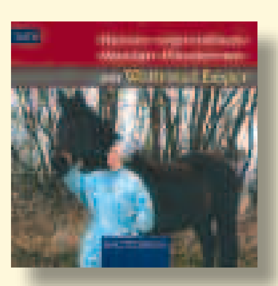
Joachim Scholz
**Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg 1933-1945**
**Schicksal einer Generation**
War es wirklich so? Wie konnte es so weit kommen? Diese Fragen wurden Joachim Scholz nach entsprechenden Fernseh-, Radio- oder Zeitungsberichten von seinen Kindern immer wieder gestellt. Sein Bericht beginnt am 1. September 1939 in Danzig, als er vom Kanonendonner der Schiffsartillerie geweckt wird und endet am 9. Mai 1945, an dem er, nach den schweren Abwehrkämpfen in Ostpreußen, die er als junger Leutnant erlebt, bei der Kapitulation in Sichtweite seiner Heimatstadt Danzig in russische Kriegsgefangenschaft gerät. Seine Erinnerungen führen aber auch zurück in die schicksalhaften Jahre 1933-1939, die er als Schüler und Angehöriger der Hitlerjugend erlebte und die das Lebensgefühl in dieser Zeit widerspiegeln. Es liegt ihm am Herzen, nachzuzeichnen, wie leicht Idealismus, gerade bei jungen Menschen, fehlgeleitet und von Meistern der Demagogie verwandt werden kann. 30 farbige Abbildungen. 256 Seiten
**Nr. P 533142 Gebunden 14,95 €**



Joachim Scholz
**Als nur die Hoffnung blieb**
**In russischer Kriegsgefangenschaft**
Joachim Scholz, 1924 in Danzig geboren, hat in seinem Buch „Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg“ die Jahre von 1933 bis 1945 geschildert, die Zeit einer sorglosen Jugend im Freistaat Danzig bis zum 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation. Mit dem Morgen des 9. Mai 1945 beginnt nun dieses Buch und führt damit nahtlos weiter in die vier langen Jahre russischer Kriegsgefangenschaft. Dem Autor gelingt es auch hier, mit bewegenden Worten die Stimmung dieser Jahre einzufangen, die Ängste und Hoffnungen in dem immer aussichtsloser werdenden Kampf um das Überleben, bis schließlich der so lang ersehnte Schritt in die Freiheit erreicht wird. Aber Scholz will mehr als diese heute fast unvorstellbaren Erlebnisse festhalten: Er will zeigen, dass es sich immer lohnt, in schweren Zeiten durchzuhalten. So wird dieser fesselnde Zeitzeugenbericht ein Buch, das Mut macht. 66 Abbildungen. 256 Seiten
**Nr. P 533151 Gebunden 14,95 €**



Gisela Graichen/Alexander Hesse
**Die Bernsteinstraße**
**Verborgene Handelswege zwischen Ostsee und Nil**
Bernstein ist ein von Sagen und Mythen umwobener magischer Stein – begehrt und verklärt bis heute. Als „Tränen der Götter“ wird das fossile Harz gern bezeichnet. Dass Bernstein aber einst ein äußerst wichtiges Handelsgut war, zeitweilig wertvoller als Gold, und dass es schon vor Tausenden von Jahren auf Handelswegen quer durch Europa transportiert wurde, zeigen neueste archäologische Funde und Untersuchungsmethoden. Denn im nördlichen Afrika und in Südeuropa wurde Bernstein gefunden, der von der Ostseeküste stammt.
Es muss also uralte Handelswege zwischen Ostsee und Nil gegeben haben. Welche Rolle Bernstein damals spielte im Austausch von Waren und Wissen, Rohstoffen und Ideen, wie Europas Eliten zu Macht und Reichtum kamen, das beschreibt anschaulich und mit vielen Abbildungen dieses Buch. 368 Seiten
**Nr. P A0673 Taschenbuch 9,99 €**



Waltraud Beger
**Heitere ostpreußische Mundart-Plaudereien – Teil 1**
Gedichte, Geschichten und Plaudereien aus der ostpreußischen Heimat in ostpreußischer Mundart. (Laufzeit ca. 70 Minuten)
**Nr. P 5767 CD 12,95 €**

**RAUTENBERG BUCHHANDLUNG**

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

**RAUTENBERG Buchhandlung**
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

| Anzahl | Bestell-Nr. | Titel | Preis € |
|---|---|---|---|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

Vorname ........ Name ........
Straße/Nr. ........ Telefon ........
PLZ/Ort ........
Datum ........ Unterschrift ........

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
**Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de**
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

## MELDUNGEN

### Zum Stillen gezwungen

**Abu Dhabi** – Zwar umfasst das neue Kinderschutzgesetz der Arabischen Emirate 77 Artikel, doch einer sorgt weltweit für Unmut. So werden Frauen künftig verpflichtet, ihre Kinder in den ersten beiden Lebensjahren zu stillen. Dies geht selbst örtlichen Stillhilfegruppen zu weit, schließlich könne nicht jede Frau stillen und sie deswegen unter Strafe zu stellen, gehe zu weit. *Bel*

### Eid soll Banker bessern

**Den Haag** – Mit einem Eid will die niederländische Regierung seit Anfang des Jahres Banker davon abhalten, fremde Vermögenswerte zu riskieren. „Ich schwöre, dass ich mein Möglichstes dafür tun werde, um das Vertrauen in die Finanzdienstleistungsbranche zu bewahren und zu stärken. So wahr mir Gott helfe", mussten bereits Vorstandsmitglieder von Banken schwören. Ab Mitte des Jahres müssen alle 90000 Bankmitarbeiter in Holland den Eid leisten. Auf Wunsch kann auf den religiösen Zusatz verzichtet werden. *Bel*

## ZUR PERSON

### Vor ihm zittert sogar Brüssel

Der politische Aschermittwoch fällt bei der Schweizerischen Volkspartei (SVP) immer in den Januar. Dann treffen sich die Parteianhänger im Züricher Schützenhaus Albisgüetli, um den Worten ihres Parteistrategen **Christoph Blocher** zu lauschen. Bei der Tagung am 17. Januar machte der 73-Jährige seiner Rolle als Volkstribun alle Ehre und setzte sich wortreich für die von der SVP initiierte Volksabstimmung zur Steuerung des Zuzugs von Ausländern ein. Sonst komme es zu einem „EU-Beitritt mit Samtpfoten".

Seine Warnung vor einem Beitritt, „den wir mit verbundenen Augen vollziehen sollen", wenn weiterhin ungebremst Deutsche oder Italiener in den Schweizer Arbeitsmarkt strömen, dürfte die entscheidenden Prozentpunkte auf die Waagschale gebracht haben, welche die Volksabstimmung jetzt im Sinne der SVP äußerst knapp entschieden haben.

Im Jahr der EU-Parlamentswahlen können sich die EU-kritischen



Parteien in den EU-Ländern für die Schweizer Schützenhilfe bedanken. Wenn sich mehr als die Hälfte der Schweizer gegen ungezügelte Masseneinwanderungen entscheiden, lässt sich das nicht mehr auf die Formel „Rechtspopulist" bringen. Als solcher wurde Blocher diffamiert, seitdem er für die SVP aktiv ist. Von 1977 bis 2003 war er Präsident der Partei. Als einer ihrer Vizepräsidenten gilt er weiter als wichtigster Parteilenker.

Als Firmenchef ist es der in Schaffhausen geborene Blocher gewohnt, die Fäden in der Hand zu halten. 1982 kaufte er den damals maroden Automobilzulieferer Ems-Chemie nahe Chur und machte ihn zu einem erfolgreichen Unternehmen. Als Patriot setzt er sich auch dafür ein, dass die Schweiz weiter floriert. Aus seiner Sicht geht es aber nur mit einer Begrenzung der Zuwanderung. *tws*




# Frei wie ein Güterwagen

**Warum Martin Schulz von der Schweiz überrascht wurde, wozu wir mehr Wanderarbeiter benötigen, und was nicht erlaubt ist / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel**

Es hat Vorteile, wenn man nur von Feiglingen und zynischen Opportunisten umgeben ist. Diese Leute sind leicht einzuschätzen, man weiß, wie mit ihnen umzugehen ist. Wenn da einer mal nicht spurt, droht man ein bisschen, und schon tanzt der wieder im Rhythmus.

Dumm nur, wenn einem der Umgang mit derlei Figuren so selbstverständlich geworden ist, dass einem völlig das Verständnis dafür abhanden gekommen ist, wie anders ein Tapferer tickt. Der schrumpft angesichts der drohenden Faust nämlich nicht zum devoten Däumling, sondern läuft zu großer Form auf.

Der Schweizer Schriftsteller Thomas Hürlimann gesteht, er habe zwar von Anfang an gegen das Volksbegehren zur Kontrolle der Zuwanderung stimmen wollen, das nun alle so in Rage versetzt. Dann aber habe er gehört, dass EU-Parlamentspräsident Martin Schulz den Eidgenossen mit „Konsequenzen" gedroht habe, falls sie zustimmten. Fast, so Hürlimann, habe er daraufhin auch zustimmen wollen. Nur aus Trotz.

Bloß 20000 Stimmen gaben den Ausschlag, heißt es. Denkbar also, dass tatsächlich der deutsche Sozialdemokrat Schulz den Sieg der „Populisten" zu verantworten hat. Aber das konnte er ja nicht ahnen, er sitzt in Brüssel, und da wimmelt es eben weniger von Hürlimännern als von jenen Daseinsformen, die wir eingangs aufgezählt haben. Das überstieg das Vorstellungsvermögen des Genossen Schulz.

Es ist trotzdem ungeheuerlich, was sich diese Hochlandfaschisten leisten. Fest steht doch: Wenn Waren frei über die Grenzen gehandelt werden können, dann muss das auch für Menschen gelten! „Wir brauchen noch viel mehr Arbeitsmigration" donnert EU-Kommissarin Viviane Reding. Die Massenumherwanderung der Millionen von günstigen Arbeitskräften darf also nicht nur nicht reglementiert werden, wie die Schweizer es wollen, sie muss noch viel größer werden. Im Traum der Kommissarin sind wir irgendwann alle unterwegs, ist Heimat nur noch ein Urlaubserlebnis, und große Arbeitgeber können sich auf der ganzen Welt frei am unerschöpflichen Arbeitsmarkt bedienen: Wer macht's noch billiger? Nur so gibt's Wohlstand, weiß Kommissarin Reding.

Eine Wahrheit, die schon vor Generationen galt. Im 18. Jahrhundert nannte man den globalen, ungebremsten Austausch von Waren und Menschen „Dreieckshandel": Europäische Händler sind nach Westafrika gesegelt, wo sie afrikanischen oder arabischen Händlern die Arbeitskräfte abkauften, welche sie nach Amerika brachten, wo die Arbeitskräfte dann landwirtschaftliche Produkte herstellten, die wieder nach Europa verfrachtet werden konnten. Wunderschöne Schlösser und stolze Landsitze konnten in Europa und Amerika mit dem Gewinn aus diesem Handel errichtet werden. Der Beweis, wie der Wohlstand blühte.

> Schon beim alten »Dreieckshandel« war der freie Fluss von Waren und Menschen ein großer Erfolg

Der Vergleich ist ein bisschen gemein, ich weiß. Bekanntlich zogen die Arbeitskräfte nicht freiwillig auf Amerikas Plantagen, es waren Sklaven. Das Prinzip aber ist das Gleiche: Wo ein endloser Nachschub an Arbeitskräften da ist, da kostet Arbeitskraft immer weniger, da schrumpfen die Kosten für Menschen.

Die Initiatoren der ungezügelten „Arbeitnehmerfreizügigkeit" träumen vom modernen Vorbild China. Dort schiebt sich ein Riesenheer von 200 Millionen „Wanderarbeitern" immerzu kreuz und quer durchs Land, bereit, jeden noch so mies bezahlten Job anzunehmen. Die Arbeitgeber wittern die Verzweiflung der Wanderer und machen ihren Schnitt – gelebte Arbeitnehmerfreizügigkeit, von der auch wir „noch viel mehr brauchen". Denn es muss ja festgehalten werden: Diese Chinesen sind keine Sklaven, sie wandern freiwillig und „profitieren so ebenfalls von der Freizügigkeit".

Doch nun die Schweiz. Im italienischsprachigen Kanton Tessin hat nicht nur die Schweizerische Volkspartei (SVP) das Volksbegehren unterstützt, sondern – Sirene! – auch die Partei der Grünen! Die Personenfreizügigkeit habe bei ihnen nämlich eine „soziale Katastrophe" ausgelöst mit Lohndumping für ausgebeutete italienische Arbeitskräfte. Auch alles Rechtspopulistengeschwätz? Aber sicher. Unterstützung bekommen diese Grünen aus ihrem, dem linken Lager nur von wenigen Wirrköpfen wie dem Sozialdemokraten Rudolf Strahm, der jammert, die Personenfreizügigkeit sei ein „menschenverachtendes Konzept", weil auf dem Binnenmarkt Europa Arbeitnehmer „wie Güterwagen" hin- und hergeschoben würden.

Ach, das ist jetzt aber ein hässlicher Vergleich, der wieder an den „Dreieckshandel" denken lässt. Was für ein Hetzer.

Wie viel besser geht es uns da in Deutschland mit unseren Linken und Gewerkschaftern. Die stehen an vorderster Front, wenn es darum geht, das Angebot an Arbeitskräften maximal aufzublähen, obwohl wir hierzulande real schon mindestens fünf Millionen Erwerbslose haben.

Wie stellen die es bloß an, dass sie von den hiesigen Arbeitslosen und Geringverdienern dafür nicht zum Teufel gejagt werden? Wie haben sie ihre Fahnenflucht vom Anwalt der Arbeitnehmer zum Agenten der Güterwagen-Verschieber nur derart perfekt tarnen können, dass es niemand bemerkt?

Mit Multikulti. Wer die Güterwagen aufhalten, wer also Schluss damit machen will, dass bald hunderte Millionen von Arbeitnehmern in einen zermürbenden Unterbietungswettbewerb gestoßen werden, der ist nämlich ein Rassist, ein Ausländerfeind, der fordert „egoistische Abschottungspolitik" und nährt den „Rechtspopulismus"! Schon sind alle mucksmäuschenstill.

Bis auf die Schweizer. Dort geht sogar die Forderung um, dass bei gleicher Qualifikation einem inländischen Bewerber der Vorzug vor einem Immigranten gegeben werden solle. Ungeheuerlich. Dabei wissen wir doch, dass nur das genaue Gegenteil erlaubt ist. Seit Jahren wabert die Forderung nach einer „Migrantenquote im öffentlichen Dienst" durch die Bundesrepublik. Was nichts anderes heißt, als dass bei gleicher Qualifikation zwischen einem deutschen Bewerber und einem Kandidaten mit Zuwanderungshintergrund dem „Migranten" der Posten zu geben ist. Merke: Bevorzugung von Inländern ist rassistisch, Bevorzugung von Ausländern ist „Willkommenskultur".

Nun aber haben wir ein Problem: Die Mächtigen fürchten, dass das Schweizer Beispiel Wasser auf die Mühlen der „Anti-Europäer" bei den anstehenden EU-Wahlen im Mai leiten könnte. Zwar stehen die großen Medien stramm zur Fahne der Güterwagen-Schieber. Doch aus den Leserkommentaren tönt die Stimme des Volkes ganz anders.

Daher sollte man jetzt ein wenig auf tolerant machen, „die Sorgen der Menschen ernstnehmen" und wie es sonst immer heißt, wenn befürchtet werden muss, dass die Leute den Braten riechen. Der Berliner „Tagesspiegel" will, dass die Politik ausnahmsweise „offen darüber diskutiert", welche Probleme und Vorzüge die Zuwanderung für die Deutschen mit sich bringe, damit die „hetzerische Saat" der „Rechtspopulisten und Nationalisten" nicht aufgehe. Sprich: Den Deutschen muss (aber in freundlichen Worten, bitte) gnadenlos eingehämmert werden, dass Zuwanderung eine Bereicherung für sie ist. Und dass jeder, der das nicht in jedem Falle so sieht, ein übler Hetzer ist.

Das könnte spannend werden. Gerade geben die Statistiker brisante Zahlen heraus. Danach ist die Zahl der Rumänen in Deutschland zuletzt zwar deutlich gestiegen, die Menge der rumänischen Beschäftigten aber gleichzeitig sogar zurückgegangen. Läuft die deutsche Variante der „Wanderarbeiter" etwa darauf hinaus, dass die einen arbeiten und die anderen (zu)wandern? Mal sehen, wie Politiker und linientreue Medien das „offen diskutieren" wollen während des EU-Wahlkampfs. Am Ende werden sie beim Bewährten bleiben: Wer nicht mitsingt, der ist eben ein „Rechtspopulist".

## MEINUNGEN

*Börsenexperte* ***Frank Meyer*** *wundert sich am 9. Februar auf seinem Internetportal „rottmeyer.de" darüber, dass Steuerhinterziehung ein Riesenthema ist,* ***Steuerverschwendung*** *hingegen gar keines:*

„Eine Frage sei gestattet: Warum nur ist es böse eine Million nicht zu zahlen, aber okay, eine Milliarde zu verballern, die einem nicht gehört?"

***Martin Sabrow****, Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam, spricht sich im „Spiegel" vom 3. Februar* ***gegen*** *die zunehmende* ***Umbenennung von Straßen*** *aus:*

„Ich finde es interessanter und auch ehrlicher, sich mit den Traditionsbeständen auseinanderzusetzen, als diese zu tilgen. Wir betrieben historischen Exorzismus, wenn wir uns der öffentlichen Erinnerung an alle Personen entledigten, die wir als Belastung des Gemeinwesens und unserer Werte begreifen ... Wir erreichen dann mehr, als wenn wir die Vergangenheit in einen Spiegel der Gegenwart verwandeln."

***Ulrich Clauß*** *erklärt die* ***öffentlich-rechtlichen Sender*** *von ARD, ZDF und Deutschlandfunk in der „Welt" (8. Februar) für historisch erledigt und zum* ***natürlichen Tod*** *verurteilt:*

„Gestützt auf Ewigkeitsklauseln des Grundgesetzes, benutzen die Parteien den Riesenapparat wahlweise als Aufwärm- oder Abklingbecken für ihre Funktionärswirtschaft, immer in Sorge, dass Landespolitiker überhaupt noch im Fernsehen zu sehen sind ... Gut möglich, dass bald der letzte Vorhang für die deutsche Nachkriegs-Medienregulierung fällt. Während Krisenstäbe der Ministerpräsidenten noch an ‚Unwuchten' der neuen Rundfunkbeitragsordnung basteln, erodiert das gesamte System vom Fundament her."

*Der Autor* ***Thomas Hürlimann*** *berichtet von viel Zustimmung, die er als Schweizer unter den Deutschen findet, die den* ***schweizerischen Freiheitsdrang*** *bewundern. In der „Frankfurter Allgemeinen" (11. Februar) schreibt er:*

„Die Hälfte des Jahres lebe ich in Berlin. Gar nicht wenige Leute sagen mir dort: Ihr wehrt euch wenigstens noch, ihr lasst nicht alles mit euch machen. Jetztmenschen hingegen, die sich im supranationalen Raum aufgehoben fühlen, werden den Ausgang der Volksabstimmung für einen Rückfall ins 19. Jahrhundert halten. Ich glaube nicht an das Überleben des supranationalen Gebäudes namens Europa."

***Klaus Kelle*** *kritisiert im „Focus" (10. Februar) die Folgen der* ***„Politischen Korrektheit"****, die sich wie „Mehltau" über unser Land gelegt habe:*

„Gibt es einen gewaltsamen Übergriff eines Deutschen gegen Migranten, wissen wir am nächsten Tag alles über den Täter. Gibt es einen gewaltsamen Übergriff von Migranten gegen Deutsche, berichten die meisten Medien bestenfalls, die Täter seien „Jugendliche". Und man verweigert sich auch der Tatsache, dass die Straßenschlachten am Rande ekelhafter Neonazi-Aufmärsche fast ausschließlich durch linksextreme Gegendemonstranten ... ausgelöst werden."